Zeitschrift: Jahrbuch des Unterrichtswesens in der Schweiz
Band: 23/1909 (1911)

Artikel: Sekundarschulen und Mittelschulen (Gymnasien, Seminarien etc.)
Autor: [s.n.]
DOI: https://doi.org/10.5169/seals-19698

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 12.10.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

18. 5. Kreisschreiben des Erziehungsrates des Kantons Aargau an die tit. Bezirksschulräte und Gemeindeschul-Inspektorate, betreffend die Ergebnisse der Rekrutenprüfungen. (Vom 3. Februar 1909.)

Das schweizerische Militärdepartement hat auf hierseitigen Wunsch die Schulausweise aller Rekruten, welche die aargauischen Schulen besucht und im Jahre 1907 und 1908 die pädagogische Prüfung bestanden haben, uns zu beliebiger Verwendung zugestellt. Das reichhaltige Material, bezirks- und gemeindeweise tabellarisch zusammengestellt, ist in dieser Form geeignet, in das mehr oder weniger nachhaltige Wirken der einzelnen Schulen für den genannten Zeitabschnitt etwelchen Einblick zu verschaffen. Dabei soll die viel umstrittene Frage, ob die Ergebnisse der Rekrutenprüfungen einen zuverlässigen Gradmesser für das Bildungsniveau unserer militärpflichtigen Jugend darstellen, nicht näher erörtert werden. Ebenso soll von einer Veröffentlichung der Prüfungsergebnisse abgesehen werden, weil dadurch leicht eine abfällige Kritik von Seite Unberufener veranlaßt werden könnte. Dagegen ist aus den beifolgenden Tabellen ersichtlich, daß die Schulleistungen der einzelnen Bezirke und Gemeinden stark von einander abweichen. Auffallend ist auch die Erscheinung, daß das prozentuale Verhältnis der guten Noten in der Vaterlandskunde gegenüber den andern Fächern wesentlich abnimmt und die geringen Noten in diesem Fache (3, 4 und 5) da und dort sogar 40 bis 45 % ausmachen. Es läßt dies die Vermutung aufkommen, daß an den betreffenden Schulen dieses Fach auf Kosten eines allgemeinen Verständnisses vielleicht etwas zu detailliert betrieben werde. Erfahrungsgemäß bewegen sich die Prüfungsforderungen in einem Rahmen, der nicht über das hinausgeht, was man billigerweise von normal veranlagten jungen Leuten bei unsern Schulverhältnissen verlangen darf. Doch soll damit Ihrer objektiven Prüfung der Tabellen nicht vorgegriffen werden; dieselben werden Ihnen vielmehr zu gutfindender Verwertung überlassen, immerhin in der Absicht, speziell die tit. Inspektorate anzuregen, den Ursachen unbefriedigender Leistungen nachzugehen, was anhand der ebenfalls beigelegten Originalausweise erleichtert wird.

Sollten Ihre bezüglichen Bemühungen für die folgenden Jahre von sichtlichem Erfolg begleitet sein, so wäre damit der Zweck dieser Statistik erreicht.

IV. Sekundarschulen und Mittelschulen (Gymnasien. Seminarien etc.)

19. 1. Programm der Kurse zur Heranbildung von Gewerbeschullehrern am kantonalen Technikum in Winterthur. (Vom 15./23. September 1909.)

I. Kurse zur Heranbildung von Haupt- und Wanderlehrern an gewerblichen Fortbildungsschulen.

1. Zweck und Organisation.

Techniker (Hochbau- und Maschinentechniker), welche Lust und Befähigung zum Lehramt haben, sollen durch einen einjährigen Kurs zunächst für den Unterricht in den beruflichen Fächern genügend vorbereitet und vornehmlich auch in die methodische Behandlung des Lehrstoffes der gewerblichen Fortbildungsschule und in die Unterrichtstechnik eingeführt werden.

Sie sollen befähigt werden, in der deutschen Schweiz an entwickelteren Gewerbeschulen als Hauptlehrer oder für zwei oder mehr gewerbliche Fortbildungsschulen mittlerer Bedeutung als Wanderlehrer mit Erfolg zu unterrichten.

Die Kurse haben die Dauer von zwei Semestern (Sommer und Winter) mit je 35 Unterrrichtsstunden wöchentlich.

Sie beginnen jeweilen am dritten Montag des April und schließen mit Ende März des folgenden Jahres. Die Sommerferien dauern 8 Wochen, die Weihnachtsferien 2 Wochen.

Die Zahl der Teilnehmer wird auf 12 bis 16 festgesetzt. Die Zulassung erfolgt unter nachstehenden Bedingungen: Vollständiger Sekundarschulbesuch oder gleichwertige allgemeine Bildung (wünschbar ist die Absolvierung einer Lehrzeit im Bau- oder Maschinenfach); — abgeschlossene Fachbildung als Bau- oder Maschinentechniker an einer technischen Mittelschule, beglaubigt durch Vorweisung eines Fähigkeitszeugnisses; — Ausweis über praktische Betätigung in der Dauer von mindestens einem Jahr.

Die schriftlichen Anmeldungen nebst Altersausweis und Zeugnissen sind bis spätestens anfangs März der Direktion des Technikums in Winterthur einzureichen.

Die Aufsichtskommission des Technikums entscheidet über die Aufnahme auf Grundlage der eingereichten Ausweise unter tunlichster Berücksichtigung der verschiedenen Landesgegenden.

Die Teilnehmer sind von der Entrichtung von Schulgeldern befreit; dagegen haben sie für die Unterrichtsbedürfnisse aufzukommen. Im Bedürfnisfalle werden von Seite des Bundes und der Kantone Kostenbeiträge gewährt.

Die Aufsicht über diese Kurse steht der Direktion und der Aufsichtskommission des Technikums, sowie dem schweizerischen Industriedepartement, beziehungsweise dessen Delegierten zu.

Am Schluß der Kurse finden unter Mitwirkung eines Vertreters des Bundes Prüfungen statt. Auf Grundlage der Leistungen werden vom Erziehungsrate des Kantons Zürich Zeugnisse über die Befähigung zur Lehrtätigkeit an gewerblichen Fortbildungsschulen im Hauptamt ausgestellt.

2. Unterrichtsprogramm.

A. Sommerhalbjahr.

a) Kurse für Bau- und Maschinentechniker.

Deutsche Sprache (3 Std.). Geschäftsbriefe und Aufsätze, Brieffolgen. Kleinere Aufsätze über Gewinnung und Verarbeitung von Rohstoffen und aus der Geschichte des Handwerks und der Technik; Probelektionen.

Buchführung (2 Std.). Einmonatlicher Geschäftsgang nach einfachem System, vollständiger Jahresgang nach amerikanischem System. Aufstellung solcher Jahresgänge; Vorführung der für gewerbliche Fortbildungsschulen passenden Systeme. Probelektionen.

Rechnen (2 Std.). Bürgerliches und gewerbliches Rechnen.

Flächen- und Körperberechnungen (1 Std.). Vorführung eines Lehrganges für den Unterricht an einer gewerblichen Fortbildungsschule. Probelektionen, teilweise mit Schülern.

Wirtschafts- und Rechtskunde (2 Std.). Grundbegriffe, Produktionsfaktoren und Organisation der Produktion. Die wichtigsten Vertragsarten: Dienstvertrag, Werkvertrag, Kaufvertrag.

Gewerbeschulkunde (2 Std.). Zweck, Einrichtung und Methodik des Gewerbeschulunterrichtes.

Linear- und projektives Zeichnen (2 Std.). Vorführung eines Lehrganges in Linearzeichnen für die gewerblichen Fortbildungsschulen. Behandlung eines Lehrganges der Projektionslehre für die gewerblichen Fortbildungsschulen mit einfachen Anwendungen. Probelektion, teilweise mit Schülern.

Exkursionen und Schulbesuche (Wochennachmittag mit 3—4 Std.). Besuche in Fortbildungs- und Fachschulen, in gewerblichen Werkstätten und industriellen Etablissementen.

b) Spezialkurse für Hochbautechniker.

Mechanisch-technisches Zeichnen (16 Std.). Skizzieren von Maschinenteilen nach einfachen Modellen. Herstellung von Werkzeichnungen.

Elementare beschreibende Konstruktionslehre; Abriß der Materiallehre und Technologie der Metallgewerbe (4 Std.).

c) Spezialkurse für Maschinentechniker.

Bautechnisches Zeichnen; gewerbliches Fachzeichnen (14 Std.).

Zeichnen von einer Auswahl von einfachen Konstruktionen der Maurerei, Steinhauerei, Zimmerei, des Glasers, Bauschreiners und Hafners.

Elementare Baukonstruktionslehre und Abriß der Baumaterialienkunde (4 Std.), erster Teil.

Freihandzeichnen (2 Std.). Skizzierübungen.

B. Winterhalbjahr.

a) Kurse für Bau- und Maschinentechniker.

Deutsche Sprache (3 Std.). Übungen im mündlichen und schriftlichen Ausdruck unter Berücksichtigung des technischen Unterrichts. Probelektionen, teilweise mit Schülern.

Rechnen (2 Std.). Fortsetzung des Unterrichts des ersten Semesters. Rechnungen und Budgets von Vereinen, Verwaltungen u. s. w. Probelektionen, teilweise mit Schülern.

Preisberechnungen (3 Std.). Verarbeitung des im Sommersemester in der Buchhaltung behandelten Jahrganges zur Bestimmung der Geschäftsunkosten.

Ermittlung von Preisen und Voranschlägen aus allen Handwerksgebieten. Probelektionen, teilweise mit Schülern.

Wirtschafts- und Rechtskunde (2 Std.). Gewerbegesetzgebung, Genossenschaftswesen (ausgewählte Abschnitte); die Wertpapiere (Wechsel, Scheck, Anweisung, Effekten); der Verkehr mit der Bank; der Postscheck- und Giroverkehr; Transport- und Zollwesen.

Projektives Zeichnen (3 Std.). Anwendungen. Aufgaben aus dem Gebiete der Bautechnik, der Maschinentechnik und anderer Gewerbe. Methodik des Zeichenunterrichts. Probelektionen, teilweise mit Schülern.

Gewerbliches Fachzeichnen (6 Std.). Werkzeichnen für Spengler, Bauschlosser, Schmiede, Wagner und Möbelschreiner.

Probelektionen (1 Std.) über gewerbliche Physik, elementare Mechanik und Festigkeitslehre, und gewerbliche Chemie.

Gewerbehygiene (2 Std.). Allgemeine Gesundheitslehre; Hygiene der geschlossenen Werkstatträume; Berufskrankheiten und deren Verbreitung; Unfälle; Statistik.

b) Spezialkurse für Hochbautechniker.

Mechanisch-technisches Zeichnen (6 Std.). Herstellung von Werkstattzeichnungen nach Modellen, Zeichnungen der gebräuchlichsten Verzahnungen; Elemente des Konstruierens.

Elementarmechanik und Abriß der Festigkeitslehre (4 Std.).

Gewerbliches Freihandzeichnen (4 Std.). Einfache Ornamente nach Pflanzenstudien. Vorführung eines Lehrganges für Freihandzeichnen an den gewerblichen Fortbildungsschulen.

c) Spezialkurse für Maschinentechniker.

Bautechnisches Zeichnen (9 Std.). Fortsetzung des Unterrichts des ersten Semesters.

Elementare Baukonstruktionslehre und Abriß der Baumaterialienkunde (5 Std.), zweiter Teil.

II. Kurse zur Ausbildung von Zeichenlehrern für kleinere gewerbliche Fortbildungsschulen.

Zur Ausbildung von Volksschullehrern als Zeichenlehrer an kleinern gewerblichen Fortbildungsschulen werden nach Bedürfnis Einführungs- und Fortbildungskurse eingerichtet. Die Einführungskurse dauern 6 Wochen; sie dienen zur Ausbildung im Freihand- und Linearzeichnen, Modellieren und technischen Zeichnen. Die Teilnehmer an den Einführungskursen haben sich über die nötige theoretische Vorbildung und über die Teilnahme an einem Handfertigkeitskurs in Holz- oder Metallarbeiten auszuweisen.

Die Fortbildungskurse befassen sich mit Fachzeichnen und entsprechendem theoretischem Unterricht. In einen Fortbildungskurs wird nur aufgenommen, wer einen Einführungskurs bestanden oder in anderer Weise sich genügend vorbereitet hat. Über die Aufnahme entscheidet die vom Erziehungsrate bestellte Prüfungskommission. Wer einen Fortbildungskurs absolviert hat, erhält ein Zeugnis über seine Befähigung zur Erteilung von Zeichenunterricht an Fortbildungsschulen.

1. Einführungskurse.

Das Unterrichtsprogramm umfaßt folgende Fächer und Unterrichtsgegenstände mit der beigesetzten Zahl von Wochenstunden:

Freihandzeichnen (10 Std.). Skizzieren nach der Natur. Stillehre. Einfache Ornamente nach Pflanzen- und Tierformen und nach Modellen. Übungen im perspektivischen und dekorativen Zeichnen und im Gebrauch von Aquarellfarben.

Modellieren (8 Std.). Nachbildung einfacher Naturformen und Modelle.

Linearzeichnen (10 Std.). Geometrische Konstruktionen. Projektionslehre mit Anwendungen auf das gewerbliche Zeichnen.

Technisches Zeichnen (16 Std.). Elemente des Bau- und Maschinenzeichnens.

2. Fortbildungskurse.

Die Fortbildungskurse dauern vier Wochen. Ihr Programm umfaßt:

Freihandzeichnen (10 Std.). Zeichnen von kunstgewerblichen Gegenständen mit architektonischem Aufbau (Brunnen, Grabmäler, Öfen, Schränke etc.). Übungen in den Elementen der Dekorationsmalerei. Ornamentale Formenlehre.

Fachzeichnen (18 Std.). Bauzeichnen: Architektonische Glieder (Sockel, Gesimse, Türeinfassungen), Stein- und Holzverbindungen, Treppe, Dach, Gewölbe; Grundriß, Schnitt und Fassade von Gebäuden. Werkzeichnen. Mechanisch-technisches Zeichnen: Zeichnen von Maschinenteilen und einfachen Maschinen in Grund- und Aufriß nach selbstgefertigten Aufnahmen, Werkzeichnen.

Nach Bedürfnis: Fachzeichnen für Schlosser, Spengler, Schreiner, Dekorateure etc.

Baukunde (4 Std.). Baumaterialien, Baukonstruktion, Kostenberechnungen.

Maschinenkunde (4 Std.). Maschinenelemente (Nietung, Keil, Schraube, Lager, Zapfen, Wellen, Kuppelung, Transmissionen, Kurbel, Zylinder, Röhren etc.).

Elemente der Festigkeitslehre (4 Std.). Zug-, Druck-, Biegungs- und Torsionsfestigkeit.

Elektrotechnik (4 Std.). Übertragung elektrischer Energie.

III. Kurse zur Ausbildung von Lehrern für die theoretischen Fächer der Fortbildungsschulen.

Für die Ausbildung von Primar- und Sekundarlehrern zur Erteilung des Unterrichts in den theoretischen Fächern der Fortbildungsschulen werden besondere Kurse eingerichtet. Sie dauern 4 Wochen.

Diese Kurse können auch an die kantonale Handelsschule in Zürich verlegt werden.

Das Programm umfaßt:

Deutsche Sprache (4 Std.). Geschäftsbriefe, Aufsätze über gewerbliche und wirtschaftliche Themata.

Rechnen (6 Std.). Kaufmännische Arithmetik: Diskonto-, Terminrechnung, Kontokorrent, Münz-, Devisen-, Effekten- und Warenrechnung, Wechsel, Scheck, Arbitrage.

Kalkulationen für gewerbliche und landwirtschaftliche Betriebe.

Flächen- und Körperberechnungen.

Buchführung (12 Std.). Einfache Buchführung, Zweck und Einrichtung der Bücher, Buchabschluß.

Doppelte Buchführung. Zusammenhang der Bücher und Konti, italienische, deutsche, amerikanische Buchführung. Durchführung eines Warengeschäftes nach diesen verschiedenen Arten.

Landwirtschaftliche und gewerbliche Buchführung.

Wirtschaftskunde (6 Std.). Grundzüge der Volkswirtschaftslehre. Wirtschaftliche Entwicklungsstufen und Grundbegriffe (Güter, Wert, Preis etc.). Die Güterproduktion: Arbeit, Kapital, Betriebsformen. Produktivgesellschaften.

Verkehrswesen: Straßen, Eisenbahn, Post, Telegraph, Schiffahrt. Maß und Gewicht, Geld- und Kreditwesen, Bankwesen, Zölle, Einfuhr und Ausfuhr.

Landwirtschaft: Bedingungen und Organisation; Ertrag, Förderung; Melioration, Versicherung, Genossenschaften, Kreditwesen.

Gewerbe: Handwerk und Industrie; Fabrik- und Hausindustrie; Lehrlingswesen, Genossenschaften, Gewerbliche Bildung. Schweizerische Industrie, Textil-, Metall-, Uhren-, Lebensmittelindustrie.

Bürgerkunde (6 Std.). Gesellschaftliche und staatliche Organisation. Die Gemeinde: Geschichte, Aufgaben, Arten von Gemeinden; Organisation.

Der Kanton: Bestand, Organisation, Verfassung, Gesetzgebung, wichtigste Gesetze, Kanton und Bund.

Der Bund: Gesetzgebung (Bundesversammlung). Verwaltung: Bundesrat, Departemente, Kanzlei, Betriebe (Post, Eisenbahn etc.), Budget und Rechnung. Rechtspflege: Bundesgericht.

---

20. 2. Reglement für die Maturitätsprüfungen an den Gymnasien des Kantons Bern. (Vom 24. Juli 1909.)

A. Die Kommission.

Art. 1. Die Maturitätsprüfungen an den öffentlichen Gymnasien Bern, Biel, Burgdorf und Pruntrut finden jeweilen am Schlusse des Kurses der obersten Klasse statt und werden unter Aufsicht einer von der Direktion des Unterrichtswesens auf eine Amtsdauer von vier Jahren gewählten Kommission von dreizehn Mitgliedern durch die Lehrer vorgenommen.

Art. 2. Die Direktion des Unterrichtswesens bezeichnet den Präsidenten der Prüfungskommission.

Art. 3. Jedem Mitglied der Kommission wird sein besonderes Prüfungsfach zugeteilt. In der Realabteilung können jedoch Mathematik und darstellende Geometrie, in der Handelsabteilung Buchhaltung und Handelslehre demselben Mitgliede zugewiesen werden. Sind Mitglieder verhindert, der Prüfung in ihrem Fach beizuwohnen, so kann der Präsident der Kommission andere geeignete Kommissionsmitglieder oder, mit Zustimmung der Unterrichtsdirektion, besondere Prüfungsexperten hierfür bezeichnen.

Art. 4. Der Präsident bestimmt auf den Vorschlag der Rektoren den Zeitpunkt der Prüfung, stellt das Prüfungsprogramm auf und trifft die für den geordneten Verlauf der Prüfung nötigen Anordnungen.

Art. 5. Die Prüfungskandidaten, die nicht Abiturienten der in Art. 1 erwähnten Anstalten sind, werden durch die Maturitätskommission geprüft. Vorbehalten bleiben die Bestimmungen des Art. 21.

Wer eine solche außerordentliche Maturitätsprüfung bestehen will, hat dem Präsidenten ein motiviertes Gesuch, ein curriculum vitae, sowie seine Schulzeugnisse oder anderweitige Studienausweise einzusenden. Nach erfolgter Zulassung zur Prüfung hat der Kandidat der Hochschulverwaltung eine Gebühr von 50 Franken zuhanden der Staatskasse zu entrichten. Die Quittung hierfür ist vor Beginn der Prüfung dem Präsidenten vorzuweisen.

Eine außerordentliche Maturitätsprüfung kann jederzeit stattfinden.

Art. 6. Zur Maturitätsprüfung dürfen nur Kandidaten zugelassen werden, die das achtzehnte Altersjahr zurückgelegt haben und in bezug auf Fleiß und Betragen gute Zeugnisse besitzen.

Art. 7. Die Mitglieder der Maturitätskommission beziehen ein Taggeld von 10 Franken. An Reiseauslagen werden ihnen 30 Rappen per Kilometer vergütet.

B. Die Prüfung.

Art. 8. Die Maturitätsprüfung erstreckt sich auf das Pensum der Oberprima und Prima. Geprüft wird in folgenden Fächern:

I. Literarabteilung.

Schriftlich: Aufsatz in der Muttersprache, Übersetzungen aus der Muttersprache in die modernen Fremdsprachen oder Aufsatz in diesen und Mathematik.

Mündlich: Muttersprache, zweite Landessprache, Latein, Griechisch oder Englisch beziehungsweise Italienisch, Physik und Geschichte.

II. Realabteilung.

Schriftlich: Aufsatz in der Muttersprache, Übersetzungen aus der Muttersprache in die modernen Fremdsprachen oder Aufsatz in diesen, Mathematik und darstellende Geometrie.

Mündlich: Muttersprache, zweite Landessprache, Englisch oder Italienisch, Mathematik, Physik und Geschichte.

III. Handelsabteilung.

Schriftlich: Aufsatz in der Muttersprache, Übersetzungen aus der Muttersprache in die modernen Fremdsprachen, Geographie und Statistik, politische Arithmetik und Buchhaltung.

Mündlich: Muttersprache, zweite Landessprache, Englisch, Italienisch, Handelslehre und Rechtskunde.

Art. 9. Die Themata der schriftlichen Arbeiten werden auf den Vorschlag des Lehrers durch diesen und das für das betreffende Fach delegierte Kommissionsmitglied gemeinsam festgestellt. Der Lehrer korrigiert die Arbeiten, übergibt sie dem Delegierten und beantragt die Note. Vorbehalten bleibt Art. 21 hiernach.

Art. 10. Die mündlichen Prüfungen werden in Anwesenheit des Delegierten der Kommission von der Lehrerschaft abgenommen. Über den zu wählenden Prüfungsstoff setzt sich der prüfende Lehrer vorher mit diesem Experten ins Einvernehmen. Art. 21 bleibt vorbehalten. Die Prüfung selbst wird vom Lehrer, der auch die Note beantragt, geleitet.

Art. 11. Beim Aufsatz in der Muttersprache soll wesentlich auf das sprachliche und stilistische Können Rücksicht genommen werden.

In den Sprachen soll Literaturgeschichte, sofern sie sich bloß auf angelernte Kenntnisse beziehen kann und außer Zusammenhang mit der Schullektüre steht, nicht Gegenstand der Prüfung sein.

Art. 12. Bei der Ausarbeitung der schriftlichen Aufgaben werden keine andern Hülfsmittel als logarithmische und trigonometrische, Zinseszins-, Wahrscheinlichkeits- und Versicherungstafeln zugelassen.

Die Benützung unerlaubter Hülfsmittel, sowie jede sonstige Unredlichkeit wird mit sofortiger Zurückweisung von der Prüfung bestraft.

Art. 13. Die mündlichen Prüfungen sind öffentlich.

C. Anforderungen an die Examinanden.

Art. 14. Für die ordentlichen Maturitätsprüfungen gelten die Anforderungen des staatlichen Unterrichtsplanes.

Ebenso sind für die außerordentlichen Prüfungen (Art. 5 hiervor) die Anforderungen des staatlichen Unterrichtsplanes maßgebend. Diese Prüfungen erstrecken sich auch auf die Fächer, in denen für die Kandidaten der ordentlichen Prüfung die Erfahrungsnoten allein gelten.

D. Das Maturitätszeugnis.

Art. 15. Die Maturitätsnoten und Prädikate werden durch die Kommission und die Lehrerschaft unter dem Vorsitz des Kommissionspräsidenten in gemeinsamer Sitzung festgestellt nach folgender Notenskala: 6 = sehr gut; — 5 = gut; — 4 = ziemlich gut; — 3 = mittelmäßig; — 2 = schwach; — 1 = sehr schwach.

In den Prüfungsfächern ist die Maturitätsnote das arithmetische Mittel zwischen der Erfahrungsnote der Schule und der Prüfungsnote. Entsteht bei der Ausmittlung ein Bruch, so ist die Note nach der Seite der Erfahrungsnote abzurunden.

In folgenden Fächern werden die Erfahrungsnoten der Schule in das Maturitätszeugnis eingesetzt:

An der Literar- und Realabteilung in Chemie, Naturgeschichte, Geographie und Zeichnen.

An der Handelsabteilung in Geschichte, kaufmännischer Arithmetik, Volkswirtschaftslehre und Warenkunde.

Die Erfahrungsnote ist der Durchschnitt der Leistungsnoten der vier Quartalzeugnisse des letzten Jahres, während dessen in dem betreffenden Fach unterrichtet worden ist. Wenn die Noten der zwei letzten Quartalzeugnisse besser oder schlechter sind, als die der zwei ersten, so werden sie für die Berechnung des Durchschnittes zweimal gezählt.

Art. 16. Auf Grund seiner Gesamtleistungen erhält der Kandidat, dem das Maturitätszeugnis ausgestellt wird, das Prädikat „sehr gut“, oder „gut“, oder „befriedigend“.

Art. 17. Eine Fachzensur mit der Note 1, zwei Fachzensuren mit der Note 2 oder vier Fachzensuren unter der Note 4 schließen die Erteilung des Maturitätszeugnisses aus. Ebenso darf kein Maturitätszeugnis erteilt werden, wenn die Durchschnittsnote sämtlicher Fächer nicht über 3,5 liegt.

Hierbei fallen die Noten im Zeichnen nicht in Berechnung.

Art. 18. Ein Kandidat, der das Maturitätszeugnis nicht erhalten hat, kann sich zu einer zweiten Prüfung wieder melden, jedoch frühestens nach sechs Monaten und spätestens nach einem Jahr. Diese Nachprüfungen sind durch die Kommission vorzunehmen. Dabei wird dem Examinanden die Prüfung in den Fächern, in denen er das erste Mal mindestens die Note 5 erhalten hat, erlassen.

Für die Nachprüfung ist eine Gebühr von 20 Franken an die Hochschulverwaltung zuhanden der Staatskasse zu entrichten.

Dieses Recht auf Zulassung zu einer Nachprüfung haben auch solche, die wegen Unredlichkeit von der Prüfung weggewiesen worden sind.

Eine dritte Prüfung ist nicht gestattet.

Art. 19. Die Maturitätszeugnisse werden mit der Unterschrift und dem Siegel der Direktion des Unterrichtswesens und der Unterschrift des Präsidenten der Prüfungskommission versehen.

Für die Abiturienten der Gymnasien soll das Maturitätszeugnis enthalten:

a. Name, Heimat und Geburtsdatum des Kandidaten;

b. Klassen und Zeit des Schulbesuchs;

c. Note über das Betragen während der Schulzeit;

d. die in den einzelnen Fächern erteilten Noten;

e. das Gesamtprädikat.

Für solche Examinanden, welche die betreffenden Schulen nicht besucht haben, fallen die unter *b* und *c* angeführten Angaben weg.

Art. 20. Wer neben dem Maturitätszeugnis, das er bereits besitzt, ein solches in weitern Fächern erwerben will, hat eine Ergänzungsprüfung zu bestehen. Er hat zu diesem Zwecke ein Gesuch an den Präsidenten der Prüfungskommission zu richten und an die Hochschulverwaltung eine Gebühr von zwanzig Franken zuhanden der Staatskasse zu bezahlen.

Die Ergänzungsprüfungen werden durch die Kommission abgehalten.

E. Besondere Bestimmungen betreffend die Privatgymnasien.

Art. 21. Die Themata für die schriftlichen Prüfungen an den Privatgymnasien werden unter Beiziehung des Fachlehrers durch den Fachexperten der Prüfungskommission festgestellt, der auch die Arbeiten korrigiert und die Noten erteilt.

Die schriftliche Prüfung wird von der Kommission beaufsichtigt.

Auch den Prüfungsstoff der mündlichen Prüfung bestimmt der Experte nach Anhörung des Fachlehrers.

In den Fächern, in denen für die Schüler der öffentlichen Gymnasien bloß die Erfahrungsnoten gelten, findet, das Zeichnen ausgenommen, am Ende des Jahres, in dem der Unterricht in diesem Fach abgeschlossen wird, eine mündliche Prüfung durch die Lehrer unter Aufsicht der Prüfungskommission statt.

Für diese Vorprüfungen, für das Pensum der Maturitätsprüfung, für die Notengebung, sowie für das Verhältnis zwischen Erfahrungsnoten und Prüfungsnoten gelten im übrigen die allgemeinen Bestimmungen dieses Reglements (Art. 8 ff.).

F. Schlußbestimmung.

Art. 22. Dieses Reglement tritt in Kraft mit dem 1. September 1909. Durch dasselbe werden alle früheren Regulative betreffend die Maturitätsprüfungen an den Gymnasien des Kantons Bern aufgehoben.

---

21. 3. Gesetz über die kantonalen technischen Schulen des Kantons Bern. (Vom 31. Januar 1909.)

Der Große Rat des Kantons Bern, in Ergänzung des Gesetzes vom 26. Oktober 1890 über die Errichtung einer kantonalen Gewerbeschule; auf den Antrag des Regierungsrates,

beschließt:

Art. 1. Die höhere Berufsbildung auf dem Gebiete des Gewerbes und der Industrie ist Sache des Staates.

Zu diesem Behuf errichtet er technische Unterrichtsanstalten mittlerer Stufe (Technikum) oder übernimmt solche bestehende technische Schulen von Gemeinden auf eigene Rechnung.

Art. 2. Diese Anstalten haben die Aufgabe, durch wissenschaftlichen Unterricht und, soweit nötig, durch praktische Übungen die Aneignung derjenigen

Kenntnisse und Fertigkeiten zu vermitteln, welche in Handwerk und Industrie auf der im vorhergehenden Artikel erwähnten Stufe unentbehrlich sind.

Art. 3. Wesentlich für eine technische Schule sind folgende Abteilungen:

a. eine baugewerbliche Abteilung;

b. eine mechanisch-technische Abteilung mit Inbegriff der Elektrotechnik;

c. eine chemisch-technologische Abteilung oder andere Abteilungen der in Art. 1, Al. 2, erwähnten Stufe.

Jedoch können die bestehenden und die zu errichtenden Anstalten so organisiert werden, daß sie sich in Beziehung auf einzelne Abteilungen gegenseitig ergänzen.

Nach Bedürfnis können durch den Großen Rat noch andere Abteilungen errichtet werden.

Auch können zum Zwecke der notwendigen Vorbereitung der Schüler, mit Bewilligung des Regierungsrates, an den einzelnen Anstalten Vorkurse eingerichtet werden.

Art. 4. Zur Vornahme der praktischen Übungen werden die erforderlichen Werkstätten und chemischen Laboratorien eingerichtet.

Art. 5. Außer den regelmäßigen zusammenhängenden Lehrkursen können an diesen technischen Schulen nach Bedürfnis abgehalten werden.

a. Spezialkurse für Lehrer, welche sich dem gewerblichen Unterricht widmen wollen;

b. Fachkurse für Meister, sowie solche für Arbeiter verschiedener Gewerbezweige. Dieselben sind den Meistern und Arbeitern möglichst zugänglich zu machen.

Art. 6. Der Große Rat setzt alljährlich für jede Anstalt einen nach Maßgabe ihrer Entwicklung bemessenen Kredit auf den Voranschlag der Ausgaben, welcher auch eine zur Verabreichung von Stipendien an Schüler der Anstalt bestimmte Summe enthalten soll.

Art. 7. Diejenigen Ortschaften, in welchen staatliche technische Schulen errichtet oder bestehende Schulen übernommen werden, haben an die Betriebskosten nach Abzug des auf Grund des Bundesbeschlusses vom 27. Juni 1884 betreffend die gewerbliche und industrielle Berufsbildung bezogenen Bundesbeitrages einen jährlichen Beitrag von einem Drittel zu leisten.

Art. 8. Bei Errichtung einer neuen Anstalt hat die betreffende Ortschaft die Hälfte der Bau- und Einrichtungskosten zu bestreiten.

Bei Übernahme einer bestehenden Anstalt gehen die Gebäulichkeiten nebst Grund und Boden und Umschwung, sowie das sämtliche Schulmobiliar, die Vorlagen, Maschinen, Apparate, Sammlungen und Fachbibliotheken in das Eigentum des Staates über.

Ebenso gehen die zur Anstalt gehörenden Kapitalien an den Staat über, der dieselben gemäß ihrer Bestimmung verwaltet und verwendet.

Art. 9. Für die Versetzung der Lehrer der kantonalen technischen Schulen in den Ruhestand und die Ausrichtung von Ruhegehalten gelten die jeweiligen auf die Lehrer an Mittelschulen anwendbaren Bestimmungen.

Art. 10. Die Errichtung einer neuen und die Übernahme einer bestehenden technischen Schule erfolgt auf dem Wege des Dekretes.

In diesem Dekret sind festzusetzen die Bedingungen für den Bau einer neuen Anstalt oder die Übernahme bestehender Gebäude, sowie die Organisation der Schule, die Besoldungen der Lehrer und das Schulgeld.

Art. 11. Der Lehrplan der einzelnen Abteilungen wird durch den Regierungsrat aufgestellt.

Art. 12. Durch Dekret des Großen Rates kann das kantonale Gewerbemuseum vom Staate übernommen werden.

Art. 13. Dieses Gesetz tritt nach seiner Annahme durch das Volk in Kraft.

---

22. 4. Dekret betreffend die Übernahme des Technikums in Biel durch den Staat und die Organisation dieser Anstalt. (Vom 23. November 1909.)

Der Große Rat des Kantons Bern, gestützt auf Art. 10 des Gesetzes über die kantonalen technischen Schulen vom 31. Januar 1909,

beschließt:

I. Allgemeines.

§ 1. Der Staat übernimmt das von der Gemeinde Biel gegründete Technikum auf eigene Rechnung, um es seiner Bestimmung gemäß und im Sinne des Gesetzes weiter zu verwalten und zu betreiben.

§ 2. Als Zeitpunkt, mit welchem die Anstalt zur Verwaltung, zum Betrieb und zum Unterhalt an den Staat übergeht, wird der 1. Januar 1910 bestimmt.

§ 3. Auf diesen Zeitpunkt gehen ohne Entschädigung in das Eigentum des Staates über

1. das Hauptgebäude des Technikums, Quellgasse Nr. 21, nebst Sitz und Umschwung, Flur B, Parzelle 838, im Halte von 24,54 Aren, welches von den verschiedenen Abteilungen des Technikums benutzt wird;
2. das gegenwärtig von der Uhrenmacherschule benutzte Gebäude Rosiusgasse Nr. 13 nebst zudienendem Anbau Nr. 13a, mit Sitz und Umschwung, Flur A, Parzelle Nr. 449 I, im Halte von 22,68 Aren;
3. sämtliches Schulmaterial, alle Lehrmittel, Vorlagen, Maschinen und Apparate, alle Sammlungen und die Bibliotheken der Anstalt;
4. die zur Anstalt gehörenden Kapitalien. Dieselben werden vom Staat ihrer Bestimmung gemäß verwaltet und verwendet (Art. 8 des Gesetzes vom 31. Januar 1909).

Über die sub Ziffer 3 genannten Gegenstände wird auf den Zeitpunkt der Übernahme ein Inventar aufgenommen, welches der Genehmigung des Regierungsrates unterliegt.

§ 4. An die Betriebskosten der Schule leistet die Gemeinde Biel, nach Abzug des auf Grund des Bundesbeschlusses vom 27. Juni 1884 betreffend die gewerbliche und industrielle Berufsbildung bezogenen Bundesbeitrages, einen jährlichen Beitrag von einem Drittel (Art. 7 des Gesetzes).

II. Organisation der Anstalt.

§ 5. Das Technikum in Biel wird in seiner heutigen Organisation vom Staate mit folgenden Abteilungen übernommen: 1. die Schule für Maschinentechniker; — 2. die Schule für Elektrotechniker und Elektromonteure; — 3. die Schule für Kleinmechaniker samt Lehrwerkstätten; — 4. die Schule für Bautechniker; — 5. die Kunstgewerbeschule; — 6. die Uhrenmacherschule; — 7. die Eisenbahnschule; — 8. die Postschule; — 9. der Vorkurs.

Vorbehalten bleibt die Übernahme der Eisenbahnschule durch die Verwaltung der Schweizerischen Bundesbahnen.

Der Staat übernimmt das der Uhrenmacherschule angegliederte Observationsbureau für die Kontrolle der Uhren und wird dasselbe ausbauen, insofern von den Interessenten angemessene Beiträge zur Verfügung gestellt werden.

Die Errichtung weiterer oder die Aufhebung von bestehenden Abteilungen erfolgt durch Beschluß des Großen Rates.

Der Vorkurs kann durch Beschluß des Regierungsrates aufgehoben werden.

§ 6. Außer den regelmäßigen zusammenhängenden Lehrkursen können nach Bedürfnis von der Aufsichtskommission des Technikums mit Genehmigung des Regierungsrates veranstaltet werden

a. Spezialkurse für Lehrer, welche sich dem gewerblichen Unterricht widmen wollen;

b. Fachkurse für Meister, sowie solche für Arbeiter verschiedener Gewerbszweige. Dieselben sind den Meistern und Arbeitern möglichst zugänglich zu machen.

Die Lehrer der Anstalt sind zur Mitwirkung an solchen Kursen gegen eine angemessene Entschädigung verpflichtet.

§ 7. Zur Förderung der Unterrichtszwecke der verschiedenen Abteilungen dienen die Sammlungen und die Bibliotheken, welche nach Bedürfnis und nach Maßgabe des jährlichen Voranschlages vermehrt werden sollen. Auch können neue Sammlungen angelegt werden.

III. Unterricht.

§ 8. Für den Eintritt in die erste Schulklasse wird mindestens die Erfüllung des 15. Altersjahrs und der Ausweis über den Besitz der in einer zweiklassigen bernischen Sekundarschule geforderten Kenntnisse verlangt. Die Angemeldeten haben eine Aufnahmeprüfung zu bestehen, sofern nicht die Aufsichtskommission, nach Einsicht ihrer Zeugnisse, sie davon dispensiert.

§ 9. Der Unterricht wird in der Weise erteilt, daß Schüler deutscher und französischer Zunge demselben folgen können.

§ 10. Die Dauer der Kurse an den verschiedenen Abteilungen wird durch den Lehrplan und das Schulreglement bestimmt.

Der Lehrplan und das Schulreglement werden auf Antrag der Aufsichtskommission durch den Regierungsrat festgestellt.

§ 11. Das Schulgeld beträgt für Schüler schweizerischer Nationalität und für Ausländer, deren Eltern in der Schweiz niedergelassen sind, Fr. 25 pro Halbjahr. Für Schüler fremder Nationalität, deren Eltern nicht in der Schweiz niedergelassen sind, beträgt es Fr. 100, sofern sie die Uhrenmacherschule besuchen, Fr. 150 pro Halbjahr. Die Schüler haben überdies für Benützung von Laboratorien und Werkstätten eine angemessene Entschädigung zu leisten. Die Besucher einzelner Unterrichtsfächer, Hospitanten, haben Fr. 3 per wöchentliche Unterrichtsstunde und per Semester zu bezahlen.

§ 12. Schülern und Hospitanten, welche sich über ihre Mittellosigkeit ausweisen, kann das Schulgeld ganz oder teilweise erlassen werden.

Stipendien werden nach Maßgabe des jährlichen Voranschlages (Art. 6 des Gesetzes) auf den Antrag der Aufsichtskommission vom Regierungsrat vergeben.

§ 13. Die gegenwärtig an der Anstalt bestehenden Lehrstellen werden beibehalten. Deren Inhaber sind mit ihren gegenwärtigen Besoldungen bis zum Ablauf ihrer Amtsdauer in ihrem Amte bestätigt.

Die Aufhebung bestehender und die Errichtung von weiteren Lehrstellen, sowie die Wahl der festangestellten Lehrer erfolgen durch den Regierungsrat. Die Amtsdauer der Lehrer beträgt in der Regel sechs Jahre. Provisorische Wahlen auf kürzere Zeit sind zulässig.

Vorübergehend kann die Aufsichtskommission, mit Genehmigung der Direktion des Innern, auch andere Lehrkräfte verwenden.

§ 14. Der Regierungsrat bestimmt die Besoldung der festangestellten Lehrer. Dieselbe beträgt jährlich Fr. 60–220 für die wöchentliche Unterrichtsstunde. Innerhalb dieser Grenzen werden die Grundsätze für die Bestimmung der Besoldungen und die Alterszulagen durch ein Regulativ des Regierungsrates festgestellt.

In Ausnahmefällen kann der Regierungsrat innerhalb der Schranken des jährlichen Voranschlages eine Besoldungszulage bewilligen, um eine ausgezeichnete Lehrkraft der Anstalt zu gewinnen oder zu erhalten.

§ 15. Für die Versetzung der Lehrer in den Ruhestand und die Ausrichtung von Ruhegehalten gelten die jeweiligen auf die Lehrer an den Mittelschulen anwendbaren Bestimmungen (Art. 9 des Gesetzes).

Im Falle der Versetzung von Lehrern in den Ruhestand und bei Ausrichtung von Ruhegehältern wird den gegenwärtig an der Anstalt festangestellten Lehrern die vor dem 1. Januar 1910 verflossene Zeit ihrer Anstellung als Lehrer der Anstalt und an bernischen Mittelschulen angerechnet.

IV. Behörden.

§ 16. Die Anstalt steht als gewerbliche Bildungsschule unter der Aufsicht der Direktion des Innern. Die Leitung derselben wird einer Aufsichtskommission von neun Mitgliedern übertragen. Der Präsident und fünf Mitglieder werden vom Regierungsrat, die übrigen drei Mitglieder vom Stadtrat der Stadt Biel gewählt.

Die Amtsdauer der Aufsichtskommission beträgt sechs Jahre.

§ 17. Durch das Schulreglement können für die Aufsicht über einzelne Abteilungen besondere Fachkommissionen eingesetzt werden, deren Wahl der Aufsichtskommission zusteht.

§ 18. Die Obliegenheiten der Aufsichtskommission und der Fachkommissionen, sowie die Entschädigungen ihrer Mitglieder werden im Schulreglement festgestellt.

§ 19. Der Regierungsrat wählt jeweilen auf drei Jahre einen Direktor, welchem die unmittelbare Leitung der Anstalt obliegt. Grundsätzlich ist der Direktor zur Übernahme einer beschränkten Zahl von Unterrichtsstunden verpflichtet. Auf Antrag der Aufsichtskommission kann er jedoch von der Erteilung von Unterrichtsstunden gänzlich befreit werden. Der Direktor bezieht eine Besoldung, die grundsätzlich derjenigen eines Hauptlehrers entspricht, nebst einem Zuschlag, der bis auf Fr. 1000 betragen kann.

§ 20. Dem Direktor wird ein Sekretär beigegeben, welcher auch das Sekretariat der Aufsichtskommission und der Fachkommissionen besorgt. Derselbe wird, unter Vorbehalt der Genehmigung durch die Direktion des Innern, von der Aufsichtskommission gewählt.

Die Besoldung des Sekretärs wird vom Regierungsrat festgesetzt.

§ 21. Dieses Dekret tritt am 1. Januar 1910 in Kraft.

---

23. 5. **Gesetz betreffend die Kantonsschule, die landwirtschaftliche Winterschule und die Fortbildungsschulen des Kantons Solothurn.** (Vom 29. August 1909.)

Der Kantonsrat von Solothurn

beschließt:

Erster Teil. — **Die Kantonsschule.**

I. Gliederung und Unterstellung der Kantonsschule.

§ 1. Die Solothurnische Kantonsschule besteht aus folgenden Abteilungen: *a.* dem Gymnasium; — *b.* der Realschule; — *c.* der Lehrlingsbildungsanstalt; — *d.* der Handelsschule.

Der Kantonsrat ist berechtigt, Abteilungen, die eine schwache Frequenz aufweisen, zu schließen.

§ 2. Das Gymnasium will den Schülern eine allgemeine Bildung in humanistischer, die Realschule eine solche in realistischer Richtung geben; ersteres ist vornehmlich Vorschule für das Universitätsstudium, letztere für das Studium an technischen Anstalten, hauptsächlich am eidgenössischen Polytechnikum. Die Lehrerbildungsanstalt bildet die solothurnischen Primarlehrer und Primarlehrerinnen aus. Die Handelsschule bietet die Vorbildung für die Ausübung des kaufmännischen Berufes und für den Verwaltungs- und Verkehrsdienst, sowie für das Studium an Handelshochschulen.

§ 3. Die oberste leitende und entscheidende Behörde ist der Regierungsrat. Durch diese Bestimmung werden die Befugnisse, welche Verfassung und Gesetz dem Kantonsrat einräumen, nicht berührt.

II. Der Unterricht.

§ 4. Das Gymnasium umfaßt 7, die Realschule $6^1/_2$, die Lehrerbildungsanstalt 4 und die Handelsschule 3 Jahreskurse.

§ 5. Das Schuljahr beginnt für sämtliche Abteilungen der Kantonsschule im Frühjahr.

§ 6. Die Gesamtdauer der während eines Schuljahres Lehrern und Schülern einzuräumenden Ferien bestimmt der Kantonsrat. Sie soll nicht mehr als zwölf Wochen umfassen.

Der Regierungsrat begrenzt alljährlich auf Vorschlag der Lehrerkonferenz Schulzeit und Ferien.

§ 7. Der Unterricht am Gymnasium und an der Realschule schließt an den Unterricht der sechsten Klasse der Primarschule, der Unterricht an der Lehrerbildungsanstalt und der Handelsschule an denjenigen zweiklassiger Bezirks- bezw. Sekundarschulen an.

§ 8. Der Lehrplan bestimmt für jede Klasse die Unterrichtsfächer und den Lehrstoff. Er setzt ferner für die in den einzelnen Klassen zu behandelnden Fächer die Zahl der wöchentlich zu erteilenden Unterrichtsstunden fest. Er kann auch für bestimmte Fächer und für die Schüler einer, mehrerer oder aller Abteilungen Freikurse vorsehen.

Der Lehrplan wird, nachdem er von der Lehrerkonferenz und vom Erziehungsrat vorberaten worden ist, vom Regierungsrat aufgestellt.

Der Regierungsrat weist die im Lehrplan vorgeschlagenen Unterrichtsstunden den einzelnen Professoren, Lehrern und Hülfslehrern zu.

§ 9. Der Kantonsrat bestimmt, wann die Parallelisierung einer Klasse einzutreten hat.

Er ist auch berechtigt, parallelisierte Klassen wieder zu verschmelzen.

§ 10. Den Zwecken der Ausbildung der Schüler und des Unterrichts dienen die Kantonsbibliothek, das astronomische Observatorium, das chemische Laboratorium, die verschiedenen wissenschaftlichen Sammlungen der Kantonsschule und die vom Staate zu beschaffenden allgemeinen Lehrmittel.

Der Regierungsrat bezeichnet auf Vorschlag der Lehrerkonferenz und des Erziehungsrates die beim Unterrichte zu verwendenden individuellen Lehrmittel.

III. Die Schüler.

§ 11. Der Besuch der Solothurnischen Kantonsschule steht Personen männlichen und weiblichen Geschlechts zu.

§ 12. Welche Voraussetzungen gegeben sein müssen, damit eine Person als Schüler einer Abteilung aufgenommen werden kann und von einer Klasse in die andere vorrücken darf, normiert auf Vorschlag der Lehrerkonferenz der Regierungsrat.

Ob eine Person befähigt ist, als Schüler einzutreten, stellt die Lehrerkonferenz fest; über die Aufnahme in das Gymnasium, in die Realschule und in die Handelsschule entscheidet die Lehrerkonferenz, über die Aufnahme in die Lehrerbildungsanstalt der Regierungsrat.

Ob ein Schüler von einer Klasse in die andere vorrücken kann, bestimmt die Lehrerkonferenz.

§ 13. Der Staat kann zu Beginn des Schuljahres Schulgelder beziehen von denjenigen Schülern, deren Wohnsitz sich außerhalb des Kantons Solothurn befindet. Von den übrigen Schülern können nur jährliche Einschreibgebühren gefordert werden.

Der Regierungsrat bestimmt die Höhe der Schulgelder und Einschreibgebühren.

§ 14. In der Regel haben die Schüler dem durch den Lehrplan für die betreffende Klasse vorgesehenen Unterricht zu folgen. Ausnahmsweise kann

die Rektoratskommission einen Schüler vom Besuch einzelner Unterrichtsfächer befreien.

§ 15. Die Disziplinargewalt über die Schüler üben der Regierungsrat, die Mitglieder und Organe des Lehrkörpers der Kantonsschule, sowie die Vorsteher der Kosthäuser aus.

Die hierüber aufzustellenden Vorschriften werden vom Regierungsrat erlassen.

§ 16. Vom Besuche einzelner Lehrstunden dispensiert der Lehrer, der sie erteilt. Über weitergehende Urlaubsgesuche entscheidet der Rektor.

§ 17. Der Regierungsrat erläßt die Reglemente über die Prüfungen, welche die Schüler nach Absolvierung einer Abteilung der Kantonsschule abzulegen haben. Es finden statt:

a. für die Schüler der obersten Klasse des Gymnasiums und der Realschule die Maturitätsprüfungen;

b. für die Schüler des IV. Kurses der Lehrerbildungsanstalt die Patentprüfungen;

c. für die Schüler der obersten Klasse der Handelsschule die Diplomprüfungen.

Der Entscheid über die Frage, ob diese Prüfungen wegzufallen haben, steht dem Kantonsrate zu.

§ 18. Diese Prüfungen werden abgenommen von folgenden Prüfungskommissionen:

a. von der Maturitätsprüfungskommission für die Schüler des Gymnasiums und der Realschule;

b. von der Lehrerprüfungskommission für die Lehramtskandidaten;

c. von der Handelsschulkommission für die Schüler der Handelsschule.

Diese Prüfungskommissionen werden vom Regierungsrat je auf den 15. August des Jahres, in welchem die Gesamterneuerungswahlen der Behörden im Kanton Solothurn stattfinden, gewählt.

IV. Die Lehrer.

§ 19. Der Lehrkörper der Kantonsschule umfaßt Professoren, Lehrer und Hülfslehrer.

Art und Zahl der an der Kantonsschule anzustellenden Lehrkräfte bestimmt der Kantonsrat.

§ 20. Die Wahl zum Professor, Lehrer oder Hülfslehrer ist bedingt durch die entsprechende Befähigung und den Besitz der bürgerlichen Ehrenrechte. Die Anstellung erlischt mit dem Verlust der letztern.

§ 21. Die Professoren, Lehrer und Hülfslehrer werden auf Vorschlag des Erziehungsrates vom Regierungsrate ernannt.

Die Wahl ist eine provisorische oder definitive.

Die Neubesetzung von Lehrstellen erfolgt durch Ruf oder auf Ausschreibung.

§ 22. Die Amtsdauer der definitiv gewählten Professoren, Lehrer und Hülfslehrer wird durch den Regierungsrat festgesetzt und beträgt in der Regel sechs Jahre.

§ 23. Die Professoren und Lehrer können vom Regierungsrat zur Erteilung von höchstens fünfundzwanzig Wochenstunden angehalten werden.

§ 24. Die Professoren und Lehrer aller Abteilungen haben während der Schulzeit ihre ganze Arbeitskraft der lehramtlichen Tätigkeit an der Kantonsschule zu widmen.

Der Regierungsrat ist berechtigt, das Betreiben von Nebenbeschäftigungen ganz oder teilweise zu verbieten.

§ 25. Der Regierungsrat überträgt die verantwortliche Aufsicht über die zur Kantonsschule gehörenden wissenschaftlichen Sammlungen und Institute und über das dem Unterricht dienende Inventar den Professoren und Lehrern.

Die in § 35, Abs. 3, genannten Organe des Lehrkörpers der Kantonsschule werden je auf den 15. August des Jahres, in welchem die Gesamterneuerungswahlen der Behörden im Kanton Solothurn stattfinden, aus der Mitte der Lehrerkonferenz vom Regierungsrat gewählt und für ihre Funktionen honoriert.

Der Regierungsrat kann den Professoren und Lehrern die Inspektion über die Bezirks- bezw. Sekundarschulen des Kantons überbinden und hat sie für die ihnen daraus erwachsenden Ausgaben schadlos zu halten.

Der Regierungsrat ist berechtigt, das Amt eines Kantonsbibliothekars und Staatsarchivars zu schaffen. Er kann Professoren und Lehrer damit betrauen und die Inhaber dieser Nebenämter honorieren oder deren Pflichtstundenzahl (§ 23) reduzieren.

§ 26. Die Jahresbesoldung beläuft sich für die Professoren auf Fr. 4000, für die Lehrer auf Fr. 3200.

Außerdem beziehen die Professoren und Lehrer alljährlich eine Altersgehaltszulage von Fr. 200, wenn sie mehr als 4 Jahre, von Fr. 400, wenn sie mehr als 8 Jahre, und von Fr. 600, wenn sie mehr als 12 Jahre das Lehramt an der Solothurnischen Kantonsschule oder einer gleichartigen Schulanstalt ausgeübt haben.

Das Honorar der Hülfslehrer und das Entgelt für die von den Professoren und Lehrern über das Pflichtmaß (§ 23) hinaus erteilten Jahresstunden bestimmt der Kantonsrat.

§ 27. Behufs Einrichtung einer staatlichen Invaliden-, Witwen- und Waisenkasse für die Professoren und Lehrer der Kantonsschule und für die Haupt- und Nebenlehrer der landwirtschaftlichen Winterschule ist der Kantonsrat berechtigt, einen Fonds anzulegen und im Laufe der Jahre zu äufnen.

Wenn der Fonds die erforderliche Höhe erreicht hat, soll ihn der Kantonsrat seinem Zweck dienstbar machen. Alsdann kann er den Beitritt zur Kasse obligatorisch erklären und die Mitglieder zur Leistung von Beiträgen heranziehen.

In gleicher Weise kann auch eine staatliche Invaliden-, Witwen- und Waisenkasse für einen vom Kantonsrat zu umschreibenden Kreis von Beamten und Angestellten des Staates eingerichtet werden.

Der Kantonsrat ist berechtigt, die beiden Kassen zu verschmelzen.

§ 28. Vom Ausfall einzelner Lehrstunden haben Professoren, Lehrer und Hülfslehrer dem Rektor Anzeige zu erstatten.

Urlaub bis auf die Dauer einer Woche gewährt den Professoren, Lehrern und Hülfslehrern der Rektor, dem Rektor das Erziehungsdepartement. Längere und innert Jahresfrist wiederholte Urlaube sind beim Regierungsrat nachzusuchen.

Wenn infolge vorübergehender Erkrankung oder wegen Militärdienst eines Professors, Lehrers oder Hülfslehrers eine Stellvertretung notwendig wird, trägt der Staat die Kosten.

§ 29. Der von den Professoren, Lehrern und Hülfslehrern erteilte Unterricht wird überwacht:

a. durch Regierungsrat und Erziehungsrat;

b. durch die Maturitätsprüfungskommission für das Gymnasium und die Realschule, durch die Lehrerprüfungskommission für die Lehrerbildungsanstalt, durch die Handelsschulkommission für die Handelsschule;

c. durch die in gleicher Weise wie die Prüfungskommissionen (§ 18) gewählten Inspektoren für diejenigen Fächer und Klassen, für welche sie als solche zu funktionieren haben.

Der Regierungsrat bestimmt auf dem Verordnungswege, wie diese Aufsicht auszuüben ist.

§ 30. Wenn Professoren, Lehrer oder Hülfslehrer ihre Amtspflicht verletzen oder solche Handlungen begehen, welche mit der Ausübung des Amtes unverträglich erscheinen, ist die Disziplinargewalt zur Anwendung zu bringen.

§ 31. Die Disziplinargewalt über die Professoren, Lehrer und Hülfslehrer der Kantonsschule übt der Regierungsrat aus.

Dem Angeschuldigten ist Gelegenheit zu geben, sich zu verantworten.

Gegen die in § 32, litt. *b* und *c*, genannten Strafverfügungen des Regierungsrates kann innert 30 Tagen nach Zustellung des Beschlusses beim Kantonsrat Rekurs erhoben werden, welcher jedoch keine aufschiebende Wirkung hat.

§ 32. In Ausübung der Disziplinargewalt können nach der Größe des Fehltritts und nach dem Grade des Verschuldens folgende Strafen verhängt werden: *a.* die Rüge; — *b.* die Versetzung in die Stellung eines provisorisch gewählten Inhabers der Lehrstelle; — *c.* die Abberufung.

§ 33. Professoren, Lehrer und Hülfslehrer haben Entlassungsgesuche auf Ende des Sommer- oder des Winterschulhalbjahres zu stellen und sie wenigstens drei Monate vor demjenigen Zeitpunkte dem Regierungsrat einzureichen, auf welchen sie aus dem Lehrkörper der Kantonsschule ausscheiden wollen.

Der Regierungsrat kann in außerordentlichen Fällen Ausnahmen von dieser Regel gestatten.

§ 34. Beim Hinscheiden eines Professors oder Lehrers ist der Gehalt für einen weiteren Monat, vom Todestage an gerechnet, auszurichten.

Sind beim Tode eines Professors oder Lehrers eine Ehefrau, minderjährige Kinder oder Eltern vorhanden, so ist der Regierungsrat befugt, nach seinem Ermessen überdies zugunsten dieser je nach ihrer Vermögenslage und der Dienstzeit des Verstorbenen einen Besoldungsnachgenuß bis auf vier Monate zu gewähren.

§ 35. Die Professoren, Lehrer und Hülfslehrer bilden die Lehrerkonferenz der Kantonsschule.

Die Vereinigung der Professoren, Lehrer und Hülfslehrer, die an der nämlichen Abteilung (§ 1) tätig sind, ist die Abteilungskonferenz.

Aus der Mitte der aus fünf Mitgliedern bestehenden Rektoratskommission werden gewählt:

a. der Rektor, welcher Präsident der Rektoratskommission und der Lehrerkonferenz ist, und dessen Stellvertreter;

b. die Abteilungsvorsteher, welche die Präsidenten der Abteilungskonferenzen sind;

c. der Aktuar der Lehrerkonferenz und der Rektoratskommission.

Die Rechte und Pflichten der genannten Organe des Lehrkörpers der Kantonsschule normiert der Regierungsrat.

V. Erleichterung des Studiums an der Kantonsschule durch den Staat.

§ 36. Der Regierungsrat ist berechtigt, Schülern des Gymnasiums, der Realschule und der Handelsschule gegen ein von ihm festzustellendes Entgelt Kost und Logis zu gewähren.

§ 37. Der Regierungsrat ist berechtigt, den Schülern der Lehrerbildungsanstalt im Kosthaus dieser Anstalt im Sinne des § 38 freie Kost und freie Wohnung zu gewähren.

Der Eintritt in das Kosthaus ist den Schülern freigestellt.

Den Schülerinnen dieser Anstalt und denjenigen Schülern, welche außerhalb des Kosthauses der Lehrerbildungsanstalt wohnen, kann der Regierungsrat

Staatsbeiträge an ihre Auslagen für Kost und Logis verabfolgen. Er bestimmt die Höhe dieser Beiträge.

§ 38. Schüler und Schülerinnen der Lehrerbildungsanstalt werden den Betrag, den der Staat für sie, gestützt auf § 37, aufgewendet hat, schuldig. Der Regierungsrat setzt die Höhe des Schuldbetrages fest.

Ein Teil dieser Verbindlichkeit, höchstens $^1/_3$ derselben, ist vom Schuldner zu tilgen. Seine Höhe und die Abzahlungstermine normiert der Regierungsrat.

In bezug auf den Rest der Schuld gilt folgendes:

a. Mit jedem Schuljahr, welches der Schuldner im Schuldienste des Kantons Solothurn vollendet, erlischt $^1/_{15}$ der Schuld. Die Schuld erlischt ganz, wenn der Schuldner während 15 Jahren die ihm übertragenen Lehrstellen im Kanton Solothurn versehen hat, wenn er stirbt oder wenn er, ohne daß ihn ein Verschulden trifft, aus der Lehrerbildungsanstalt entlassen wird oder unfähig geworden ist, eine Lehrstelle zu bekleiden;

b. die Schuld wird fällig, wenn der Schuldner, ohne die Patentprüfung bestanden zu haben, die Lehrerbildungsanstalt verläßt, wenn er aus dem Lehrerstande ausscheidet oder wenn er sich weigert, eine ihm übertragene Lehrstelle im Kanton Solothurn zu übernehmen.

§ 39. Der Regierungsrat kann gestützt auf eine vom Kantonsrat zu erlassende Verordnung unbemittelten und tüchtigen Schülern des Gymnasiums, der Realschule und der Handelsschule unzinsbare Vorschüsse und aus den Erträgnissen eines vom Staate anzulegenden Stipendienfonds Stipendien gewähren.

VI. Vermischte Bestimmungen.

§ 40. Auf den 15. August desjenigen Jahres, in welchem die Gesamterneuerungswahlen der Behörden im Kanton Solothurn stattfinden, wählt der Regierungsrat die Vorsteher der staatlichen Kosthäuser (§§ 36—38) und den Hauswart der Kantonsschule.

Rechte und Pflichten der Kosthausvorsteher und des Hauswarts normiert der Regierungsrat. Die Besoldung des Hauswarts der Kantonsschule ist durch § 39, litt. *g*, des Gesetzes betreffend die Beamten und Angestellten des Staates vom 27. November 1904 festgestellt.

§ 41. Der Kantonsrat ist berechtigt, an der Kantonsschule für Lehrer und Lehrerinnen aller Stufen Spezialkurse, wie Fortbildungs-, Wiederholungs-, Arbeitslehrerinnenkurse usw., abhalten zu lassen.

Er kann die im Schuldienst stehenden Lehrer und Lehrerinnen zum Besuche dieser Kurse anhalten.

Zweiter Teil. — Die landwirtschaftliche Winterschule.

I. Zweck, Sitz und Unterstellung.

§ 42. Zur Förderung der landwirtschaftlichen Berufsbildung wird eine kantonale landwirtschaftliche Winterschule gegründet.

Der Kantonsrat ist berechtigt, diese Schule zu schließen, wenn sie eine ungenügende Frequenz aufweist.

§ 43. Den Sitz der landwirtschaftlichen Winterschule bestimmt der Kantonsrat.

§ 44. Die oberste leitende und entscheidende Behörde ist der Regierungsrat. Durch diese Bestimmung werden die Befugnisse, welche Verfassung und Gesetz dem Kantonsrat einräumen, nicht berührt.

II. Der Unterricht.

§ 45. Die landwirtschaftliche Winterschule umfaßt zwei Halbjahreskurse. Der Kurs beginnt zu Anfang des Monates November und schließt Ende März des darauffolgenden Jahres. Der Kantonsrat kann jedoch die Unterrichtszeit ausdehnen und die Kurse zeitlich verlegen.

§ 46. Der Lehrplan bestimmt für jeden Kurs die Unterrichtsfächer und den Lehrstoff. Er setzt ferner für die in den beiden Kursen zu behandelnden Fächer die Zahl der wöchentlich zu erteilenden Unterrichtsstunden fest. Er kann auch für bestimmte Fächer Freistunden vorsehen.

Der Lehrplan wird, nachdem er vom Lehrpersonal und von der Aufsichtskommission der landwirtschaftlichen Winterschule, sowie vom Erziehungsrat vorberaten worden ist, vom Regierungsrate aufgestellt.

Der Regierungsrat weist die im Lehrplan vorgesehenen Unterrichtsstunden den einzelnen Lehrern zu.

§ 47. Der Kantonsrat bestimmt, wann die Parallelisierung einer Klasse einzutreten hat.

Er ist berechtigt, parallelisierte Klassen wieder zu verschmelzen.

§ 48. Den Zwecken der Ausbildung der Schüler dienen die Kantonsbibliothek, die wissenschaftlichen Sammlungen der Winterschule und die vom Staate zu beschaffenden allgemeinen Lehrmittel.

Der Regierungsrat bezeichnet auf Vorschlag des Lehrpersonals und der Aufsichtskommission die beim Unterricht zu verwendenden individuellen Lehrmittel.

III. Die Schüler.

§ 49. Der Besuch der landwirtschaftlichen Winterschule steht Personen männlichen und weiblichen Geschlechts zu.

§ 50. Welche Voraussetzungen gegeben sein müssen, damit eine Person als Schüler aufgenommen werden kann und von einem Kurse in den anderen vorrücken darf, bestimmt der Regierungsrat.

Darüber, ob im einzelnen Falle diese Voraussetzungen vorliegen, entscheidet auf Vorschlag des Lehrpersonals die Aufsichtskommission.

§ 51. Der Staat kann von den Schülern zu Beginn des Kurses eine Einschreibgebühr beziehen, deren Höhe der Regierungsrat bestimmt.

§ 52. Der Regierungsrat ist berechtigt, den Schülern der landwirtschaftlichen Winterschule gegen ein von ihm festzustellendes Entgeld Kost und Logis zu gewähren.

Der Regierungsrat kann über das Kosthaus der landwirtschaftlichen Winterschule für die Zeit, während welcher dieses der landwirtschaftlichen Winterschule nicht dient, zu andern Zwecken verfügen.

Auf den 15. August desjenigen Jahres, in welchem die Gesamterneuerungswahlen der Behöreen im Kanton Solothurn stattfinden, wählt der Regierungsrat den Verwalter des Kosthauses der landwirtschaftlichen Winterschule. Er normiert dessen Rechte und Pflichten.

§ 53. Der Regierungsrat kann, gestützt auf eine vom Kantonsrat zu erlassende Verordnung, unbemittelten und tüchtigen Schülern unzinsbare Vorschüsse und aus den Erträgnissen des vom Staate anzulegenden Stipendienfonds (§ 39) Stipendien gewähren.

§ 54. In der Regel haben die Schüler dem durch den Lehrplan für den betreffenden Kurs vorgesehenen Unterricht zu folgen. Ausnahmsweise kann die Aufsichtskommission einen Schüler vom Besuche einzelner Unterrichtsfächer befreien.

§ 55. Die Disziplinargewalt über die Schüler üben der Regierungsrat, das Lehrpersonal und dessen Organe und der Vorsteher des Kosthauses aus.

Die hierüber aufzustellenden Vorschriften werden vom Regierungsrat erlassen.

§ 56. Vom Besuche einzelner Lehrstunden dispensiert der Lehrer, der sie erteilt. Über weitergehende Urlaubsgesuche entscheidet der Vorsteher der landwirtschaftlichen Winterschule.

§ 57. Jeder Schüler hat nach den Vorschriften eines vom Regierungsrate zu erlassenden Prüfungsreglementes beim Austritt aus dem zweiten Kurse eine

Diplomprüfung abzulegen. Diese wird von der Aufsichtskommission der landwirtschaftlichen Winterschule abgenommen.

IV. Die Lehrer.

§ 58. Der Lehrkörper der landwirtschaftlichen Winterschule umfaßt Haupt-, Neben- und Hülfslehrer.

Art und Zahl der anzustellenden Lehrkräfte bestimmt der Kantonsrat.

§ 59. Die Wahl zum Haupt-, Neben- oder Hülfslehrer ist bedingt durch die entsprechende Befähigung und den Besitz der bürgerlichen Ehrenrechte. Die Anstellung erlischt mit dem Verlust der letztern.

§ 60. Die Haupt-, Neben- und Hülfslehrer werden auf Vorschlag der Aufsichtskommission und des Erziehungsrates vom Regierungsrate ernannt.

Die Wahl ist eine provisorische oder definitive.

Die Neubesetzung von Lehrstellen erfolgt durch Ruf oder auf Ausschreibung

§ 61. Die Amtsdauer der definitiv gewählten Haupt-, Neben- und Hülfslehrer wird durch den Regierungsrat festgesetzt und beträgt in der Regel sechs Jahre.

§ 62. Die Haupt- und Nebenlehrer können vom Regierungsrate zur Erteilung von höchstens fünfundzwanzig Wochenstunden angehalten werden.

§ 63. Die Haupt- und Nebenlehrer haben während der Schulzeit ihre ganze Arbeitskraft der lehramtlichen Tätigkeit an der landwirtschaftlichen Winterschule zu widmen. Der Regierungsrat ist berechtigt, ihnen das Betreiben von Nebenbeschäftigungen ganz oder teilweise zu verbieten.

Der Regierungsrat überträgt die verantwortliche Aufsicht über die zur landwirtschaftlichen Winterschule gehörenden Sammlungen und über die dem Unterrichte dienenden Sachen den Haupt- oder Nebenlehrern.

Der Regierungsrat kann das Amt eines Verwalters des Kosthauses der landwirtschaftlichen Winterschule (§ 52) einem Haupt- oder Nebenlehrer dieser Schule überbinden.

Die Haupt- und Nebenlehrer stehen zu der Zeit, während der sie keinen Unterricht zu erteilen haben, zur Verfügung des Regierungsrates.

§ 64. Die Jahresbesoldung beläuft sich für die Hauptlehrer auf Fr. 4000 für die Nebenlehrer auf Fr. 3200.

Außerdem beziehen die Haupt- und Nebenlehrer alljährlich eine Altersgehaltszulage von Fr. 200, wenn sie mehr als vier Jahre, von Fr. 400, wenn sie mehr als acht Jahre, von Fr. 600, wenn sie mehr als zwölf Jahre das Lehramt an der landwirtschaftlichen Winterschule oder einer gleichartigen Schulanstalt ausgeübt haben.

Die Haupt- und Nebenlehrer haben auch teil an der nach § 27 des vorliegenden Gesetzes einzurichtenden staatlichen Invaliden-, Witwen- und Waisenkasse.

Das Honorar der Hülfslehrer und das Entgelt für die von den Haupt- und Nebenlehrern über das Pflichtmaß (§ 62) hinaus erteilten Halbjahresstunden bestimmt der Kantonsrat.

§ 65. Vom Ausfall einzelner Lehrstunden haben die Haupt-, Neben- und Hülfslehrer dem Vorsteher der landwirtschaftlichen Winterschule Anzeige zu erstatten.

Urlaub bis auf die Dauer einer Woche gewährt den Haupt-, Neben- und Hülfslehrern der Vorsteher der Winterschule, dem Vorsteher das Erziehungsdepartement. Längere und innert Jahresfrist wiederholte Urlaube sind beim Regierungsrat nachzusuchen.

Wenn infolge vorübergehender Erkrankung oder wegen Militärdienst eines Haupt-, Neben- oder Hülfslehrers eine Stellvertretung notwendig wird, trägt der Staat die Kosten.

§ 66. Der erteilte Unterricht wird nach den Vorschriften einer vom Regierungsrat zu erlassenden Verordnung überwacht:

a. durch Regierungsrat und Erziehungsrat;

b. durch die Aufsichtskommission der landwirtschaftlichen Winterschule.

Diese Aufsichtskommission wird vom Regierungsrate je auf den 15. August des Jahres, in welchem die Gesamterneuerungswahlen der Behörden im Kanton Solothurn stattfinden, gewählt.

§ 67. Wenn Haupt-, Neben- oder Hülfslehrer ihre Amtspflichten verletzen oder solche Handlungen begehen, welche mit der Ausübung des Amtes unverträglich erscheinen, ist die Disziplinargewalt zur Anwendung zu bringen.

§ 68. Die Disziplinargewalt über die Haupt-, Neben- und Hülfslehrer übt der Regierungsrat aus.

Dem Angeschuldigten ist Gelegenheit zu geben, sich zu verantworten.

Gegen die in § 69, litt. *b* und *c*, genannten Strafverfügungen des Regierungsrates kann innert 30 Tagen nach Zustellung des Beschlusses beim Kantonsrat Rekurs eingereicht werden, welcher jedoch keine aufschiebende Wirkung hat.

§ 69. In Ausübung der Disziplinargewalt können nach der Größe des Fehltritts und nach dem Grade des Verschuldens folgende Strafen verhängt werden: *a.* die Rüge; — *b.* die Versetzung in die Stellung eines provisorisch gewählten Inhabers der Lehrstelle; — *c.* die Abberufung.

§ 70. Haupt-, Neben- und Hülfslehrer haben Entlassungsgesuche auf Ende des Winterschulhalbjahres zu stellen.

Der Regierungsrat kann in außerordentlichen Fällen Ausnahmen von dieser Regel gestatten.

§ 71. Beim Hinscheiden eines Haupt- oder Nebenlehrers ist der Gehalt für einen weitern Monat, vom Todestage an gerechnet, auszurichten.

Sind beim Tode eines Haupt- oder Nebenlehrers eine Ehefrau, minderjährige Kinder oder Eltern vorhanden, so ist der Regierungsrat befugt, nach seinem Ermessen überdies zugunsten dieser je nach ihrer Vermögenslage und der Dienstzeit des Verstorbenen einen Besoldungsnachgenuß bis auf vier Monate zu gewähren.

§ 72. Der Regierungsrat ernennt aus der Mitte des Lehrpersonals einen Vorsteher der landwirtschaftlichen Winterschule und normiert dessen Rechte und Pflichten.

Der Regierungsrat kann auf dem Verordnungswege dem Lehrpersonal der landwirtschaftlichen Winterschule eine Organisation geben.

Dritter Teil. — Die Fortbildungsschulen.

I. Arten, Zweck und Unterstellung.

§ 73. Die allgemeine Fortbildungsschule bezweckt, das Wissen und Können der aus der Primarschule entlassenen jungen Leute zu befestigen und zu erweitern.

Die beruflichen Fortbildungsschulen wollen außerdem diesen Leuten eine spezielle berufliche (gewerbliche, landwirtschaftliche, kaufmännische, hauswirtschaftliche etc.) Bildung vermitteln.

§ 74. Die Wiederholungskurse für stellungspflichtige Jünglinge haben den Zweck, auf die pädagogische Prüfung bei der Rekrutierung vorzubereiten.

§ 75. Die oberste leitende und entscheidende Behörde ist der Regierungsrat. Durch diese Bestimmung werden die Befugnisse, welche Verfassung und Gesetz dem Kantonsrate einräumen, nicht berührt.

II. Die allgemeine Fortbildungsschule.

§ 76. Das Institut der allgemeinen Fortbildungsschule erstreckt sich über das ganze Gebiet des Kantons Solothurn.

Der Regierungsrat kann von der Führung allgemeiner Fortbildungsschulen absehen in solchen Gemeinden, in welchen ein den Unterricht der allgemeinen Fortbildungsschule ersetzender Unterricht erteilt wird.

§ 77. Fortbildungsschulpflichtig sind die auf Kantonsgebiet tatsächlich wohnhaften Jünglinge, welche acht Schuljahre absolviert haben. Weitere Schuljahre, welche diese jungen Leute in der Primarschule, in einer Bezirks- bezw. Sekundarschule oder in einer höhern Schule als ordentliche Schüler zubringen, gelten als Fortbildungsschuljahre. Der Besuch der allgemeinen Fortbildungsschule wird ersetzt durch den Besuch einer staatlich subventionierten beruflichen Fortbildungsschule.

§ 78. Die im Fortbildungsschulkreise (§ 81) tatsächlich wohnenden Jünglinge sind gehalten, die Fortbildungsschule dieses Kreises zu besuchen.

Der Regierungsrat kann Ausnahmen von dieser Regel machen und gestatten. Er entscheidet über allfällig hieraus entstehende Entschädigungsansprüche.

§ 79. Der Unterricht umfaßt drei Halbjahreskurse mit je 80 Stunden. Der Kurs beginnt anfangs November und schließt Ende März des darauffolgenden Jahres.

Der Regierungsrat kann auf Antrag der einem Fortbildungsschulkurse (§ 81) angehörenden Einwohnergemeinden die Unterrichtszeit ausdehnen und die in Absatz 1 hiervor vorgesehenen Stunden und Kurse zeitlich verlegen.

§ 80. Die Fortbildungsschule schließt an die Primarschule an.

Der Fortbildungsschulpflichtige hat seiner Schulpflicht unaufgefordert zu genügen.

§ 81. Der Regierungsrat erläßt die erforderlichen Vorschriften über die zu erledigenden Unterrichtsfächer.

Im weitern stellt der Regierungsrat Bestimmungen über die Organisation der Fortbildungsschulkreise und der einzelnen Schulen auf. Dabei soll er dafür sorgen, daß der Fortbildungsschulunterricht möglichst auf die Tageszeit verlegt und jedenfalls so angesetzt wird, daß er nicht über 7 Uhr abends hinaus dauert. An Sonntagen und staatlich anerkannten Feiertagen darf Fortbildungsschulunterricht nicht gehalten werden.

§ 82. Die Ortsschulkommissionen haben jeder Störung der Schule und Beeinträchtigung des Unterrichts wirksam entgegenzutreten.

§ 83. Das Erziehungsdepartement kann wegen ansteckenden Krankheiten, gestützt auf ein ärztliches Gutachten, die allgemeine Fortbildungsschule ganz oder teilweise schließen.

§ 84. Fortbildungsschulpflichtige, welche infolge von Geisteskrankheit oder Geistesschwäche dauernd unfähig sind, dem Fortbildungsschulunterricht zu folgen, sind durch den Regierungsrat von der Schulpflicht zu befreien.

§ 85. Das Lehrpersonal der Fortbildungsschule befreit von der Schulpflicht dadurch, daß es Schulversäumnisse als begründet erklärt. Es ist berechtigt, dies zu tun, wenn vorübergehende Krankheit, Todesfall in der Familie und weiter Schulweg bei ungünstiger Witterung dem Schüler den Schulbesuch unmöglich machen.

§ 86. Der Regierungsrat befreit in den durch die §§ 84 und 85 nicht berührten Fällen vom Schulbesuche, wenn zwingende Gründe eine Dispensierung rechtfertigen. Er ist befugt, Vorbehalte an den Dispensationsbeschluß zu knüpfen; insbesondere kann er verlangen, daß der versäumte Unterricht nachgeholt oder durch einen dem Fortbildungsschulunterricht entsprechenden Unterricht ersetzt wird.

§ 87. Jede unbegründete Schulversäumnis wird mit 25 Rappen per Unterrichtsstunde bestraft.

Schüler, die unbegründeterewise mehr als 10 Minuten zu spät erscheinen, verfallen in eine Strafe von 20 Rappen.

Für die Bußen haften in erster Linie die Fortbildungsschulpflichtigen. Wird der Strafbetrag nicht von diesen selbst bezahlt, so sind die Inhaber der elterlichen Gewalt dafür verantwortlich zu machen.

§ 88. Längstens alle zwei Wochen und am Schlusse des Schulhalbjahres fertigt der Lehrer ein Verzeichnis der unbegründeten Absenzen nach § 87, Abs. 1 und 2, aus und sendet es dem Oberamte ein.

Der Oberamtmann setzt die entsprechende Buße aus und sorgt für den ungesäumten Einzug derselben.

§ 89. Nach der zweiten unbegründeten Halbtagsabsenz macht der Lehrer dem Vater oder Inhaber der elterlichen Gewalt oder derjenigen Person, in deren Obhut oder Dienst der Fortbildungsschulpflichtige steht, und nach der dritten Absenz dem Oberamt Anzeige. Dieses kann in der Folge den Fehlbaren polizeilich in die Schule führen lassen.

§ 90. Wenn Eltern oder solche Personen, in deren Obhut oder Dienst der Fortbildungsschulpflichtige steht, diesen ohne stichhaltigen Grund vom Schulbesuche abhalten, so werden sie vom ordentlichen Strafrichter mit einer Geldbuße bis zu 30 Fr. bestraft.

§ 91. Die in den §§ 87 und 90 hiervor vorgesehenen Bußen fallen in den Schulfonds derjenigen Einwohnergemeinde, in welcher der Gebüßte tatsächlich wohnt.

§ 92. Wenn Fortbildungsschulpflichtige sich gegen die Schulordnung oder gegen Zucht und gute Sitte in der Schule verfehlen, ist die Disziplinargewalt zur Anwendung zu bringen.

Der Regierungsrat hat die erforderlichen Strafbestimmungen aufzustellen und die Behörden zu bezeichnen, durch welche die Strafen zu verhängen sind.

Körperliche Züchtigung der fortbildungsschulpflichtigen jungen Leute ist verboten.

§ 93. Wenn Fortbildungsschulpflichtige sich gegen Zucht und gute Sitte außerhalb der Schule verfehlen, ist die Disziplinargewalt zur Anwendung zu bringen.

Die Ortsschulkommissionen können die erforderlichen Strafbestimmungen aufstellen und die Behörden bezeichnen, welche die Strafen zu verhängen haben. Die hierüber aufgestellten Reglemente unterliegen der Genehmigung durch den Regierungsrat, der auf dem Verordnungswege bestimmen kann, unter welchen Voraussetzungen er diese ausspricht.

§ 94. Die Einwohnergemeinden stellen für die Erteilung des Unterrichts die erforderlichen Schulräumlichkeiten zur Verfügung. Sie sorgen für deren Einrichtung, Beleuchtung, Beheizung und Reinigung. Die Bürgergemeinde liefert das Heizmaterial.

Die Aufsicht über die Erfüllung dieser Pflicht steht dem Regierungsrate zu.

§ 95. Der Regierungsrat bestimmt auf Vorschlag des Erziehungsrates, welche Lehrmittel obligatorisch sind.

Für die Schulmaterialien und Lehrmittel haben die Einwohnergemeinden aufzukommen.

§ 96. Der Kantonsrat bestimmt, wer den Unterricht an der allgemeinen Fortbildungsschule zu erteilen hat. Er ist befugt, das Lehrpersonal der Primarschule mit dieser Aufgabe zu betrauen.

Der Kantonsrat normiert in bezug auf das Lehrpersonal der allgemeinen Fortbildungsschule die Wählbarkeitsvoraussetzungen und die Wahlart und umschreibt Rechte und Pflichten der Lehrer. Die Vorschriften des Primarschulgesetzes über die Disziplinargewalt kommen auch auf das Lehrpersonal der allgemeinen Fortbildungsschule zur Anwendung.

§ 97. Der Regierungsrat setzt das Minimum des Honorars für den in § 79, Abs. 1, vorgesehenen Fortbildungsschulunterricht fest. Dieses Minimum trägt der Staat.

Wird gemäß § 79, Abs. 2, die Unterrichtszeit ausgedehnt, so hat die Einwohnergemeinde für die hieraus erwachsenden Mehrkosten aufzukommen. Der Regierungsrat kann ihr hieran einen Beitrag gewähren.

§ 98. Die Oberaufsicht über die allgemeine Fortbildungsschule führen Regierungsrat, Erziehungsrat, Bezirks- und Ortsschulkommission.

Die Aufsicht über die allgemeine Fortbildungsschule üben diejenigen Personen aus, welchen die Primarschulinspektion übertragen ist.

Die Aufsicht über die Primar- und Fortbildungsschule wird durch Verordnung des Kantonsrates geregelt.

§ 99. Kommt eine Gemeinde den ihr obliegenden Pflichten auch dann nicht nach, nachdem ihr der Regierungsrat zur Erfüllung derselben eine Frist angesetzt hat, so hat der Regierungsrat das Nötige auf Kosten der Gemeinde vorzukehren.

III. Die beruflichen Fortbildungsschulen.

§ 100. Ohne Bewilligung des Regierungsrates darf weder eine neue berufliche Fortbildungsschule errichtet, noch eine bereits bestehende aufgehoben werden.

§ 101. Der Staat ist berechtigt, berufliche Fortbildungsschulen nach einer vom Regierungsrat aufzustellenden Verordnung durch Beiträge zu unterstützen.

§ 102. Die Statuten der staatlich subventionierten beruflichen Fortbildungsschulen bedürfen der Genehmigung des Regierungsrates.

Der Regierungsrat kann auf dem Verordnungswege feststellen, unter welchen Voraussetzungen er diese Genehmigung ausspricht.

§ 103. Der Regierungsrat kann diejenigen Gemeinden bezeichnen, welche dem Fortbildungsschulkreise angehören und welche Beiträge an die staatlich subventionierte berufliche Fortbildungsschule zu leisten haben.

Der Regierungsrat kann das Verhältnis bestimmen, nach welchem die beteiligten Gemeinden an die Kosten der Schule beizutragen haben. Diesen Gemeinden steht innerhalb Monatsfrist, nachdem sie vom Entscheide des Regierungsrates amtlich Kenntnis erhalten, die Berufung an den Kantonsrat zu.

Die Einwohnergemeinde des Schulortes kann angehalten werden, für die erforderlichen Schulräumlichkeiten, deren Einrichtung, Beleuchtung, Beheizung und Reinigung zu sorgen.

§ 104. Der Regierungsrat kann auf Begehren einer oder mehrerer Einwohnergemeinden für einen örtlich und persönlich zu umschreibenden Kreis den Besuch einer staatlich subventionierten beruflichen Fortbildungsschule obligatorisch erklären.

§ 105. Der Regierungsrat kann die im III. Teil des vorliegenden Gesetzes enthaltenen Vorschriften über das Absenzenwesen und die Disziplinargewalt auf die staatlich subventionierten Fortbildungsschulen als anwendbar bezeichnen.

§ 106. Kommt eine Gemeinde den ihr obliegenden Pflichten auch dann nicht nach, nachdem ihr der Regierungsrat zur Erfüllung derselben eine Frist angesetzt hat, so hat der Regierungsrat das Nötige auf Kosten der Gemeinde vorzukehren.

IV. Wiederholungskurse für stellungspflichtige Jünglinge.

§ 107. Das Institut der Wiederholungskurse für stellungspflichtige Jünglinge erstreckt sich über das ganze Gebiet des Kantons.

§ 108. Schulpflichtig sind die auf Kantonsgebiet tatsächlich wohnhaften stellungspflichtigen Jünglinge, die zu der Zeit, zu der sie den Wiederholungskurs zu besuchen haben, keiner höhern Schule als ordentliche Schüler angehören

§ 109. Der Unterricht umfaßt einen Halbjahreskurs von 36 Stunden.

Der Regierungsrat kann auf Antrag der einem Wiederholungsschulkreis angehörenden Einwohnergemeinden die Unterrichtszeit ausdehnen.

§ 110. Die §§ 78, 80, Abs. 2, 81—86, 88—99, sowie § 87 mit der Änderung, daß sich die Buße auf 50 Rp. per Stunde beläuft, finden auf die Wiederholungskurse für stellungspflichtige Jünglinge entsprechende Anwendung.

Vierter Teil. — Übergangs- und Schlußbestimmungen.

§ 111. Mit dem 15. August 1912 geht die Amtsdauer sämtlicher Beamten, Angestellten und Kommissionen der Kantonsschule und der landwirtschaftlichen Winterschule zu Ende.

§ 112. Die bisherigen Statuten der vom Staate subventionierten beruflichen Fortbildungsschulen sind dem Regierungsrat zur Genehmigung vorzulegen.

§ 113. Durch dieses Gesetz werden alle den Bestimmungen desselben widersprechenden Vorschriften der Solothurnischen Gesetzgebung aufgehoben.

Insbesondere fallen dahin:

1. Gesetz vom 11. Mai 1864 betreffend die Besoldung der Professoren und Lehrer an der Kantonsschule, soweit dasselbe nicht schon durch frühere Erlasse aufgehoben worden ist;
2. §§ 23, 28—31, 63, 64, 70—79 des Gesetzes vom 27. April 1873 über die Primarschulen;
3. Gesetz vom 12. Juli 1874 über die Einrichtung der Kantonsschule, soweit dasselbe nicht bereits aufgehoben worden ist;
4. Gesetz vom 3. April 1892 betreffend die Erweiterung der zweiklassigen Merkantilabteilung an der Solothurnischen Kantonsschule zu einer dreiklassigen Handelsschule;
5. Gesetz vom 10. Februar 1901 betreffend den Anfang des Schuljahres an der Kantonsschule und die Erweiterung der technischen Abteilung der obern Gewerbschule um ein Sommersemester;
6. Gesetz vom 18. März 1906 betreffend die Besoldungen der Professoren und Lehrer der Kantonsschule von Solothurn;
7. Kantonsratsbeschluß vom 28. September 1888 betreffend Vereinigung des Lehrerseminars mit der Kantonsschule;
8. Kantonsratsbeschluß vom 2. Juni 1890 betreffend Errichtung einer vierten Klasse an der pädagogischen Abteilung der Kantonsschule;
9. Kantonsratsbeschluß vom 14. Oktober 1904 betreffend Anstellung eines landwirtschaftlichen Wanderlehrers;
10. Kantonsratsbeschluß vom 5. November 1907 über Verlängerung der Gültigkeitsdauer des Kantonsratsbeschlusses vom 14. Oktober 1904 betreffend Anstellung des landwirtschaftlichen Wanderlehrers und Kantonsratsbeschluß vom 22. Juli 1908 betreffend das Wanderlehrerinstitut und die landwirtschaftliche Winterschule;
11. §§ 52—61 und 93—97 der Vollziehungsverordnung vom 26. Mai 1877 zum Primarschulgesetz;
12. §§ 7—15 und 16, Abs. 4, der Verordnung vom 5. Juni 1882 zum Primarschulgesetz;
13. Regierungsratsbeschluß vom 20. Oktober 1893 betreffend Rückvergütung von Seminarkostgeld;
14. Regierungsratsbeschluß vom 25. September 1896 betreffend Abänderung des § 9 des Kantonsschulreglementes vom 8. September 1883;
15. Regierungsratsbeschluß vom 23. August 1898 betreffend Besuch der Handelsschule durch Mädchen;
16. Regierungsratsbeschluß vom 3. Juni 1899 betreffend Besuch der pädagogischen Abteilung der Kantonsschule durch Mädchen;
17. Verordnung des Regierungsrates vom 25. November 1899 betreffend Staatsbeiträge an die weiblichen Zöglinge der pädagogischen Abteilung der Kantonsschule;
18. Regierungsratsbeschluß vom 24. Juli 1900 betreffend Besuch des Gymnasiums durch Mädchen;
19. Regierungsratsbeschluß vom 17. Oktober 1902 betreffend Staatsbeiträge an Schüler der pädagogischen Abteilung der Kantonsschule;

20. alle in bezug auf die Fortbildungsschule vom Regierungsrat bewilligten Ausnahmebestimmungen.

§ 114. Der vorliegende Erlaß wird Gesetz, wenn er vom Volke angenommen ist.

Den Beginn seiner Wirksamkeit wird der Regierungsrat bestimmen.

Der Regierungsrat des Kantons Solothurn, in Anwendung von § 53 des Gesetzes über Volksabstimmungen und Wahlen vom 16. Juli 1899 und gestützt auf das Ergebnis der Volksabstimmung vom 29. August 1909, auf Antrag der Staatskanzlei (Ziff. 1) und des Erziehungsdepartements (Ziff. 2) —

beschließt:

1. Das vom Kantonsrat unterm 13. Juli 1909 beschlossene Gesetz betreffend die Kantonsschule, die landwirtschaftliche Winterschule und die Fortbildungsschulen wird als vom Volke angenommen erklärt.
2. Das Inkrafttreten dieses Gesetzes vom 29. August 1909 wird nach § 114 desselben auf den 1. September 1909 festgesetzt, mit Ausnahme des § 113, Ziff. 2, soweit sich die Vorschrift auf §§ 63 und 64 des Gesetzes über die Primarschulen vom 27. April 1873 bezieht; der Beginn der Wirksamkeit dieses Teils von § 113, Ziff. 2, wird später bestimmt werden.

---

24. 6. **Vollziehungsverordnung zum Gesetz betreffend die Kantonsschule, die landwirtschaftliche Winterschule und die Fortbildungsschulen des Kantons Solothurn vom 29. August 1909.** (Vom 5. Oktober 1909.)

Der Kantonsrat von Solothurn, in Vollziehung des Gesetzes betreffend die Kantonsschule, die landwirtschaftliche Winterschule und die Fortbildungsschulen vom 29. August 1909,

beschließt:

I. Die Kantonsschule.

§ 1. Die Gesamtdauer der während eines Schuljahres Lehrern und Schülern einzuräumenden Ferien beträgt 12 Wochen.

§ 2. Der Lehrkörper der Kantonsschule umfaßt 26 Professoren, 1 Lehrer (Turnlehrer) und die erforderliche Anzahl Hülfslehrer.

Die Vermehrung der Zahl der Professoren und Lehrer erfolgt durch Spezialbeschluß des Kantonsrates. Die Zahl der Hülfslehrer wird vom Kantonsrat durch den Voranschlag zur Staatsrechnung oder durch besondern Beschluß bestimmt.

§ 3. Das Honorar für die von den Hülfslehrern und die von den Professoren und Lehrern über das Pflichtmaß hinaus erteilten Wochenstunden beträgt per Semester Fr. 60. Die Erteilung des Landwirtschaftsunterrichts an der Lehrerbildungsanstalt wird nicht honoriert, sofern sie durch Haupt- und Nebenlehrer der landwirtschaftlichen Winterschule geschieht.

§ 4. Unter dem Namen „Fonds zur Errichtung einer staatlichen Invaliden-, Witwen- und Waisenkasse für die Professoren und Lehrer der Kantonsschule und für die Haupt- und Nebenlehrer der landwirtschaftlichen Winterschule“ und unter dem Namen „Fonds zur Errichtung einer staatlichen Invaliden-, Witwen- und Waisenkasse für Beamte und Angestellte des Staates“ werden zwei unter staatlicher Verwaltung stehende Fonds errichtet.

An diese beiden Fonds hat der Staat bis auf weiteres alljährlich eine ordentliche Zuwendung im Gesamtbetrag von Fr. 15,000 zu machen; über die Zuwendung der Summe an den einen oder an die beiden Fonds entscheidet bei der Feststellung des Voranschlages zur Staatsrechnung der Kantonsrat.

Wenn die Fonds die erforderliche Höhe erreicht haben, soll sie der Kantonsrat ihrem Zwecke dienstbar machen. Alsdann kann er den Beitritt zur Kasse

obligatorisch erklären und die Mitglieder zur Leistung von Beiträgen heranziehen.

Der Kantonsrat ist berechtigt, die beiden Kassen zu verschmelzen.

§ 5. Der Staat erleichtert nach Maßgabe der Vorschriften der vorliegenden Verordnung unbemittelten und tüchtigen Schülern und Schülerinnen das Studium an der Kantonsschule durch Verabfolgung von Vorschüssen.

Der Kantonsrat wirft alljährlich im Voranschlag zur Staatsrechnung den Betrag aus, der zur Verabfolgung von Vorschüssen verwendet werden darf.

§ 6. Vorschüsse können solchen Schülern und Schülerinnen der Kantonsschule gewährt werden,

a. welche sich in der V. bis VII. Klasse des Gymnasiums und der Realschule oder in der III. Handelsschulklasse befinden;
b. welche besonders tüchtig und begabt sind;
c. welche in ihrer Aufführung in und außerhalb der Schule zu keinen Aussetzungen Anlaß geben;
d. welche unbemittelt sind und auch mit Hülfe der Eltern für die Studienkosten nicht oder nicht ganz aufzukommen vermögen;
e. welche das Solothurnische Kantonsbürgerrecht besitzen oder welche in einem andern Kanton heimatberechtigt sind und im Kanton Solothurn wohnen, sofern und soweit die Gegenseitigkeit verbürgt ist.

§ 7. Die Petenten haben ihr Gesuch jeweilen auf den 1. Mai dem Erziehungsdepartement einzureichen.

Der Regierungsrat entscheidet, ob und wie weit den Gesuchen zu entsprechen ist.

Der Vorschuß ist unverzinslich, bis er zur Rückzahlung fällig wird (§ 10, Abs. 1).

§ 8. Nach Bewilligung des Vorschusses hat der Vorschußnehmer unter Mitwirkung seines gesetzlichen Vertreters eine Schuldurkunde auszustellen.

Zu gleicher Zeit hat der Schuldner seine Verbindlichkeit durch Pfand oder Bürgschaft sicherzustellen. Die Bürgschaft muß eine solidarische sein. Die Eltern des Schuldners dürfen allein als Bürgen nicht dargegeben werden. Ob die Sicherheit eine genügende ist, entscheidet der Regierungsrat.

§ 9. Der Betrag des Vorschusses wird in Raten ausbezahlt. Das Erziehungsdepartement stellt die Anweisungen zugunsten des Vorschußnehmers aus.

Die Auszahlung des Vorschusses kann vom Regierungsrat verweigert werden, wenn eine der in § 6 genannten Voraussetzungen nachträglich weggefallen ist oder wenn die Fälle von § 10, Abs. 1 litt. *a* oder *b* zutreffen.

§ 10. Der Vorschuß wird zur Rückzahlung fällig:

a. sobald feststeht, daß der Vorschuß teilweise oder ganz zu einem andern Zwecke, als wozu er verabreicht worden war, verwendet wurde;
b. sobald die Sicherstellung (§ 8, Abs. 2) eine ungenügende wird;
c. nach Verfluß einer vom Regierungsrat bei der Bewilligung des Vorschusses festzusetzenden Frist.

Über den Eintritt der Fälligkeit eines Vorschusses nach Abs. 1 litt. *a* und *b* entscheidet der Regierungsrat.

Die Staatskasse hat die fälligen Vorschüsse einzufordern. Der Regierungsrat kann jedoch den Rückzahlungstermin auf Begehren des Schuldners und im Einverständnis mit den Bürgen erstrecken, indem er gleichzeitig den Zinsfuß und die Rückzahlungsbedingungen bestimmt.

§ 11. Unter dem Namen „Stipendienfonds der Kantonsschule und der landwirtschaftlichen Winterschule“ wird ein staatlicher Fonds angelegt, dessen Erträgnisse zur Ausrichtung von Stipendien an unbemittelte und tüchtige Schüler und Schülerinnen des Gymnasiums, der Realschule und der Handelsschule der Kantonsschule, sowie der landwirtschaftlichen Winterschule dienen sollen.

§ 12. Dem Stipendienfonds der Kantonsschule und der landwirtschaftlichen Winterschule werden die Schulgelder und Einschreibgebühren (§§ 13 und 51 des Gesetzes) einverleibt.

§ 13. Der Regierungsrat bestimmt alljährlich auf Beginn des Schuljahres, welcher Teil der Erträgnisse zur Ausrichtung von Stipendien verwendet werden darf und wieviel hiervon auf die Kantonsschule und auf die landwirtschaftliche Winterschule entfällt.

Die Erträgnisse des Fonds, welche nicht als Stipendien Verwendung finden, werden zu Kapital angelegt.

§ 14. Stipendien können solchen Schülern und Schülerinnen der Kantonsschule gewährt werden,

a. welche das Gymnasium, die Realschule oder die Handelsschule der Kantonsschule besuchen;

b. welche tüchtig und begabt sind;

c. deren Verhalten in und außerhalb der Schule zu keinen Aussetzungen Anlaß gibt;

d. welche unbemittelt sind;

e. welche seit wenigstens fünf Jahren Wohnsitz im Kanton Solothurn haben.

§ 15. Die Petenten haben ihr Gesuch samt den erforderlichen Ausweisen (§ 14) jeweilen auf den 1. Mai dem Rektor der Kantonsschule einzureichen.

Die Lehrerkonferenz beantragt dem Regierungsrat, ob und wie weit den Gesuchen zu entsprechen ist. Der Regierungsrat entscheidet.

§ 16. Der Stipendienbetrag wird in Raten ausbezahlt. Das Erziehungsdepartement stellt die Anweisungen zugunsten des Stipendiaten aus.

Die Auszahlung des Stipendiums kann vom Regierungsrate verweigert werden, wenn eine der in § 14 genannten Voraussetzungen nachträglich weggefallen ist oder feststeht, daß die schon ausbezahlten Raten des Stipendiums teilweise oder ganz zu einem andern Zwecke, als wozu sie verabreicht worden waren, verwendet wurden.

§ 17. Der Regierungsrat ist berechtigt, alljährlich für die Dauer von drei Monaten einen Kurs zur Heranbildung von Arbeitslehrerinnen und je nach Bedürfnis für die Dauer von zwei Wochen Wiederholungs- und Forbildungskurse für Arbeitsschul- und Haushaltungsschullehrerinnen abhalten zu lassen.

Der Kantonsrat bestimmt durch den Voranschlag zur Staatsrechnung oder durch besonderen Beschluß, welche weiteren Spezialkurse im Sinne von § 41 des Gesetzes abzuhalten sind.

Die Organisation dieser Spezialkurse ist Sache des Regierungsrates.

II. Die landwirtschaftliche Winterschule.

§ 18. Der Sitz der landwirtschaftlichen Winterschule befindet sich in Solothurn.

§ 19. Der Lehrkörper der landwirtschaftlichen Winterschule umfaßt zwei Hauptlehrer und die erforderliche Anzahl Hülfslehrer.

Die Vermehrung der Zahl der Hauptlehrer und die Schaffung von Nebenlehrerstellen erfolgt durch Spezialbeschluß des Kantonsrates. Die Zahl der Hülfslehrer wird vom Kantonsrat durch den Voranschlag zur Staatsrechnung oder durch besondern Beschluß bestimmt.

§ 20. Die von den Hülfslehrern und die von den Haupt- und Nebenlehrern über das Pflichtmaß hinaus erteilten Wochenstunden werden mit Fr. 60 per Winterkurs honoriert.

§ 21. Unter dem Namen „Fonds zur Errichtung einer staatlichen Invaliden-, Witwen- und Waisenkasse für die Professoren und Lehrer der Kantonsschule und für die Haupt- und Nebenlehrer der landwirtschaftlichen Winter-

schule" und unter dem Namen „Fonds zur Errichtung einer staatlichen Invaliden-, Witwen- und Waisenkasse für Beamte und Angestellte des Staates" werden zwei unter staatlicher Verwaltung stehende Fonds errichtet.

An diese beiden Fonds hat der Staat bis auf weiteres alljährlich eine ordentliche Zuwendung im Gesamtbetrag von Fr. 15.000 zu machen; über die Zuwendung der Summe an den einen oder an die beiden Fonds entscheidet bei der Feststellung des Voranschlages zur Staatsrechnung der Kantonsrat.

Wenn die Fonds die erforderliche Höhe erreicht haben, soll sie der Kantonsrat ihrem Zwecke dienstbar machen. Alsdann kann er den Beitritt zur Kasse obligatorisch erklären und die Mitglieder zur Leistung von Beiträgen heranziehen.

Der Kantonsrat ist berechtigt, die beiden Kassen zu verschmelzen.

§ 22. Der Staat erleichtert nach Maßgabe der Vorschriften der vorliegenden Verordnung unbemittelten und tüchtigen Schülern und Schülerinnen den Besuch der landwirtschaftlichen Winterschule durch Verabfolgung von Vorschüssen.

Der Kantonsrat wirft alljährlich im Voranschlag zur Staatsrechnung den Betrag aus, der zur Verabfolgung von Vorschüssen verwendet werden darf.

§ 23. Vorschüsse können solchen Schülern und Schülerinnen der landwirtschaftlichen Winterschule gewährt werden,

a. welche besonders tüchtig und begabt sind;

b. deren Lebensführung zu keinen Aussetzungen Anlaß gibt;

c. welche unbemittelt sind und auch mit Hülfe der Eltern für die Studienkosten nicht oder nicht ganz aufzukommen vermögen;

d. welche das Solothurnische Kantonsbürgerrecht besitzen oder welche in einem andern Kanton heimatberechtigt sind und im Kanton Solothurn wohnen, sofern und soweit die Gegenseitigkeit verbürgt ist.

§ 24. Die Petenten haben ihr Gesuch jeweilen auf den Beginn des Winterkurses dem Erziehungsdepartement einzureichen.

Der Regierungsrat entscheidet, ob und wie weit den Gesuchen zu entsprechen ist.

Der Vorschuß ist unverzinslich, bis er zur Rückzahlung fällig wird (§ 27, Abs. 1).

§ 25. Nach Bewilligung des Vorschusses hat der Vorschußnehmer unter Mitwirkung seines gesetzlichen Vertreters eine Schuldurkunde auszustellen.

Zu gleicher Zeit hat der Schuldner seine Verbindlichkeit durch Pfand oder Bürgschaft sicherzustellen. Die Bürgschaft muß eine solidarische sein. Die Eltern des Schuldners dürfen allein als Bürgen nicht dargegeben werden. Ob die Sicherheit eine genügende ist, entscheidet der Regierungsrat.

§ 26. Der Betrag des Vorschusses wird in Raten ausbezahlt. Das Erziehungsdepartement stellt die Anweisungen zugunsten des Vorschußnehmers aus.

Die Auszahlung des Vorschusses kann vom Regierungsrat verweigert werden, wenn eine der in § 23 genannten Voraussetzungen nachträglich weggefallen ist oder wenn die Fälle von § 27, Abs. 1 litt. *a* oder *b* zutreffen.

§ 27. Der Vorschuß wird zur Rückzahlung fällig:

a. sobald feststeht, daß der Vorschuß teilweise oder ganz zu einem andern Zwecke, als wozu er verabreicht worden war, verwendet wurde;

b. sobald die Sicherstellung (§ 25, Abs. 2) eine ungenügende wird;

c. nach Verfluß einer vom Regierungsrat bei der Bewilligung des Vorschusses festzusetzenden Frist.

Über den Eintritt der Fälligkeit eines Vorschusses nach Abs. 1 litt. *a* und *b* entscheidet der Regierungsrat.

Die Staatskasse hat die fälligen Vorschüsse einzufordern. Der Regierungsrat kann jedoch den Rückzahlungstermin auf Begehren des Schuldners und im

Einverständnis mit den Bürgen erstrecken, indem er gleichzeitig den Zinsfuß und die Rückzahlungsbedingungen bestimmt.

§ 28. Unter dem Namen „Stipendienfonds der Kantonsschule und der landwirtschaftlichen Winterschule" wird ein staatlicher Fonds angelegt, dessen Erträgnisse zur Ausrichtung von Stipendien an unbemittelte und tüchtige Schüler des Gymnasiums, der Realschule und der Handelsschule der Kantonsschule, sowie der landwirtschaftlichen Winterschule dienen sollen.

§ 29. Dem Stipendienfonds der Kantonsschule und der landwirtschaftlichen Winterschule werden die Schulgelder und Einschreibgebühren (§§ 13 und 51 des Gesetzes) einverleibt.

§ 30. Der Regierungsrat bestimmt alljährlich auf den Beginn des Schuljahres der Kantonsschule, welcher Teil der Erträgnisse zur Ausrichtung von Stipendien verwendet werden darf und wie viel hiervon auf die Kantonsschule und wie viel auf die landwirtschaftliche Winterschule entfällt.

Die Erträgnisse des Fonds, welche nicht als Stipendien Verwendung finden, werden zu Kapital angelegt.

§ 31. Stipendien können solchen Schülern und Schülerinnen der landwirtschaftlichen Winterschule gewährt werden: *a.* welche tüchtig und begabt sind; — *b.* deren Lebensführung zu keinen Aussetzungen Anlaß gibt; — *c.* welche unbemittelt sind; — *d.* welche seit wenigstens fünf Jahren Wohnsitz im Kanton Solothurn haben.

§ 32. Die Petenten haben ihr Gesuch samt den erforderlichen Ausweisen (§ 31) jeweilen auf den Anfang des Winterkurses dem Vorsteher der landwirtschaftlichen Winterschule einzureichen.

Die Aufsichtskommission der landwirtschaftlichen Winterschule beantragt dem Regierungsrat, ob und wieweit den Gesuchen zu entsprechen sei. Der Regierungsrat entscheidet.

§ 33. Der Stipendienbetrag wird in Raten ausbezahlt. Das Erziehungsdepartement stellt die Anweisungen zugunsten des Stipendiaten aus.

Die Auszahlung des Stipendiums kann vom Regierungsrat verweigert werden, wenn eine der in § 31 genannten Voraussetzungen nachträglich weggefallen ist oder feststeht, daß die schon ausbezahlten Raten des Stipendiums teilweise oder ganz zu einem andern Zwecke, als wozu sie verabreicht worden waren, verwendet wurden.

III. Die Fortbildungsschulen.

§ 34. Der Unterricht an den allgemeinen Fortbildungsschulen und an den Wiederholungskursen für stellungspflichtige Jünglinge wird von den Primarlehrern erteilt. Der Regierungsrat ist jedoch befugt, in einzelnen Fällen diesen Unterricht besondern Fortbildungsschullehrern zu übertragen.

§ 35. Die Aufsicht über die Primar- und Fortbildungsschulen wird durch Spezialverordnung des Kantonsrates geregelt.

IV. Schlussbestimmungen.

§ 36. Durch die vorliegende Verordnung werden alle ihr widersprechenden vom Kantonsrat oder Regierungsrat erlassenen Vorschriften aufgehoben.

§ 37. Diese Verordnung tritt mit ihrer Publikation im Amtsblatt in Kraft.

---

25. 7. **Lehrplan der landwirtschaftlichen Winterschule Solothurn.** (Vom 1. November 1909.)

Der Regierungsrat des Kantons Solothurn, auf Antrag der Aufsichtskommission der landwirtschaftlichen Winterschule, sowie des Erziehungsrates,

beschließt:

§ 1. In den beiden Kursen der landwirtschaftlichen Winterschule des Kantons Solothurn sind folgende Wochenstunden zu erteilen:

	I. Kurs	II. Kurs.
I. Allgemein bildende Fächer.		
1. Deutsche Sprache	4	2
2. Rechnen	2	2
3. Geometrie und Feldmessen	2	—
4. Vaterlandskunde	1	—
5. Turnen (beide Kurse gemeinsam)	1	1
II. Hülfswissenschaften.		
6. Allgemeine und spezielle Botanik; Pflanzenkrankheiten	3	—
7. Zoologie	2	—
8. Physik	2	—
9. Chemie	4	1
III. Landwirtschaftslehre.		
10. Allgemeiner und spezieller Pflanzenbau; Samenkunde	4	6
11. Obstbau und Obstverwertung; Gartenbau	2	2
12. Allgemeine und spezielle Tierzucht und Fütterungslehre	5	4
13. Pferdehaltung	—	1
14. Forstwirtschaft	—	2
15. Alp- und Weidwirtschaft	—	2
16. Landwirtschaftliche Betriebslehre	2	3
17. Milchwirtschaft	—	2
18. Landwirtschaftliche Buchführung	—	2
19. Gesetzeskunde	—	2
20. Tierheilkunde	—	2
Total	34	34

§ 2. Für Exkursionen und Übungen ist per Woche ein Nachmittag und für Vortragsübungen der Schüler ein Wochenabend zu reservieren.

§ 3. Diese Verordnung tritt am 1. November 1909 in Kraft.

---

26. 8. Verordnung betreffend die Gewährung unverzinslicher Studienvorschüsse zum Besuche außerkantonaler Lehranstalten (Solothurn). (Vom 5. Oktober 1909.)

Der Kantonsrat von Solothurn

beschließt:

§ 1. Der Staat erleichtert nach Maßgabe der Vorschriften der vorliegenden Verordnung unbemittelten und tüchtigen jungen Leuten das Studium an außerkantonalen Lehranstalten durch Verabfolgung von Vorschüssen.

§ 2. Vorschüsse werden solchen Personen gewährt:

a. welche außerkantonale öffentliche Lehranstalten besuchen, um sich daselbst eine Bildung anzueignen, die im Kanton Solothurn nicht erworben werden kann;

b. welche tüchtig und zur Weiterbildung befähigt sind;

c. deren Lebensführung zu keinen Aussetzungen Anlaß gibt;

d. welche unbemittelt sind und auch mit Hülfe der Eltern für die Studienkosten nicht oder gar nicht aufzukommen vermögen;

e. welche das Solothurnische Kantonsbürgerrecht besitzen oder welche in einem andern Kanton heimatberechtigt sind und im Kanton Solothurn wohnen, sofern und soweit die Gegenseitigkeit verbürgt ist.

§ 3. Die Petenten haben ihr Gesuch samt den erforderlichen Ausweisen (§ 2) jeweilen auf den 1. April und den 1. Oktober dem Erziehungsdepartement einzureichen.

Der Regierungsrat entscheidet, ob und wie weit dem Gesuche zu entsprechen sei.

§ 4. Der Betrag des Vorschusses darf für das Studienjahr Fr. 1200 nicht übersteigen. In der Regel soll der nämlichen Person nicht mehr als ein Vorschuß gewährt werden; weitere Vorschüsse dürfen nur solchen Gesuchstellern bewilligt werden, bei welchen außerordentliche Verhältnisse vorliegen.

Der Vorschuß ist unverzinslich, bis er zur Rückzahlung fällig wird (§ 7, Abs. 1).

§ 5. Nach Bewilligung des Vorschusses hat der Vorschußnehmer eine Schuldurkunde auszustellen.

Zu gleicher Zeit hat der Schuldner seine Verbindlichkeit durch Pfand oder Bürgschaft sicherzustellen. Die Bürgschaft muß eine solidarische sein. Die Eltern des Schuldners dürfen allein als Bürgen nicht dargegeben werden. Ob die Sicherheit eine genügende ist, entscheidet der Regierungsrat.

§ 6. Der Betrag des Vorschusses wird ratenweise ausbezahlt. Das Erziehungsdepartement stellt die Anweisungen zugunsten des Vorschußnehmers aus.

Die Auszahlung des Vorschusses kann vom Regierungsrat verweigert werden, wenn eine der in § 2 genannten Voraussetzungen nachträglich weggefallen ist oder wenn die Fälle von § 7, Abs. 1, litt. *a* oder *b* zutreffen.

§ 7. Der Vorschuß wird zur Rückzahlung fällig:

a. sobald feststeht, daß der Verschuß teilweite oder ganz zu einem andern Zweck, als wozu er verabreicht worden war, verwendet wurde;

b. sobald die Sicherstellung (§ 5, Abs. 2) eine ungenügende wird;

c. wenn ein sich dem Lehrfach widmender Vorschußnehmer nach Vollendung seiner Studien es ablehnt, eine ihm im Kanton Solothurn angetragene und seinem Bildungsgang angemessene Lehrstelle anzunehmen;

d. nach Verfluß einer Frist von 5 Jahren, die für den Gesamtbetrag der einem Petenten gewährten Vorschüsse zu laufen beginnt mit dem Tage, an welchem die erste Rate (§ 6, Abs. 1) von der Staatskasse ausbezahlt wurde.

Über den Eintritt der Fälligkeit eines Vorschusses nach Abs. 1, litt. *a*, *b* und *c* entscheidet der Regierungsrat.

Die Staatskasse hat die fälligen Vorschüsse einzufordern. Der Regierungsrat kann jedoch den Rückzahlungstermin auf Begehren des Schuldners und im Einverständnis mit den Bürgen erstrecken, indem er gleichzeitig den Zinsfuß und die Rückzahlungsbedingungen bestimmt.

§ 8. Durch diese Verordnung werden alle ihr widersprechenden vom Kantonsrat oder Regierungsrat erlassenen Vorschriften aufgehoben.

§ 9. Diese Verordnung tritt mit der Publikation im Amtsblatt in Kraft.

---

27. 9. **Unterrichts- und Disziplinarordnung der st. gallischen Kantonsschule. I. Abschnitt, revidierte Artikel 9 bis 13, der Kantonsschulordnung.** (Vom 11. Dezember 1909.)

I. Die Schule.

Art. 9. Die Jahreskurse der Kantonsschule beginnen alljährlich am ersten Montag des Monats Mai.

Der Eintritt in die Kantonsschule geschieht in der Regel auf Grund einer Aufnahmsprüfung; das Gymnasium und die technische Abteilung schließen mit einer Maturitätsprüfung ab, die Merkantilabteilung mit einer Abgangsprüfung und die Sekundarlehramtsschule mit einer Patentprüfung, alles nach Maßgabe der betreffenden Regulative.

Für den Eintritt in die Lehramtsschule gelten folgende Bestimmungen: Alle Schüler haben ein Maturitätszeugnis beizubringen, ausgenommen die Lehramtskandidaten aus der 7. Gymnasialklasse der st. gallischen Kantonsschule, für welche neben den schon vorliegenden Maturitätsnoten die Schulnoten der letzten $1^1/_2$ Schuljahre maßgebend sind. Die Mittelnote in den Hauptfächern der betreffenden Studienrichtung soll in den vorgelegten Zeugnissen nicht unter 4,5 der eidgenössischen Skala liegen.

Die Hauptfächer für die sprachlich-historische Richtung sind: Deutsch, Französisch, Englisch oder Italienisch und Geschichte; für die mathematisch-naturwissenschaftliche Richtung: Mathematik, Naturkunde, Physik und Chemie.

Sämtliche Kandidaten der sprachlich-historischen Richtung müssen überdies die Elementargrammatik der für sie nicht als Hauptfach geltenden Fremdsprache (Englisch oder Italienisch) beherrschen.

9 a. Primarlehrer mit st. gallischem Lehrpatent, mindestens zweijähriger Lehrpraxis und einer Patentnote nicht unter 1,5 können ohne Maturitätszeugnis aufgenommen werden, in die sprachlich-historische Richtung jedoch nur dann, wenn auch genügende Kenntnis im Englischen oder Italienischen ausgewiesen wird.

9 b. Die Aufnahme sämtlicher Kandidaten ist eine provisorische. Die definitive erfolgt unter sorgfältiger Berücksichtigung des ersten Trimesterzeugnisses und der allgemeinen Qualifikation des Kandidaten zum Lehrerberuf durch eine besondere Promotionskonferenz der Fachlehrer.

9 c. Zöglingen des st. gallischen Lehrerseminars, die in die Sekundarlehramtsschule einzutreten gedenken, steht nach Vollendung des 3. Seminarkurses auf Grund eines befriedigenden Abgangszeugnisses (Durchschnittsnote nicht unter 1,5) der Eintritt in die 6. Gymnasialklasse oder die 4. technische Klasse der Kantonsschule frei. Für den Eintritt in die 6. Gymnasialklasse ist der Ausweis über die nötigen Vorkenntnisse im Lateinischen, im Französischen und einer zweiten modernen Fremdsprache zu leisten.

Art. 10. Hat ein Abiturient des Gymnasiums oder der technischen Abteilung eine Nachprüfung zu bestehen, so ist für jedes Fach eine Gebühr von 10 Fr., im Maximum 30 Fr., zugunsten der Lehrerpensionskasse der Kantonsschule zum voraus zu entrichten.

Art. 11. Der Austritt kann nur auf schriftliches Begehren der Eltern oder deren Stellvertreter erfolgen.

Während der letzten zwei Monate vor dem Schlusse des Schuljahres werden in der Regel keine Austrittsbewilligungen mehr erteilt.

Schüler, welche ordnungswidrig die Anstalt verlassen, haben den Anspruch auf ein Anstaltszeugnis verwirkt.

Art. 12. Dreimal im Jahr vor den jeweiligen Ferien erhalten sämtliche Kantonsschüler und Hospitanten Zeugnisse, welche jeweilen bei Beginn des folgenden Trimesters, mit der Unterschrift der Eltern oder deren Stellvertreter versehen, dem Rektorate zurückzugeben sind.

Am Schlusse des Schuljahres entscheidet der Lehrerkonvent über die Promotionen der Schüler in die höhern Klassen auf Grund der vom Erziehungsrat aufgestellten Promotionsordnung. Schüler, die zweimal nacheinander nicht promoviert werden, haben die Anstalt zu verlassen.

In der letzten Woche des Schuljahres finden in sämtlichen Klassen, mit Ausnahme der Sekundarlehramtsschule, öffentliche Repetitorien statt.

Das Schuljahr wird mit einer angemessenen Schlußfeier beendigt.

Art. 13. Die Gesamtdauer der jährlichen Ferien beträgt neun Wochen. Davon fallen vier Wochen auf August (eventuell Juli und August), eine bis zwei

in den Oktober, eine Woche zwischen Weihnachten und Neujahr und zwei bis drei Wochen zwischen beide Schuljahre. Die genaue Bezeichnung der Daten wird jeweilen im Schulprogramm bekannt gegeben.

An den Tagen, auf welche gebotene kirchliche Feste einer Konfession fallen, sowie an den Nachmittagen des Jahrmarktmontags und Fastnachtdienstags bleibt der Unterricht eingestellt.

Im Sommerhalbjahr kann unter Anzeige an die Erziehungsdirektion ein Tag, für obere Klassen ein und ein halber Tag, für einen Schulspaziergang freigegeben werden.

Vorstehende Artikel 9 bis 13 ersetzen diejenigen der Verordnung vom 29. November 1907 und treten sofort in Kraft.

---

28. 10. **Lehrplan der Aargauischen Kantonsschule (Gymnasium, Technische Abteilung, Handelsabteilung).** (Vom 27. Februar 1909.)

I. Allgemeine Bestimmungen.

§ 1. Der Gebrauch der schriftdeutschen Sprache ist bei allen Unterrichtsfächern, mit Ausnahme derjenigen, bei welchen eine fremde Sprache übungsweise vorgeschrieben wird, für Lehrer und Schüler obligatorisch.

Der Unterricht in den modernen Fremdsprachen soll so bald wie möglich in der betreffenden Sprache erteilt werden.

§ 2. Diktate von Heften sollen möglichst vermieden werden, dagegen dem Unterrichte, wo es erforderlich ist, entsprechende Lehrbücher zugrunde gelegt werden, welche der Erziehungsrat auf Vorschlag des Fachlehrers und Begutachtung des Fachinspektors bestimmt. Die Vorschläge sind wenigstens ein Vierteljahr vor Beginn des neuen Schuljahres einzureichen.

§ 3. Schriftliche Hausaufgaben dürfen nur in den Sprachfächern und in der Mathematik gegeben werden. In den realistischen Fächern haben sich die häuslichen Aufgaben auf die mündliche Repetition des Unterrichts zu beschränken. Über die Ferien dürfen keine Aufgaben gegeben werden. Die Lehrer werden sich in gemeinsamer Beratung darüber verständigen, daß die Unterrichtsfächer in richtigem Verhältnis berücksichtigt und die Schüler nie auf Unkosten ihrer geistigen und körperlichen Entwicklung und der notwendigen Erholung mit Aufgaben überladen werden. Die Klassenlehrer haben über die Einhaltung dieser Bestimmungen durch eine geeignete Kontrolle zu wachen und der Lehrerkonferenz periodisch Bericht zu erstatten.

§ 4. In allen wissenschaftlichen Fächern werden die Lehrer, nach Maßgabe der Schwierigkeiten des Unterrichtsstoffes und der Fähigkeit der Schüler, den Unterrichtsgang fortwährend mit den notwendigen Repetitorien begleiten und diese nicht einzig auf den Abschluß des Quartals oder des Semesters verschieben.

§ 5. Der Stundenplan wird dafür sorgen, daß die Schüler einer Klasse in der Regel täglich nicht mehr als sieben und ausnahmsweise nicht mehr als acht Unterrichtsstunden bekommen, daß sie während eines halben Tages womöglich keine leeren Zwischenstunden haben, sowie daß auf den Samstagnachmittag keine Stunden fallen.

Unterbrechungen im Stundenplane sind auch gegenüber den Lehrern nach Möglichkeit zu vermeiden.

§ 6. Die nach Reglement mit Hinsicht auf ihren künftigen Beruf von Unterrichtsfächern dispensierten Schüler haben dafür, mit möglichst gleicher Stundenzahl, solche andere Fächer zu besuchen, die ihrer beruflichen Bestimmung angemessener sind.

§ 7. Gymnasiasten, welche keinen Unterricht im Griechischen nehmen, sind zum Besuch des Englischen oder Italienischen verpflichtet.

Den Griechisch lernenden Schülern soll, soweit die Anlage des Stundenplanes es gestattet, Gelegenheit gegeben werden, auch den Unterricht im Englischen zu besuchen.

An der technischen und an der Handelsabteilung ist der Besuch des Englischen oder Italienischen obligatorisch.

§ 8. Der Besuch des Religionsunterrichtes unterliegt den Bestimmungen der Bundesverfassung.

§ 9. Der Besuch der fakultativen Fächer hängt von der Erlaubnis der Lehrerversammlung ab.

Diejenigen Schüler, welche auf erfolgte Anmeldung zum Besuche eines für sie fakultativen Unterrichtsfaches zugelassen sind, dürfen dasselbe nur im Einverständnis mit dem Träger der elterlichen Gewalt aufgeben. Während des Semesters ist das Aufgeben eines fakultativen Faches nicht gestattet.

Fände sich ein Schüler veranlaßt, ein solches Unterrichtsfach gleichwohl während eines Semesters aufzugeben, so hat er, unter Angabe der Gründe, die Bewilligung dazu beim Rektorate schriftlich nachzusuchen und seiner Eingabe eine bezügliche Willenserklärung des Vaters oder Vormundes, und bei Begründung durch Gesundheitsrücksichten auch ein ärztliches Zeugnis beizulegen.

Nach eingeholtem Gutachten des betreffenden Fachlehrers bringt das Rektorat das Gesuch zur Entscheidung an die Lehrerversammlung.

II. Lehrgegenstände.

A. Gymnasium.

§ 10. — Deutsche Sprache.

I. Klasse, 3 Stunden. — Lektüre prosaischer und poetischer Musterstücke. Repetition der Grammatik. Grundzüge der Metrik. Memorieren und Rezitieren.

II. Klasse, 3 Stunden. — Abriß der mittelhochdeutschen Grammatik. Lektüre größerer Partien des Nibelungenliedes. Neuhochdeutsche poetische und prosaische Lektüre. Vorträge.

III. Klasse, 3 Stunden. — Lektüre ausgewählter Gedichte Walters von der Vogelweide. Übersicht der Literaturgeschichte bis Lessing. Lektüre neuhochdeutscher Klassiker. Vorträge.

IV. Klasse, 3 Stunden. — Geschichte der deutschen Literatur bis zu Goethes Tod. Neue schweizerische Literatur. Lektüre neuhochdeutscher Klassiker. Freie Vorträge, besonders über literarhistorische Gegenstände.

In den beiden ersten Klassen soll wenigstens alle 3 Wochen, in den beiden obern Klassen wenigstens alle Monate eine schriftliche Arbeit geliefert und korrigiert werden.

Einzelne Literaturwerke sind von der II., III. und IV. Klasse privatim zu lesen; diese Lektüre ist vom Lehrer zu bestimmen.

Durch Vorzeigen von Werken der bildenden Künste und Reproduktionen sind die Schüler ins Verständnis derselben einzuführen.

§ 11. — Lateinische Sprache.

I. Klasse, 7 Stunden. — Grammatik: Wiederholung der wichtigsten Teile der Formenlehre. Anfang einer eingehendern Behandlung der Syntax und darauf bezügliche mündliche und schriftliche Übersetzungen ins Lateinische. Prosaische Lektüre: Cäsar. Poetische Lektüre: Ovid.

II. Klasse, 6 Stunden. — Grammatik: Fortsetzung der eingehendern Behandlung der Syntax und darauf bezügliche mündliche und schriftliche Übersetzungen ins Lateinische. Prosaische Lektüre: Livius. Poetische Lektüre: Vergil.

III. Klasse, 6 Stunden. — Grammatik: Abschluß der Syntax und darauf bezügliche mündliche und schriftliche Übersetzungen ins Lateinische. Prosaische Lektüre: Ciceros Reden, Sallust, Ciceros Briefe. Poetische Lektüre: Leichtere Oden von Horaz.

Am Ende des 3. Jahres ist eine schriftliche Übersetzung ins Lateinische in Clausur zu machen; die dabei erhaltenen Noten sind bei der Maturitätsprüfung zu berücksichtigen.

IV. Klasse, 6 Stunden. Prosaische Lektüre: Philosophische Schriften und schwierigere Reden Ciceros; Tacitus. Poetische Lektüre: Horaz Satiren und Episteln und schwierigere Oden. Auswahl aus andern Lyrikern.

§ 12. — Griechische Sprache.

I. Klasse, 6 Stunden. — Grammatik: Wiederholung der regelmäßigen Formenlehre; die Verba auf μι und unregelmäßige Verba; das Notwendigste aus der Syntax und der Wortbildungslehre. Schriftliche und mündliche Übersetzungen ins Griechische zur Einübung der Grammatik. Lektüre: Xenophon.

II. Klasse, 5 Stunden. — Grammatik: Repetition der unregelmäßigen Verba. Systematische Übersicht über die Syntax und darauf bezügliche schriftliche und mündliche Übersetzungen ins Griechische. Prosaische Lektüre: Das Lesen von Xenophons Anabasis, eventuell anderer Schriften Xenophons, wird mehr kursorisch fortgesetzt. Wenn möglich Beginn der Lektüre des Herodot. Poetische Lektüre: Homers Odyssee.

III. Klasse, 6 Stunden. — Prosaische Lektüre: Herodot, Lysias, Plutarch. Poetische Lektüre: Homers Ilias. Anthologie griechischer Lyriker.

IV. Klasse, 6 Stunden. — Prosaische Lektüre: Plato, Thukydides, Demosthenes und andere Redner. Poetische Lektüre: Homer, Sophokles, Euripides, Anthologie der Lyriker.

Anmerkung zu §§ 11 und 12:

Bei der Lektüre der lateinischen und griechischen Schriftsteller, namentlich der Historiker und Redner, ist ebenso großes Gewicht auf die inhaltliche als auf die sprachliche Erklärung zu legen.

Bei der Behandlung der in Klasse IV gelesenen Schriftsteller findet eine besondere Berücksichtigung der Literaturgeschichte statt.

§ 13. — Hebräische Sprache (fakultativ).

III. Klasse, 2 Stunden. — Formenlehre. Übersetzungen aus dem Hebräischen ins Deutsche und aus dem Deutschen ins Hebräische.

IV. Klasse, 2 Stunden. — Ergänzung der Formenlehre, Syntax. Übersetzen vorwiegend historischer Abschnitte des alten Testamentes.

§ 14. — Französische Sprache.

I. Klasse, 3 Stunden. — Grammatik: Wiederholung der Formenlehre, Anfang einer einläßlicheren Behandlung der Syntax. Entsprechende mündliche und schriftliche Übungen (Diktate, Extemporalien, leichtere Kompositionen).

Lektüre: Ein leichter Autor, Stücke aus einer Chrestomathie. Lese- und Memorierübungen.

Sprechübungen über das Gelesene.

II. Klasse, 3 Stunden. — Grammatik: Abschluß der Syntax. Schriftliche und mündliche Übungen wie in Klasse I.

Lektüre: Leichtere dramatische Lektüre in Prosa. Poetische Stücke. Klassische historische Prosa.

Sprechübungen wie in Klasse I.

III. Klasse, 3 Stunden. — Lektüre: Kursorische Lektüre von Autoren des XVII. und XVIII. Jahrhunderts. Literargeschichtliche Exkurse.

Sprechübungen: Rekapitulation und Analyse des Gelesenen.

Freie Kompositionen und Vorträge.

IV. Klasse, 3 Stunden. — Lektüre: Moderne und klassische Autoren. Abriß der Literaturgeschichte.

Sprechübungen: Wiederholung und Besprechung der Lektüre.

Freie Kompositionen und Vorträge.

§ 15. — Englische Sprache.

I. Klasse, 4 Stunden. — Einführung in die Laut- und Formenlehre. Gehör-, Sprech-, Lese-, Memorier- und Schreibübungen.

II. Klasse, 3 Stunden. — Eingehendere Behandlung der Formenlehre und der Syntax mit mündlichen und schriftlichen Übungen. Lektüre größerer Prosastücke und leichterer Gedichte. Memorier- und Sprechübungen. Schriftliche Arbeiten, besonders im Anschluß an die Lektüre.

III. Klasse, 3 Stunden. — Lektüre aus modernen Autoren mit literarhistorischen Notizen. Memorier- und Sprechübungen. Befestigung und Erweiterung der grammatikalischen Kenntnisse. Diktate. Anfänge freier Komposition.

IV. Klasse, 3 Stunden. — Lektüre aus modernen und älteren Autoren mit literarhistorischen und sprachgeschichtlichen Notizen. Sprechübungen. Freie Aufsätze.

§ 16. — Italienische Sprache.

I. Klasse, 3 Stunden. — Laut- und Formenlehre mit mündlichen und schriftlichen Übungen. Lektüre leichter Prosastücke und einiger Gedichte. Memorier- und Sprechübungen.

II. Klasse, 3 Stunden. — Abschluß der Formenlehre und die wichtigsten Regeln der Syntax mit mündlichen und schriftlichen Übungen. Lektüre größerer Prosastücke und Gedichte. Memorier- und Sprechübungen. Schriftliche Arbeiten besonders im Anschluß an die Lektüre.

III. Klasse, 3 Stunden. — Lektüre aus modernen Autoren mit literarhistorischen Notizen. Memorier- und Sprechübungen. Befestigung und Erweiterung der gramatikalischen Kenntnisse. Anfänge freier Komposition.

IV. Klasse, 3 Stunden. — Lektüre aus modernen und ältern Autoren mit literarhistorischen und sprachgeschichtlichen Notizen. Sprechübungen. Freie Aufsätze.

§ 17. — Geographie.

I. Klasse, 2 Stunden. — Vergleichende Geographie der wichtigsten europäischen Länder mit besonderer Berücksichtigung der physischen, ethnographischen und volkswirtschaftlichen Verhältnisse.

II. Klasse, 1 Stunde. — Die wichtigsten außereuropäischen Länder. Elemente der mathematischen Geographie und der Astronomie.

§ 18. — Geschichte.

I. Klasse, 3 Stunden. — Griechische und römische Geschichte bis zur Kaiserzeit, unter Einbeziehung der wichtigsten Daten aus der Geschichte der orientalischen Staaten.

II. Klasse, 3 Stunden. — Römische Kaiserzeit und mittelalterliche Geschichte bis zur Renaissancezeit.

III. Klasse, 3 Stunden. — Allgemeine Geschichte. Schweizergeschichte, einschließlich Vorgeschichte. Beides bis zum westfälischen Frieden.

IV. Klasse, 4 Stunden. — Allgemeine und Schweizergeschichte bis zur Gegenwart.

§ 19. — Mathematik.

I. Klasse, 4 Stunden. — Algebra: Gleichungen 1. Grades mit mehreren Unbekannten. Übungen im Ansetzen von Gleichungen. Das Quadrieren und seine Umkehrung. Arithmetische Reihen.

Planimetrie: Erweiterung des an der Bezirksschule behandelten Stoffes unter besonderer Berücksichtigung der geometrischen Konstruktionsaufgaben. Koordinatengeometrie.

II. Klasse, 4 Stunden. — Algebra: Quadratische Gleichungen mit einer und mit mehreren Unbekannten. Potenzen und Wurzeln. Logarithmen. Zinseszins- und Rentenrechnung.

Geometrie: Ebene Trigonometrie. Die wesentlichsten Goniometrischen Beziehungen. Berechnung des rechtwinkligen und des schiefwinkligen Dreiecks.

III. Klasse, 3 Stunden. — Algebra: Elemente der Kombinationslehre und der Wahrscheinlichkeitsrechnung. Aus der Theorie der Gleichungen höhern Grades.

Geometrie: Stereometrie und die Elemente der sphärischen Trigonometrie.

IV. Klasse, 3 Stunden. — Algebra: Anwendung des Koordinatenbegriffs auf die graphische Darstellung von einfachen Funktionen. Begriff der Ableitung.

Geometrie: Analytische Geometrie der Ebene: Punkt, Gerade, Kreis, Kegelschnitte in den einfachsten Gleichungsformen.

§ 20. — Naturgeschichte.

I. Klasse, im Sommer 3, im Winter 2 Stunden. — Botanik: Übungen im Beschreiben und Bestimmen von Repräsentanten der wichtigsten Pflanzengruppen, besonders der einheimischen Kulturgewächse. Ableitung einer Morphologie aus den gemachten Beschreibungen. Grundzüge der Systematik. Übersicht der wichtigsten Pflanzenfamilien mit Belehrung über den innern Bau und die Funktionen der verschiedenen Pflanzenteile. Anlage eines Herbariums der beim Unterrichte behandelten Pflanzen. Exkursionen.

II. Klasse, 2 Stunden. — Zoologie: Charakteristik der interessantesten Hauptgruppen des Tierreichs, in Verbindung mit einer vergleichenden Übersicht des gesamten Tierreichs. Anleitung zum Anlegen einer kleinen Sammlung solcher einheimischer Tiere, deren Aufbewahrung keine besondere Präparation erfordert. Exkursionen.

III. Klasse, 2 Stunden. — Somatologie: Der Bau und die Lebensverrichtungen des menschlichen Körpers mit Belehrungen über die Erhaltung der Gesundheit. Die Menschenrassen.

Mineralogie: Kennzeichenlehre mit besonderer Berücksichtigung der Gestaltungsgesetze der Minerale. Die wichtigsten Gesteine bildenden Minerale und Gesteine mit besonderer Rücksicht auf die Schweiz.

IV. Klasse, im Sommer 2 Stunden, im Winter 1 Stunde.

Geologie (im Sommer): Die wichtigsten Tatsachen zur Erklärung des Baues und der Geschichte der Erdrinde mit besonderer Rücksicht auf die heimatlichen Verhältnisse. Elemente der physikalischen Geographie. Exkursionen.

Im Winter: Wiederholung einiger besonders wichtiger Kapitel der Naturgeschichte von allgemeiner Bedeutung.

§ 21. — Physik.

II. Klasse, 2 Stunden. — Mechanik der festen, flüssigen und gasförmigen Körper. Elemente der Wellenlehre. Hauptgesetze aus der Lehre vom Schall.

III. Klasse, 2 Stunden. — Die Lehre vom Licht und von der Wärme. Behandlung der Hauptgesetze.

IV. Klasse, 2 Stunden. — Hauptgesetze von Magnetismus und Elektrizität. Eingehende Behandlung besonders wichtiger Kapitel der Elektrotechnik.

In allen Klassen ist dem Unterricht das Experiment in ausgedehntem Maße zugrunde zu legen.

§ 22. — Chemie.

III. Klasse, 2 Stunden. — Anorganische Chemie, 1. Teil. Einleitung. Wesen eines chemischen Vorgangs. Begriff von Element und Verbindung, Metall und Nichtmetall, Affinität. Sauerstoff. Gas- und stöchiometrische Gesetze. Wasserstoff. Valenztheorie. Wasser. Stickstoff und seine Verbindungen. Halogene.

Schwefel und seine Verbindungen. Phosphor, Kohlenstoff, Kohlenoxyd und Kohlendioxyd, Silicium. Stöchiometrische Aufgaben.

IV. Klasse, 2 Stunden. — Anorganische Chemie, 2. Teil. Metalle und ihre wichtigsten Verbindungen. Stöchiometrische Aufgaben.

Fakultativ: Im Sommer 1 Stunde: Theorie der analytischen Chemie. Im Winter 3 Stunden: Chemisches Praktikum.

§ 23. — Zeichnen.

I. Klasse, 2 Stunden. — Massen- und Gruppenunterricht im perspektivischen Freihandzeichnen nach geometrischen Körpermodellen und gewerblichen Gegenständen. Erläuterung der perspektivischen und Beleuchtungs-Erscheinungen.

II. Klasse, 2 Stunden. — Fortsetzung des perspektivischen Freihandzeichnens nur nach Modellen als Skizzierübungen.

B. Technische Abteilung.

§ 24. — Deutsche Sprache.

I. Klasse, 4 Stunden. — Repetition der neuhochdeutschen Grammatik. Übungen im Lesen und Vortrag auswendig gelernter Stücke. Erklärung prosaischer und poetischer Musterstücke mit Belehrungen über Stilistik und Metrik.

II. Klasse, 4 Stunden. — Lektüre und Erklärung klassischer Werke aus der neuhochdeutschen Literatur Anleitung zur Anfertigung von Aufsätzen. Übungen im freien Vortrage.

III. Klasse, 4 Stunden. — Lektüre neuhochdeutscher Klassiker, Literaturgeschichte, frühere Periode. Aufsätze, Vorträge.

IV. Klasse, 4 Stunden. — Lektüre neuhochdeutscher Klassiker. Literaturgeschichte, spätere Periode. Neue schweizerische Literatur. Vorträge. Aufsätze.

In der 2. bis 4. Klasse sollen die Schüler zum privaten Lesen bedeutender Werke angehalten werden. In der Literaturgeschichte ist der Nachdruck auf die klassische und nachklassische Periode zu legen. Durch Vorzeigen von Werken der bildenden Künste und Reproduktionen sind die Schüler ins Verständnis derselben einzuführen.

In den beiden ersten Klassen soll wenigstens alle drei Wochen, in den beiden obern Klassen wenigstens alle Monate eine schriftliche Arbeit geliefert und korrigiert werden.

§ 25. — Französische Sprache.

I. Klasse, 5 Stunden. — Wiederholung und Ergänzung der Laut- und Formenlehre. Einführung in die Syntax. Mündliche und schriftliche Übungen. Lektüre vorzugsweise prosaischer Musterstücke. Sprech- und Gedächtnisübungen.

II. Klasse, 4 Stunden. — Fortsetzung der Syntax mit mündlichen und schriftlichen Übungen. Lektüre prosaischer und poetischer Musterstücke oder ganzer Werke. Sprech- und Gedächtnisübungen.

III. Klasse, 4 Stunden. — Lektüre prosaischer und poetischer Musterstücke oder ganzer Werke. Wiederholungen und Nachträge aus Formenlehre und Syntax.

Sprechübungen. Freie Kompositionen.

IV. Klasse, 4 Stunden. — Lektüre moderner und klassischer Autoren mit literaturgeschichtlichen Exkursen.

Sprechübungen. Freie Vorträge und Kompositionen.

§ 26. — Englische Srache.

I. Klasse, 3 Stunden. — Einführung in die Laut- und Formenlehre mit mündlichen und schriftlichen Übungen. Sprechübungen.

II. Klasse, 3 Stunden. — Abschluß der Formenlehre; die wichtigsten syntaktischen Erscheinungen mit mündlichen und schriftlichen Übungen. Sprechübungen auf Grund reichlichern Lesestoffes.

III. Klasse, 3 Stunden. — Lektüre größerer Abschnitte in Prosa und Poesie, sei es aus einer Chrestomathie, sei es aus Schulausgaben ganzer Werke, mit literarhistorischen Notizen. Fortwährende Übung im mündlichen Ausdruck. Schriftliche Nachbildungen; einzelne freie Arbeiten.

§ 27. — Italienische Sprache.

I. Klasse, 3 Stunden. — Laut- und Formenlehre mit mündlichen und schriftlichen Übungen. Lektüre leichter Prosastücke und einiger Gedichte. Memorier- und Sprechübungen.

II. Klasse, 3 Stunden. — Abschluß der Formenlehre und die wichtigsten Regeln der Syntax mit mündlichen und schriftlichen Übungen. Lektüre größerer Prosastücke und Gedichte.

Memorier- und Sprechübungen. Schriftliche Arbeiten, besonders im Anschluß an die Lektüre.

III. Klasse, 3 Stunden. — Lektüre aus modernen Autoren mit literarhistorischen Notizen. Memorier- und Sprechübungen. Befestigung und Erweiterung der grammatikalischen Kenntnisse. Freie Kompositionen.

§ 28. — Geographie.

I. Klasse, 2 Stunden. — Physikalische Geographie. Klimatologie. Terrain- und Kartenlehre. Länderkunde: Die Nachbarstaaten der Schweiz und ihre Kolonien mit Berücksichtigung des Handels, des Gewerbes, der Industrie und der ethnographischen Verhältnisse.

II. Klasse, 2 Stunden. — Im Sommer. Länderkunde: Die übrigen Staaten Europas mit ihren Kolonien und die wichtigsten außereuropäischen Länder. Im Winter. Elemente der mathematischen Geographie und der Astronomie.

§ 29. — Geschichte.

I. Klasse, 3 Stunden. — Kurzer Überblick über die alte Geschichte — Christentum — Völkerwanderung. Geschichte des Mittelalters.

II. Klasse, 2 Stunden. — Geschichte der Neuzeit von der Renaissance bis zur französischen Revolution.

III. Klasse, 2 Stunden. — Geschichte der französischen Revolution und des 19. Jahrhunderts.

IV. Klasse, 3 Stunden. — Neuere Schweizergeschichte. Als Einleitung: Darstellung der Zustände und Verhältnisse der alten Schweiz. Helvetische Revolution. 19. Jahrhundert.

§ 30. — Mathematik.

I. Klasse, 6 Stunden. Algebra: Gleichungen ersten Grades mit mehreren Unbekannten. Das Quadrieren und seine Umkehrung. Irrationale und imaginäre Zahlen. Potenzen und Wurzeln. Quadratische Gleichungen mit einer Unbekannten. Logarithmen.

Geometrie: Abschluß der Planimetrie. Trigonometrie des rechtwinkligen Dreiecks unter Verwendung der Tafeln der trigonometrischen Zahlen. Koordinatengeometrie.

II. Klasse, 5 Stunden. — Algebra: Quadratische Gleichungen mit mehreren Unbekannten, Progressionen. Zinseszins- und Rentenrechnungen. Versicherungsrechnung. Kombinationslehre. Elemente der Wahrscheinlichkeitsrechnung.

Geometrie: Ebene Trigonometrie. Die wesentlichsten goniometrischen Beziehungen. Berechnung des schiefwinkligen Dreiecks. Stereometrie und Elemente der sphärischen Trigonometrie mit Anwendung auf die Lösung einfacher Aufgaben aus dem Gebiete der Astronomie.

III. Klasse, 7 Stunden. — Algebra: Binomischer Satz. Unbestimmte Gleichungen ersten Grades. Kubische Gleichungen. Funktionen (Begriff der Ableitung-

graphische Darstellungen, Maxima und Minima). Unendliche Reihen. Theorie der höhern Gleichungen.

Geometrie: Analytische Geometrie der Ebene.

Darstellende Geometrie (3 Stunden): Kotierte Normalprojektion von Punkten, Geraden und Ebenen auf eine Projektionsebene. Affinität. Kreisprojektionen. Ebenso Normalprojektion von Punkten, Geraden und Ebenen auf zwei Ebenen. Ebene Schnitte von Prismen-, Pyramidal-, Zylinder- und Kegelflächen. Tangentialebenenprobleme. Zentrische Kollineation. Drehungen und Hülfsebenen. Schattenkonstruktionen. Axonometrische Darstellung geometrischer und technischer Gebilde.

IV. Klasse, 7 Stunden. — Algebra: Theorie der höhern Gleichungen. Auflösung numerischer Gleichungen höhern Grades durch Näherung. Repetitorium.

Geometrie: Analytische Geometrie des Raumes (rechtwinklige und Polarkoordinaten, Abstand zweier Punkte, Winkel zweier Geraden, die Gleichungen der Ebene).

Darstellende Geometrie (2 Stunden): Körperdurchdringungen. Perspektive Repetition.

§ 31. — Praktische Geometrie (fakultativ).

III. Klasse (im Winter), 1 Stunde. — Instrumentenkunde und Besprechung der wichtigsten Aufnahmemethoden.

IV. Klasse (im Sommer), 3 Stunden. — Praktische Übungen im Fluraufnehmen und Nivellieren.

§ 32. — Technisches Zeichnen.

I. Klasse, 2 Stunden. — Projektivische Darstellung geometrischer Körper in verschiedener Lage. Ellipsenkonstruktionen. Einfache ebene Körperschnitte und Abwicklung der Körper-Oberflächen. Bau- und Maschinenzeichnen nach Modellen und nach der Natur.

II. Klasse, 2 Stunden. — Schiefe Parallelperspektive mit Anwendungen. Zykloiden und Evolventen, Schraubenlinien und Schraubenflächen. Graphische Darstellungen. Fortsetzung des Bau- und Maschinenzeichnens.

III. und IV. Klasse, je 2 Stunden. — Axonometrische Darstellung geometrischer und praktischer Gegenstände. Perspektivische Konstruktionen nach der Durchschnitts- und Fluchtpunktmethode. Schattenkonstruktionen; Anwendungen aus der darstellenden Geometrie. Planzeichnen.

§ 33. — Naturgeschichte.

I. Klasse, 3 Stunden. — Botanik: Übungen im Beschreiben und Bestimmen von typischen Vertretern der Hauptgruppen der einheimischen Pflanzen mit besonderer Berücksichtigung der nützlichen und schädlichen Gewächse. Grundzüge der Systematik. Übersicht der wichtigsten Pflanzenfamilien in aufsteigender Reihenfolge in Verbindung mit einer Anleitung zur Erkennung der Formen, des inneren Baues und der Lebensverrichtungen der verschiedenen Pflanzenteile. Anlegen von Herbarien der beim Unterricht behandelten Pflanzen und Organe. Exkursionen.

II. Klasse, 2 Stunden. — Zoologie: Beschreibung und Vergleichung typischer Tiere als Repräsentanten der wichtigsten systematischen Gruppen und der hauptsächlichsten Form- und Lebensverhältnisse der Tierwelt mit besonderer Berücksichtigung der nützlichen und schädlichen Tiere. Anleitung zum Anlegen einer kleinen Sammlung von Vertretern solcher einheimischer Tierklassen, die zu ihrer Aufbewahrung keine besondere Präparation erfordern. Exkursionen.

III. Klasse, 2 Stunden. — Im Sommer: Somatologie: Das Wichtigste über den Bau und die Lebensverrichtungen des menschlichen Körpers. Gesundheitslehre.

Im Winter: Mineralogie: Anleitung zum Erkennen der wichtigsten gesetzmäßigen Erscheinungen der Minerale in Verbindung mit Übungen im Beschreiben der wichtigsten Minerale und Gesteine.

IV. Klasse, 3 Stunden. — Geologie (2 Stunden): Anleitung zum Erkennen, Deuten und Besprechen der wichtigsten Tatsachen und ihrer bildlichen Darstellung über den geologischen Bau der Erde als Ganzes und speziell die Beziehung zwischen der Gestalt, dem Bau und der Vorgeschichte unserer Heimat in Verbindung mit Exkursionen und Erstellung einer kleinen Sammlung der wichtigsten Minerale, Gesteine und Formationsstufen der Umgegend.

Physikalische Geographie (1 Stunde): Die Erde als Weltkörper. Wirkungen des Temperaturausgleichs zwischen Erde und Weltall und der Bestrahlung der Erde durch die Sonne mittelst der Atmosphäre, des Wassers in Form von Regen, Eis, Quellen, Flüssen, Seen und Meer und der Organismen; Vulkane, Erdbeben, säkuläre Schwankungen der Erdrinde.

§ 34. — Physik.

II. Klasse, 3 Stunden. — Mechanik: Zusammensetzung und Zerlegung von Kräften. Gleichgewichtsverhältnisse. Bewegungslehre, besonders Fall-, Wurf-, Pendel- und Zentralbewegung. Arbeit und Energie. Einfache Maschinen.

Gleichgewicht und Bewegung von Flüssigkeiten. Hydrostatischer Druck Archimedisches Prinzip. Bestimmung spezifischer Gewichte. Ausflußgeschwindigkeit. Druckverlust beim Fließen. Saugwirkung und Reaktion ausfließender Flüssigkeiten. Beurteilung einer Wasserkraft. Wassermotoren.

Kinetische Gastheorie. Gewicht und Druck der Gase. Barometer. Gesetz von Mariotte. Manometer. Anwendungen des Luftdrucks.

Wellenlehre: Entstehung und Fortpflanzung von Schwingungen und Wellen. Arten der Wellenbewegung. Interferenz. Prinzip von Huyghens. Reflexion und Brechung einer Wellenbewegung.

Akustik: Verschiedene Schallerscheinungen. Tonverhältnisse. Tonerzeugung. Mittönen. Schwebungen. Klangfarbe. Klanganalyse. Das Doppler'sche Prinzip.

III. Klasse, 3 Stunden. — Magnetische Kräfte und ihre Wirkung. Die wichtigsten Erscheinungen der Reibungselektrizität. Wirkungen und Gesetze des galvanischen Stromes. Messung von Stromstärke, Widerstand und elektromotorischer Kraft. Anwendungen des Elektromagnetismus. Theorie von Ampère. Erzeugung von Strömen durch Induktion. Telephonie. Dynamomaschinen und Elektromotoren. Verteilung der elektrischen Energie zu Beleuchtungs- und andern Zwecken und Hülfsmittel dazu (Transformatoren, Umformer, Akkumulatoren).

Strahlen elektrischer Kraft. Wellentelegraphie, Kathoden- und Röntgenstrahlen Radioaktivität.

Wärmelehre: Änderung des Volumens. Spezifische Wärme. Aggregatzustände. Ausbreitung der Wärme. Die Hauptsätze der mechanischen Wärmetheorie. Kalorische Maschinen.

In der III. Klasse überdies: — Physikalisches Praktikum, 2 Stunden (fakultativ): Anleitung zur selbständigen Ausführung einfacher physikalischer Messungen.

IV. Klasse, 2 Stunden. — Optik: Ausbreitung des Lichtes. Photometrie. Reflexion, Brechung und Dispersion des Lichtes. Spiegel, Prismen, Linsen. Spektralanalyse. Die wichtigsten optischen Instrumente. Interferenz und Polarisationserscheinungen.

In allen Klassen ist der physikalische Unterricht so viel wie möglich auf der Grundlage des Versuchs zu erteilen; auch ist er praktisch zu gestalten durch den Hinweis auf diejenigen Gebiete der Technik, auf welchen die Grundlehren der Physik zur Verwertung gelangen. Damit diese Bedingungen erfüllt werden können, ist dem Fache eine zweckentsprechende Sammlung von Apparaten zur Verfügung zu stellen.

§ 35. — Chemie.

II. Klasse, 2 Stunden. — Anorganische Chemie, I. Teil. Metalloide.

III. Klasse, 2 Stunden. — Anorganische Chemie, II. Teil. Metalle.

Fakultativ. Im Sommer 1 Stunde: Theorie der analytischen Chemie.

IV. Klasse, 3 Stunden. — Einführung in die organische Chemie.

Chemisches Praktikum, 3 Stunden (fakultativ).

§ 36. — Kunstzeichnen.

I. Klasse, 2 Stunden. — Klassen- und Gruppenunterricht im perspektivischen Freihandzeichnen nach geometrischen Körpermodellen, gewerblichen Gegenständen und Gipsornamenten.

Erläuterungen der perspektivischen und Beleuchtungserscheinungen.

II. Klasse, 2 Stunden. — Fortsetzung des perspektivischen und ornamentalen Zeichnens nach schwierigen Modellen.

Zeichnen im vergrößerten Maßstabe und mit Aufnahme der Farbe nach Ornamentvorlagen.

III. Klasse, 2 Stunden. — Fortsetzung der Malübungen nach Ornamentvorlagen und farbigen Modellen.

IV. Klasse, 2 Stunden. — Skizzierübungen nur nach Modellen.

§ 37. — Schreiben.

1. Klasse, 1 Stunde. — Übungen in der Rundschrift und Kartenschrift (römisch).

C. Handelsabteilung.

§ 38. — Deutsche Sprache.

I. Klasse, 3 Stunden. — Wiederholung der neuhochdeutschen Grammatik. Lesen und Erklären prosaischer und poetischer Musterstücke oder ganzer Werke mit Belehrungen über Stilistik und Metrik. Aufsätze. Rezitationen.

II. Klasse, 3 Stunden. — Lektüre und Erklärung klassischer Werke aus der neuhochdeutschen Literatur. Anleitung im freien Vortrag. Aufsätze.

III. Klasse, 3 Stunden. — Lektüre neuhochdeutscher Klassiker. An Hand der Lektüre die wichtigsten Kapitel der Literaturgeschichte. Berücksichtigung der neuern schweizerischen Literatur. Vorträge. Aufsätze.

In den beiden ersten Klassen soll wenigstens alle drei Wochen und in der III. Klasse wenigstens alle Monate eine schriftliche Arbeit geliefert und korrigiert werden.

Deutsche Handelskorrespondenz.

I. Klasse, 1 Stunde: Die Form des Geschäftsbriefes. Briefe aus dem allgemeinen Geschäftsverkehr, Zirkulare. Zusammenhängende Korrespondenz über Vorfälle einfacher Natur aus dem Waren- und Bankgeschäft.

II. Klasse, 1 Stunde: In Verbindung mit Maschinenschreiben und Stenographie die Korrespondenz aus dem Wechselverkehr. Geschäftsvorfälle aus dem Exportgeschäft.

III. Klasse: Korrespondenzen aus dem in der Handelsbetriebslehre behandelten Stoffe als Bestandteil desselben. (Vergl. § 49.)

§ 39. — Französische Sprache.

I. Klasse, 5 Stunden. — Wiederholung und Ergänzung der Laut- und Formenlehre. Einführung in die Syntax. Lektüre vorzugsweise prosaischer Musterstücke. Mündliche und schriftliche Übungen.

II. Klasse, 4 Stunden. — Fortsetzung der Syntax. Lektüre prosaischer und poetischer Musterstücke oder ganzer Werke. Einführung in die Handelskorrespondenz. Mündliche und schriftliche Übungen.

III. Klasse, 4 Stunden. — Lektüre moderner und klassischer Autoren mit literargeschichtlichen Exkursen. Handelskorrespondenz. Wiederholung und Vertiefung der Grammatik. Mündliche und schriftliche Übungen.

§ 40. — Englische Sprache.

I. Klasse, 3 Stunden. — Einführung in die Laut- und Formenlehre mit mündlichen und schriftlichen Übungen.

II. Klasse, 3 Stunden. — Abschluß der Formenlehre. Die wichtigsten syntaktischen Erscheinungen mit mündlichen und schriftlichen Übungen. Lektüre leichter Werke moderner Schriftsteller. Übersetzungen, Aufsätze, Konversation. Einführung in die kaufmännische Korrespondenz.

III. Klasse, 3 Stunden. — Lesen englischer Klassiker mit kurzen literarhistorischen Angaben. Besondere Berücksichtigung des mündlichen und schriftlichen Ausdrucks in Konversation und Aufsätzen. Handelskorrespondenz.

§ 41. — Italienische Sprache.

I. Klasse, 3 Stunden. — Laut- und Formenlehre mit mündlichen und schriftlichen Übungen. Lektüre leichter Prosastücke und einiger Gedichte.

II. Klasse, 3 Stunden. — Fortsetzung der Formenlehre und Einführung in die Syntax. Lektüre größerer Prosastücke und Gedichte. Einführung in die Handelskorrespondenz. Mündliche und schriftliche Übungen.

III. Klasse, 3 Stunden. — Befestigung und Erweiterung der grammatischen Kenntnisse. Lektüre aus modernen Autoren mit literarhistorischen Notizen. Handelskorrespondenz. Mündliche und schriftliche Übungen.

§ 42. — Spanische Sprache (fakultativ).

1. Jahr, 3 Stunden. — Laut- und Formenlehre mit mündlichen und schriftlichen Übungen.

2. Jahr, 3 Stunden. — Das Wichtigste aus der Syntax mit mündlichen und schriftlichen Übungen. Lektüre prosaischer Musterstücke. Sprechübungen. Einführung in die Handelskorrespondenz.

§ 43. — Geographie.

I. Klasse, 2 Stunden. — Physikalische Geographie. Klimatologie. Lehre über Vegetations- und Produktionsverhältnisse. Die Schweiz mit besonderer Hervorhebung ihrer Produktion, ihres Handels und Verkehrs.

II. Klasse, 2 Stunden. — Länderkunde: Nachbarstaaten der Schweiz, die übrigen Länder Europas und die außereuropäischen Staaten. Welthandel und Verkehrslinien.

§ 44. — Geschichte.

Allgemeine Geschichte mit besonderer Berücksichtigung der Entwicklung von Handel und Verkehr.

I. Klasse, 2 Stunden. — Überblick über die alte und mittelalterliche Geschichte.

II. Klasse, 2 Stunden. — Reformation und Gegenreformation. Zeitalter Ludwig XIV. Zeitalter Friedrich des Großen.

III. Klasse, 2 Stunden. — Die französische Revolution. Das 19. Jahrhundert.

§ 45. — Algebra.

I. Klasse, 2 Stunden. — Die vier Grundoperationen mit einfachen und zusammengesetzten algebraischen Ausdrücken. Gleichungen ersten Grades mit einer und mehreren Unbekannten, unter Berücksichtigung von Anwendungen aus dem bürgerlichen Rechnen und der Geometrie. Flächenberechnungen.

II. Klasse, 2 Stunden. — Einiges über Potenzen und Wurzeln. Ausziehen der Quadratwurzel. Quadratische Gleichungen. Flächen- und Körperberechnungen. Graphische Darstellungen.

§ 46. — Kaufmännisches Rechnen.

I. Klasse, 3 Stunden. — Die im Welthandel gebräuchlichen Maße und Münzeinheiten. Das abgekürzte Rechnen. Die Rechnungsmethoden in Anwendung auf einfache Berechnungen aus dem Warengeschäft: Proportionen, Dreisatz, Vielsatz, Kettensatz. Die Zins- und die Diskontrechnung. Die Durchschnitts-, Verteilungs- und Mischungsrechnung. Die einfachen Formen

des Bankkontokorrents. Die progessive und die retrograde Lösung. Übungen im Kopfrechnen.

II. Klasse, 3 Stunden. — Die Terminrechnung und die angewandte Diskontrechnung. Die Gold- und Silberrechnung und ihre Anwendung auf die Münzrechnung. Münzparitäten und Paritätentabelle. Die Wechselrechnung: Die Usanzen der wichtigsten Börsenplätze im Wechselverkehr. Berechnungen von Wechselkursen und Devisen. Die direkte und die indirekte Arbitrage. Ausbau der Kontokorrentlehre und Abschluß derselben.

III. Klasse, 3 Stunden. — Der Handel mit Aktien und Obligationen. Börsenrechnungen: Ausbau der Warenkalkulation durch die Produktionskalkulation. Repetitionen aus dem gesamten Gebiet des kaufmännischen Rechnens. Graphisches Rechnen. Das Rechnen mit dem Rechenschieber. Politische Arithmetik und Algebra: Potenzen, Logarithmen, Progressionen. Zinseszinsrechnung. Tilgung von Anleihen. Amortisationspläne.

§ 47. — Buchhaltung.

I. Klasse, 3 Stunden. — Die Notwendigkeit der Buchhaltung und ihre gesetzlichen Grundlagen. Die Vermögensbestandteile im Handelsbetrieb. Die Verbuchung derselben in Kassa-, Korrespondenten-, Waren- und Wechselkonti. Die Beziehungen der Konti zu einander. Einführung von Kapital- und Bilanzkonto. Die systematische Buchführung in amerikanischer und italienischer Darstellungsart. Lösen von vollständigen Buchungsaufgaben mit Eröffnung und Abschluß aus dem Warengeschäft.

II. Klasse, 2 Stunden. — Die verbesserte amerikanische Buchhaltung. Die Inventur mit transitorischen Posten und Reserven. Die deutsche Sammelbuchhaltung, die französische Buchhaltung. Verbuchungen schwierigerer Fälle aus dem Waren- und Wechselverkehr. Das Kommissionsgeschäft. Die Kapitalverbuchungen in einfachern Gesellschaften.

III. Klasse, 2 Stunden. — Die Buchführung in der Anpassung an die Volkswirtschaft: Das Bank-, Überseeexport-, Fabrikations- und Speditionsgeschäft in typischen Geschäftsvorfällen dargestellt.

Geschäftsstatistik und graphische Darstellung von Geschäftsergebnissen. Partizipationsgeschäfte.

§ 48. — Handelslehre.

I. Klasse, 1 Stunde. — Wesen und Ursprung des Handels. Arten des Handels. Die Gegenstände des Handels und ihre Maße.

II. Klasse, 1 Stunde. — Die Wertmaße; das Geld und die Geldsurrogate mit spezieller Berücksichtigung des Wechsels. Die Formen der Handelsunternehmung. Die Hilfsgewerbe des Handels (Verkehr des Kaufmanns mit der Bank und den Transportgewerben).

§ 49. — Handelsbetriebslehre.

III. Klasse. 2 Stunden. — Das Überseegeschäft. Der Speditionsdienst und der Lagerhausverkehr. Das Bankgeschäft. Die Fabrikation. Praktische Übungen mit Korrespondenz und Exkursionen.

§ 50. — Volkswirtschaftslehre.

III. Klasse, 2 Stunden. — Die Grundbegriffe der Volkswirtschaft. Die Lehre von der Produktion in Verbindung mit der historischen Entwicklung der Volkswirtschaft. Die Verteilung und der Verbrauch der Güter. Wirtschaftskunde der Schweiz.

§ 51. — Warenkunde.

III. Klasse, 2 Stunden. — Systematische Behandlung der im Geographieunterricht besprochenen Produkte und Fabrikate aus Mineral-, Pflanzen- und Tierreich, ihre Gewinnung, Behandlung und Verwendung. Besprechung der wichtigsten Industrien. Besuch industrieller und gewerblicher Etablissemente. Repetition der Handelsgeographie. (Vergl. § 38.)

§ 52. — Handels- und Wechselrecht.

II. Klasse, 2 Stunden. — Erklärung der zum allgemeinen Verständnis von Handels- und Wechselrecht notwendigen Rechtsbegriffe. Aus dem schweizerischen Obligationenrecht: *a.* Der allgemeine Teil von Art. 1 bis Art. 76, mit Ausschluß der Bestimmungen der Art. 50 bis 69, betreffend die Obligationen aus unerlaubten Handlungen; — *b.* das Wechselrecht (Art. 720 bis 829); — *c.* der Check (Art. 830 bis 837); — *d.* wechselähnliche Papiere und andere indossable Papiere (Art. 838 bis 845); — *e.* Inhaberpapiere (Art. 846 bis 858); — *f.* Handelsregister, Geschäftsfirmen und Geschäftsbücher (Art. 859 bis 880).

III. Klasse, 2 Stunden. — Aus dem schweizerischen Obligationenrecht: 1. Besprechung der Hauptgrundsätze des allgemeinen Teils von Art. 77 bis 228 und des besondern Teils von Art. 229 bis 273 (Kauf- und Tauschvertrag), von Art. 338 bis 349 (Dienstvertrag), von Art. 392 bis 421 (einfacher Auftrag, Anweisung, Kreditauftrag), von Art. 422 bis 429 (Prokuristen, Handlungsbevollmächtigte, Handlungsreisende), von Art. 430 bis 448 (Kommission), von Art. 524 bis 551 (einfache Gesellschaft), von Art. 552 bis 589 (Kollektivgesellschaft), von Art. 590 bis 611 (Kommanditgesellschaft), von Art. 612 bis 677 (Aktiengesellschaft und Kommanditaktiengesellschaft).

§ 53. — Physik.

I. Klasse, 2 Stunden. — Die wichtigsten Erscheinungen und Gesetze aus der Mechanik. Elementare Belehrungen über Schwingungen und Wellen und ausgewählte Demonstrationen aus dem Gebiete der Akustik.

Magnetische Kräfte. Reibungselektrizität.

II. Klasse, 2 Stunden. — Galvanismus: Der galvanische Strom, seine Gesetze und Wirkungen. Eingehende Behandlung der Induktion. Elektrotechnische Belehrungen, besonders gründliches Besprechen der Prinzipien des Fernsprechwesens, der Umwandlung mechanischer Energie in elektrische und Verteilung der elektrischen Energie zu verschiedenen Zwecken. Elektrische Schwingungen. Wellentelegraphie. Kathoden- und Röntgenstrahlen.

Wärmelehre: Volumänderungen. Wärmemaß und spezifische Wärme. Aggregatzustände. Ausbreitung der Wärme. Wärme und Arbeit. Kalorische Maschinen.

III. Klasse, 1 Stunde. — Optik: Ausbreitung, Reflexion, Brechung und Dispersion des Lichtes. Spiegel, Prismen, Linsen. Optische Instrumente. Interferenz- und Polarisationserscheinungen.

Im Anschluß an den Unterricht hie und da Besuch entsprechender technischer Betriebe.

§ 54. — Chemie.

II. Klasse, 2 Stunden. — Einführung in die anorganische Chemie mit besonderer Berücksichtigung der Praxis.

III. Klasse, 3 Stunden. — Fortsetzung der anorganischen Chemie und Einführung in die organische Chemie, wieder mit besonderer Berücksichtigung der Praxis.

§ 55. — Zeichnen.

I.—III. Klasse, 2 Stunden (fakultativ). — Im Sommer: Zeichnen nach der lebenden Pflanze. Skizzierübungen im Freien.

Im Winter: Zeichnen nach einzelnen Körpern; Stilleben; abwechslungsweise nach Vorlagen. Übungen im Gebrauch von Zirkel und Lineal.

§ 56. — Schreiben.

I. Klasse, 1 Stunde. — Einübung der deutschen und französischen Kurrentschrift.

§ 57. — Maschinenschreiben.

II. Klasse, 1 Stunde. — In Verbindung damit Korrespondenz (vergl. § 38).

§ 58. — Stenographie.

I. Klasse, 1 Stunde. — Die Wahl des Systems durch den für das Fach bestellten Lehrer bedarf der Genehmigung durch die Erziehungsdirektion.

D. Gemeinsame Fächer.

§ 59. — Religionslehre (fakultativ).

I. Kurs, 2 Stunden. — Zum Zwecke der Einführung in die allgemeinen religiösen Begriffe und der Vorbereitung auf das alte Testament:

Ägyptische, babylonische, phönizische und persische Religion.

Exkursionsweise: Antike Mythologie.

Einführung ins alte Testament.

II. Kurs, 1 Stunde. — Als Vorbereitung zum Verständnis des Christentums:

Grundriß der griechischen Philosophie. Buddhismus und ostasiatische Religion.

Das Christentum, veranschaulicht an den Hauptschriften des Neuen Testamentes. Im Anschluß daran: Besprechung der Haupterscheinungen der Kirchengeschichte.

NB. Die Kurse können, soweit möglich, von Schülern aller Klassen, nach freier Wahl, besucht werden. Das Fach ist als Freifach zu behandeln.

§ 60. — Gesang.

I. Singklasse, 2 Stunden. — (I. Klasse Gymnasium und I. Klasse technische Abteilung obligatorisch; I. Klasse Handelsabteilung fakultativ.)

Tonleiter und Treffübungen im Dur- und Moll-Geschlecht. Rhythmische Lese- und Singübungen in den gebräuchlichsten Ton- und Taktarten. Begriffs von Konsonanz und Dissonanz. Deutsche Lautlehre, gesangliche Deklamationeübungen. Ein- und zweistimmige Solfeggien mit Rücksicht auf Tonbildung und zum Zwecke der Ausbildung der Stimmregister. Einfache polyphone Übungen. Allgemeine Musiklehre.

II. Singklasse, 1 Stunde. — (II. und III. Klasse Gymnasium und II. und III. Klasse technische Abteilung obligatorisch; II. und III. Klasse Handelsabteilung und IV. Klasse Gymnasium und technische Abteilung fakultativ).

Ein- und mehrstimmige Singübungen mit schwierigeren Rhythmen und reicheren harmonischen Wendungen. Behandlung der gebräuchlichsten Verzierungen. Chromatik. Einübung ein- und mehrstimmiger Lieder mit und ohne Begleitung unter steter Berücksichtigung eines allseitig gediegenen Vortrages. Bei ausreichenden Stimmitteln Pflege des vierstimmigen Männerchors.

III. Mädchen-Singschule, 1 Stunde. — (Schülerinnen aller Klassen.) Allgemeine Musiklehre. Tonleiter- und Treffübungen. Deutsche Lautlehre. Stimmbildung. Zwei- und dreistimmiger Chorgesang.

Für besondere Anlässe Zuzug von Schülern des „Männerchors“ zur Bildung eines „gemischten Chores“.

§ 61. — Instrumentalmusik (fakultativ).

Der Unterricht in der Instrumentalmusik bezweckt eine möglichst umfassende Ausbildung auf sämtlichen Streichinstrumenten (Violine, Viola, Violoncello und Contrebaß), im Klavierspiel (bezw. Harmonium), sowie einigen Blasinstrumenten (wie Flöte und Trompete oder Cornet à pistons).

Zur Vertiefung der praktisch erworbenen Kenntnisse wird für befähigte Schüler ein Kursus (1 Stunde per Woche) in Musikwissenschaft (Harmonie- und Formenlehre in Verbindung mit ausführlicher Analyse von Meisterwerken der Tonkunst) abgehalten.

Die vorgerückten Schüler vereinigen sich wöchentlich einmal zu einer zweistündigen Übung im Orchester- bezw. Kammermusikspiel.

§ 62. — Turnen.

1. Klassen aller Abteilungen in zwei Gruppen, je 2 Stunden. — Ordnungs- und Marschübungen, sowie Frei- und Stabübungen nach der eidgen. Turnschule.

Leichtere Keulenübungen. Dauer-, Schnell- und Wettlauf. Gemeinturnen an den Geräten Reck, Barren, Klettergerüst und Pferd. Gemischte Sprünge und Freisprünge. Turnspiele und Ausmärsche mit angewandtem Turnen.

2. Klassen aller Abteilungen in zwei Gruppen, je 2 Stunden. — Militärische Ordnungs- und Marschübungen. Schwierigere Frei- und Stabübungen. Stabwinden, Keulenübungen, Gemein- und Riegenturnen an den Hang-, Stütz- und Sprunggeräten. Ausgedehnte Laufübungen. Angewandtes Turnen. Heben und Werfen von leichten Gewichten. Gerwerfen. Volkstümliche Wettkämpfe. Turnspiele und Ausmärsche.

3. Klassen aller Abteilungen, 2 Stunden. — Marsch- und Laufübungen. Fortsetzung der Frei-, Stab- und Keulenübungen. Säbelfechten. Riegenturnen an den Geräten mit besonderer Berücksichtigung der Übungen des gemischten Sprunges. Angewandtes und volkstümliches Turnen. Kommandierübungen. Wettkämpfe, Turnspiele und Ausmärsche.

4. Klassen (fakultativ) gemeinsam mit den 3. Klassen. — NB. Vorbehalten bleiben die Vorschriften des Bundes über den militärischen Vorunterricht.

Schülerinnen aller Klassen, 2 Stunden. — Wiederholung und Weiterführung des auf den unteren Schulstufen behandelten Übungsstoffes in Ordnungsübungen, Gang- und Hüpfarten, Frei- und Stabübungen. Stabwinden. Leichtere Keulenübungen. Gemeinturnen an Hang- und Stützgeräten. Laufübungen. Turnspiele und Ausmärsche.

Die Turnstunden sollen möglichst ins Freie verlegt werden. Im Winter kann der Turnunterricht durch Schlitteln oder Schneeschuhlaufen oder Eislauf ersetzt werden.

§ 63. — Stenographie (für Gymnasiasten und Techniker fakultativ).

Die Wahl des Systems durch den Lehrer bedarf der Bestätigung durch die Erziehungsdirektion.

Die Teilnahme ist den Schülern der zwei unteren Klassen des Gymnasiums und der technischen Abteilung zu ermöglichen.

§ 64. — Militärunterricht (im Sommer).

Für die Schüler der IV. Klasse des Gymnasiums und der technischen Abteilung fakultativ.

Infanterie. Wöchentlich 2 Stunden Exerzieren und zwei Nachmittage per Monat für die Ausbildung im Schießen.

Soldatenschule und Schießvorbereitungen nach den für den militärischen Vorunterricht maßgebenden Vorschriften.

Einzelschießen und schulmäßiges Gefechtschießen mit scharfer Munition.

Exerzieren in Zug und Kompagnie verbunden mit Übungen im Felddienste.

Artillerie. Wöchentlich 2 Stunden. — Kenntnis des Materials und der Munition. Bedienung des Geschützes und Soldatenschule. Richtübungen. Schießschule. Theorie über die Schießregeln und die Artillerie-Taktik.

NB. Vorbehalten bleiben die Vorschriften des Bundes über den militärischen Vorunterricht.

§ 65. — Tableau der Unterrichtsstunden.

A. Gymnasium.

	I.		II.		III.		IV.	
	So.	Wi.	So.	Wi.	So.	Wi.	So.	Wi.
Obligatorische Hauptfächer:								
Deutsche Sprache	3	3	3	3	3	3	3	3
Lateinische Sprache	7	7	6	6	6	6	6	6
Griechische Sprache	6	6	5	5	6	6	6	6
Englische Sprache oder	4	4	3	3	3	3	3	3

	I.		II.		III.		IV.	
	So.	Wi.	So.	Wi.	So.	Wi.	So.	Wi.
Italienische Sprache	3	3	3	3	3	3	3	3
Französische Sprache	3	3	3	3	3	3	3	3
Geographie	2	2	1	1	—	—	—	—
Geschichte	3	3	3	3	3	3	4	4
Nathematik	4	4	4	4	3	3	3	3
Maturgeschichte	3	2	2	2	2	2	2	1
Physik	—	—	2	2	2	2	2	2
Chemie	—	—	—	—	2	2	2	2
Für Griechen	31	30	29	29	30	30	31	30
Für Nichtgriechen entweder	29	28	26	26	27	27	28	27
Für Nichtgriechen oder	28	27						
Obligatorische Hülfsfächer:								
Kunstzeichnen	2	2	2	2	—	—	—	—
Gesang [1])	2	2	1	1	1	1	—	—
Turnen	2	2	2	2	2	2	—	—
Militärunterricht	2	—	2	—	2	—	—	—
	8	6	7	5	5	3	—	—
Fakultative Fächer:								
Italienisch oder Englisch	4	4	3	3	3	3	3	3
oder für die Nichtgriechen	3	3						
Hebräisch	—	—	—	—	2	2	2	2
Religionslehre	2	2	1	1	—	—	—	—
Gesang	—	—	—	—	—	—	1	1
Turnen	—	—	—	—	—	—	2	2
Analytische Chemie und chem. Praktikum	—	—	—	—	—	—	1	3
Stenographie (1. oder 2. Klasse)	2	2	2	2	—	—	—	—

B. Technische Abteilung.

	I.		II.		III.		IV.	
	So.	Wi.	So.	Wi.	So.	Wi.	So.	Wi.
Obligatorische Hauptfächer:								
Deutsche Sprache	4	4	4	4	4	4	4	—
Französische Sprache	5	5	4	4	4	4	4	—
Englische oder italienische Sprache	3	3	3	3	3	3	—	—
Geographie	2	2	2	2	—	—	—	—
Geschichte	3	3	2	2	2	2	3	—
Mathematik	6	6	5	5	7	7	7	—
Naturgeschichte inklusive	3	3	2	2	2	2	2	—
Physikalische Geographie	—	—	—	—	—	—	1	—
Physik	—	—	3	3	3	3	2	—
Chemie	—	—	2	2	2	2	3	—
	26	26	27	27	27	27	26	—
Obligatorische Hülfsfächer:								
Technisches Zeichnen	2	2	2	2	2	2	2	—
Kunstzeichnen	2	2	2	2	2	2	2	—
Gesang	2	2	1	1	1	1	—	—
Turnen	2	2	2	2	2	2	—	—
Militärunterricht	2	—	2	—	2	—	—	—
	10	8	9	7	9	7	4	—

[1]) Schülerinnen der Klassen 1 bis 3 eine Stunde.

Fakultative Fächer:	I. So.	I. Wi.	II. So.	II. Wi.	III. So.	III. Wi.	IV. So.	IV. Wi.
Italienisch oder Englisch	3	3	3	3	3	3	—	—
Religionslehre	2	2	1	1	—	—	—	—
Gesang	—	—	—	—	—	—	1	—
Analyt. Chemie und chemisches Praktikum	—	—	—	—	1	3	3	—
Physikalisches Praktikum	—	—	—	—	2	2	—	—
Feldmessen	—	—	—	—	—	1	3	—
Turnen	—	—	—	—	—	—	2	—
Stenographie	2	2	2	2	—	—	—	—

C. Handelsabteilung.

Obligatorische Fächer:	I. So.	I. Wi.	II. So.	II. Wi.	III. So.	III. Wi.
Deutsche Sprache	3		3		3	
Deutsche Korrespondenz	1		—		—	
Französische Sprache	5		4		4	
Englische oder italienische Sprache	3		3		3	
Geographie	2		2		—	
Geschichte	2		2		2	
Algebra	2		2		—	
Kaufmännisches Rechnen	3		3		3	
Buchhaltung	3		2		2	
Handelslehre	1		1		—	
Handelsbetriebslehre und in Verbindung damit deutsche Korrespondenz	—		—		2	
Volkswirtschaftslehre	—		—		2	
Warenkunde	—		—		2	
Handels- und Wechselrecht	—		2		2	
Physik	2		2		1	
Chemie	—		2		3	
	27		28		29	
Obligatorische Hülfsfächer:						
Schreiben	1		—		—	
Maschinenschreiben verbunden mit Korrespondenz	—		1		—	
Stenographie	1		—		—	
Turnen	2		2		2	
Militärunterricht	2	—	2	—	2	—
Gesang (Schülerinnen)	1		1		1	
Total für Schüler	6	4	5	3	4	2
Total für Schülerinnen	5		4		3	
Fakultative Fächer:						
Italienisch oder Englisch	3		3		3	
Spanisch	—		3		3	
Religionslehre	2		1		—	
Zeichnen	2		2		2	
Gesang (Schüler)	2		1		1	

§ 66. — Dieser Lehrplan tritt an Stelle desjenigen vom 12. Februar 1898.

---

29. 11. Reglement für die Maturitätsprüfung am Gymnasium der aargauischen Kantonsschule. (Vom 27. Februar 1909.)

§ 1. Jedes Frühjahr findet für die Schüler der obersten Klasse des Gymnasiums eine Maturitätsprüfung statt. Zu dieser Prüfung werden nur solche Schüler zugelassen, welche wenigstens die oberste Klasse besucht haben.

§ 2. Durch diese Prüfung haben sich die Schüler auszuweisen über die für den Besuch einer Universität erforderliche geistige Reife und das von der Schule gebotene Maß allgemeiner Bildung.

§ 3. Zur Leitung der Prüfung ernennt der Erziehungsrat auf die Dauer von 4 Jahren eine Kommission von 3 Mitgliedern, deren Vorsitzender seinem Kollegium angehört.

Die Prüfung wird von den Fachlehrern der Kantonsschule abgenommen.

§ 4. Das Prüfungsprogramm wird vom Rektor im Einverständnis mit der Kommission und der Lehrerschaft entworfen und dem Erziehungsdirektor zur Genehmigung vorgelegt.

§ 5. Diejenigen Schüler, welche die Prüfung zu machen wünschen, haben ihre Anmeldung nebst einer kurzen Darstellung ihres Lebens- und Bildungsganges und Angabe des Fachstudiums, dem sie sich zu widmen gedenken, dem Rektor einzureichen.

Die Anmeldungen gehen mit den Quartalzeugnissen an die Erziehungsdirektion, welche über Zulassung zur Prüfung oder Abweisung entscheidet, und nachher an die Prüfungskommission.

§ 6. Das Maturitätszeugnis wird für folgende Fächer ausgestellt: 1. Deutsche Sprache und Literatur; — 2. Französisch; — 3. Latein; — 4. Griechisch oder Englisch oder Italienisch; — 5. Geschichte; — 6. Geographie; 7. Mathematik; — 8. Physik; — 9. Chemie; — 10. Naturgeschichte; — 11. Zeichnen; — 12. Hebräisch (fakultativ).

§ 7. Die Prüfung zerfällt in eine schriftliche und eine mündliche. Letztere findet frühestens 8 Tage nach der schriftlichen statt.

Bei der Prüfung ist nur das Unterrichtspensum der beiden obersten Klassen zu berücksichtigen und mehr Gewicht auf die Erforschung der geistigen Reife als des Umfangs der Kenntnisse zu setzen.

§ 8. Die schriftliche Prüfung erstreckt sich auf die Fächer 1, 2, 3, 4 und 7, die mündliche auf die Fächer 1, 2, 3, 4, 5, 7, 8, 9, 10 und 12.

Für die Geographie wird im Maturitätszeugnis eine gestützt auf die Jahresleistungen berechnete Durchschnittsnote eingesetzt.

Im Zeichnen ist am Ende der zweiten Klasse eine Probearbeit zu liefern (Skizzieren einfacher Gegenstände nach der Natur). Gestützt darauf und unter Berücksichtigung der Jahresleistungen wird die Note für das Maturitätszeugnis festgesetzt.

§ 9. An schriftlichen Arbeiten sind zu liefern:

Für Deutsch: ein Aufsatz.

Für die modernen Fremdsprachen: ein Aufsatz über einen den Schülern hinlänglich bekannten Stoff oder eine Übersetzung aus dem Deutschen in die Fremdsprache.

Für Latein: Übersetzung einer noch nicht gelesenen Stelle aus einem Schriftsteller.

NB. Eine Übersetzung aus der Muttersprache ins Lateinische wird schon am Ende der zweitobersten Klasse gemacht. Die bezügliche Note ist zu berücksichtigen (Lehrplan § 11).

Für Griechisch: Übersetzung einer leichtern noch nicht gelesenen Stelle aus einem in der obersten Klasse behandelten Prosaiker.

Für Mathematik: Lösung einiger Probleme.

§ 10. Für die schriftlichen Arbeiten werden in einem Fache 3—4 Stunden angesetzt.

Die Themata, für jedes Fach drei zur Auswahl, sind wenigstens 8 Tage vor der Prüfung dem Rektor zuhanden der Prüfungskommission verschlossen einzureichen.

§ 11. Die Arbeiten werden unter der Aufsicht des Fachlehrers angefertigt, dem die von der Kommission gewählte Aufgabe unmittelbar vor der Prüfung verschlossen übergeben wird.

§ 12. An Hülfsmitteln sind erlaubt:

Für das Französische ein Wörterbuch nur in dieser Sprache, für die übrigen Fremdsprachen (Latein ausgenommen) die allgemeinen Wörterbücher, für die Mathematik die Logarithmentafeln.

Die Benutzung anderer Hülfsmittel hat die Nichtigkeit der ganzen Prüfung zur Folge und es kann der Kandidat erst wieder zur nächsten Prüfung zugelassen werden.

Liegt begründeter Verdacht vor, daß ein Schüler nicht selbständig gearbeitet hat, so erhält er eine neue Aufgabe.

§ 13. Die Arbeiten werden vom Examinator sofort korrigiert, zensiert und dem Rektor zuhanden der Prüfungskommission abgegeben.

Die Kandidaten können auf ihren Wunsch nach Schluß der ganzen Prüfung Einsicht in ihre schriftlichen Arbeiten nehmen.

§ 14. Das Stoffgebiet für die mündliche Prüfung im Rahmen des § 7, Absatz 2, ist durch den Lehrplan bestimmt.

§ 15. Die Leitung der mündlichen Prüfung liegt dem Vorsitzenden der Prüfungskommission ob. Die beiden anderen Mitglieder haben der Prüfung ebenfalls beizuwohnen. Eines von ihnen führt das Protokoll.

Vor Beginn der Prüfung haben die Examinatoren der Kommission ihre Vorschläge über den zu behandelnden Stoff vorzulegen.

Jeder Kandidat soll in jedem Fache mindestens 10 Minuten geprüft werden.

Die Prüfung hat in Gruppen zu erfolgen, wenn die Zahl der Kandidaten 6 übersteigt.

§ 16. Nach Schluß der mündlichen Prüfung tritt die Kommission mit den Examinatoren zur Feststellung der Noten zusammen. Hierbei sollen auch die Jahresleistungen gebührend berücksichtigt werden.

Die Examinatoren haben bei der Verhandlung beratende Stimme und das Vorschlagsrecht für die Fachnoten. Der Entscheid liegt bei der Kommission.

§ 17. Die Abstufung der Noten ist folgende: 6, 5, 4, 3, 2, 1, wovon 6 die beste und 1 die geringste ist.

Das Zeugnis der Reife wird nicht erteilt, sobald der Kandidat in einem Fache die Note 1 hat oder in mehr als einem Fache die Note 2 oder in mehr als zwei Fächern die Note 3. Hierbei zählen nur die Fächer 1 bis 10 des § 6.

Gebrochene Noten dürfen nicht gegeben werden.

§ 18. Ein Kandidat, der die Prüfung nicht mit Erfolg bestanden hat, kann sich zu einer späteren Prüfung, jedoch spätestens nach 2 Jahren, wieder melden. Dabei wird ihm die Prüfung in den Fächern, in welchen er bei der ersten Prüfung wenigstens die Note 5 erlangt hat, erlassen.

Eine dritte Prüfung ist nicht gestattet.

§ 19. Die Ergebnisse der Kommissionsberatung werden dem Erziehungsrate behufs Ausstellung der Maturitätszeugnisse zugestellt.

Das Maturitätszeugnis soll außer dem Prüfungsergebnis enthalten: den Namen, Vornamen, Heimatsort, Geburtsdatum des Kandidaten, die Daten des Eintritts in die Schule und der Maturitätsprüfung, die Unterschriften des Präsidenten des Erziehungsrates und des Rektors der Schule.

§ 20. Die Prüfungskommission ist auch die vorberatende Behörde über die im revidierten § 144, lit. b, des Schulgesetzes vorgesehene Genehmigung der Maturitätszeugnisse auswärtiger Anstalten. Über alle solche Gesuche holt der Erziehungsrat vor seinem Entscheide den Bericht und die Anträge der Kommission ein.

Gesuche um Erteilung der Maturität ohne Prüfungsausweis nach § 144, lit. c, des Schulgesetzes werden dem Erziehungsrate von der zuständigen Staatsprüfungsbehörde begutachtet.

Die Maturitätserklärung nach § 144, lit. b und c, wird den Betreffenden nicht in der Form des gewöhnlichen Maturitätszeugnisses, sondern bloß in der Form einer motivierten Erklärung zugefertigt.

§ 21. Vorstehendes Reglement tritt an Stelle desjenigen vom 12. Juli 1888.

---

30. 12. **Reglement für die Maturitätsprüfung an der technischen Abteilung der aargauischen Kantonsschule.** (Vom 27. Februar 1909.)

§ 1. Jeden Herbst wird mit den Schülern der obersten Klasse eine Maturitätsprüfung abgehalten.

§ 2. Durch diese Prüfung soll ermittelt werden, ob die Schüler das von der Schule gebotene Maß allgemeiner Bildung und die erforderliche Reife besitzen, um mit Erfolg den Unterricht an einer technischen Hochschule oder an entsprechenden Fakultäten einer Universität besuchen zu können.

§ 3. Zur Leitung der Prüfung ernennt der Erziehungsrat auf die Dauer von vier Jahren eine Kommission von drei Mitgliedern, deren Vorsitzender seinem Kollegium angehört.

Die Prüfung wird von den Fachlehrern der Kantonsschule abgenommen.

§ 4. Das Prüfungsprogramm wird vom Rektor im Einverständnis mit der Lehrerschaft entworfen und dem Erziehungsdirektor zur Genehmigung vorgelegt.

§ 5. Diejenigen Schüler, welche die Prüfung zu machen wünschen, haben ihre Anmeldungen nebst einer kurzen Darstellung ihres Lebens- und Bildungsganges und Angabe der Fachschule, welche sie zu besuchen wünschen, dem Rektor einzureichen.

Die Anmeldungen gehen mit den Quartalzeugnissen an die Erziehungsdirektion, welche über Zulassung zur Prüfung oder Abweisung entscheidet, und nachher an die Prüfungskommission.

§ 6. Das Maturitätszeugnis wird für folgende Fächer ausgestellt: 1. Deutsche Sprache; — 2. Französische Sprache; — 3. Zweite und dritte (fakultative) Fremdsprache; — 4. Geschichte; — 5. Geographie; — 6. Algebra; — 7. Geometrie (Trigonometrie, Stereometrie, analytische Geometrie); — 8. Darstellende Geometrie; — 9. Physik; — 10. Chemie; — 11. Naturgeschichte; — 12. Technisches Zeichnen; — 13. Kunstzeichnen.

§ 7. Die Prüfung zerfällt in eine schriftliche und eine mündliche. Letztere findet frühestens acht Tage nach der schriftlichen statt.

Bei der Prüfung ist nur das Unterrichtspensum der zwei obern Klassen zu berücksichtigen.

§ 8. Die schriftliche Prüfung erstreckt sich auf die Fächer 1, 2, 6, 7 und 8, die mündliche auf die Fächer 1, 2, 4, 6, 7, 9, 10 und 11.

Die Maturitätsnoten für die zweite und dritte (fakultative) Fremdsprache, sowie für Geographie, technisches Zeichnen und Kunstzeichnen werden nach den Jahresleistungen bestimmt.

§ 9. An schriftlichen Arbeiten sind zu liefern:

Im Deutschen: ein Aufsatz.

Im Französischen: ein Aufsatz oder eine Übersetzung aus dem Deutschen.

In der Algebra: drei Aufgaben.

In der Geometrie: drei der Trigonometrie, der Stereometrie und der analytischen Geometrie entnommene Aufgaben.

In der darstellenden Geometrie: saubere Lösung einer Konstruktionsaufgabe mit erläuterndem Text oder zusammenhängende Besprechung eines wichtigen Abschnittes.

§ 10. Für die schriftlichen Arbeiten werden für jedes Fach 3—4 Stunden eingeräumt.

Die Themata, für jedes Fach drei zur Auswahl, sind wenigstens acht Tage vor der Prüfung von den Examinatoren dem Rektor zuhanden der Prüfungskommission verschlossen einzureichen.

§ 11. Die Arbeiten werden unter der Aufsicht des Fachlehrers angefertigt, dem die von der Kommission gewählte Aufgabe unmittelbar vor Beginn der Prüfung verschlossen übergeben wird.

§ 12. An Hülfsmitteln sind erlaubt:

Für das Französische ein kleines Wörterbuch in dieser Sprache, für die Mathematik die Logarithmentafeln.

Die Benutzung unerlaubter Hülfsmittel in einem Fache hat für den Maturanden die Nichtigkeit der ganzen Prüfung zur Folge und es kann der letztere erst wieder zur nächsten Prüfung zugelassen werden. Liegt begründeter Verdacht vor, daß ein Schüler nicht selbständig gearbeitet hat, so erhält er eine neue Aufgabe.

§ 13. Die Arbeiten werden vom Examinator sofort korrigiert, zensiert und dem Rektor zuhanden der Prüfungskommission abgegeben.

Während der mündlichen Prüfung sind diese Arbeiten, sowie die Arbeiten im technischen Zeichnen und im Kunstzeichnen, im Prüfungslokale aufzulegen.

§ 14. Das Stoffgebiet für die mündliche Prüfung im Rahmen von § 7, Absatz 2, wird durch den Lehrplan bestimmt.

§ 15. Die Leitung der mündlichen Prüfungen liegt dem Vorsitzenden der Prüfungskommission ob. Die beiden andern Mitglieder haben der Prüfung ebenfalls beizuwohnen. Eines von ihnen führt das Protokoll.

Vor Beginn der Prüfung haben die Examinatoren der Kommission ihre Vorschläge über den zu behandelnden Stoff zu machen. Für jedes Fach und jeden Kandidaten ist eine Prüfungsdauer von durchschnittlich 10 Minuten vorgesehen.

Die Prüfung hat in Gruppen zu erfolgen, wenn die Zahl der Kandidaten sechs übersteigt.

§ 16. Nach Schluß der mündlichen Prüfung tritt die Kommission mit den Examinatoren zur Feststellung der Noten zusammen. Hierbei sollen auch die Jahresleistungen gebührend berücksichtigt werden.

Die Examinatoren haben bei der Verhandlung beratende Stimme und das Vorschlagsrecht für die Fachnoten. Der Entscheid liegt bei der Kommission.

§ 17. Die Abstufung der Noten ist folgende: 6, 5, 4, 3, 2, 1, wovon 6 die beste und 1 die geringste ist.

Das Zeugnis der Reife wird nicht erteilt, sobald der Kandidat in einem Fache die Note 1 hat oder in mehr als einem Fache die Note 2 oder endlich in mehr als zwei Fächern die Note 3.

Bei Beurteilung der Reife zählen die in § 6 aufgeführten Fächer 1 bis 11. Gebrochene Noten dürfen nicht gegeben werden.

§ 18. Ein Kandidat, der die Prüfung nicht mit Erfolg bestanden hat, kann sich zu einer spätern Prüfung, jedoch spätestens nach zwei Jahren, wieder melden. Dabei wird ihm die Prüfung in den Fächern, in welchen er bei der ersten Prüfung wenigstens die Note 5 erlangt hat, erlassen.

Eine dritte Prüfung ist nicht gestattet.

§ 19. Die Ergebnisse der Kommissionsberatung werden dem Erziehungsrate behufs Ausstellung der Maturitätszeugnisse zugestellt.

Das Maturitätszeugnis soll außer dem Prüfungsergebnis enthalten: den Namen, Vornamen, Heimatsort, das Geburtsdatum des Kandidaten, die Daten des Eintritts in die Schule und der Maturitätsprüfung, die Unterschriften des Präsidenten des Erziehungsrates und des Rektors der Schule.

§ 20. Vorstehendes Reglement tritt an Stelle desjenigen vom 10. Februar 1893.

---

31. 13. **Reglement für die Abhaltung der Diplomprüfung an der Handelsabteilung der aargauischen Kantonsschule.** (Vom 27. Februar 1909.)

§ 1. Im Frühling wird mit den Schülern der obersten Klasse der Handelsabteilung eine Diplomprüfung abgehalten.

§ 2. Durch diese Prüfung soll ermittelt werden:

1. Ob die Schüler das von der Schule gebotene Maß allgemeiner Bildung besitzen, über welches heutzutage nicht nur der künftige Kaufmann verfügen soll, sondern welches auch für diejenigen jungen Leute erforderlich ist, welche sich andern praktischen Berufszweigen, wie z. B. dem Verkehrsdienste (Post, Telegraph und Telephon, Zoll etc.), zuwenden wollen;
2. ob sie auch diejenigen speziellen Kenntnisse besitzen, welche es ihnen ermöglichen, sich in kürzester Zeit in einem kaufmännischen Betriebe zurechtzufinden, so daß sie zum mindesten auf eine abgekürzte Lehrzeit Anspruch erheben dürfen.

§ 3. Zur Leitung der Prüfung ernennt der Erziehungsrat auf die Dauer von vier Jahren eine Kommission von drei Mitgliedern, bestehend aus einem Vertreter dieser Behörde als Präsident und zwei Kaufleuten.

Das schweizerische Handelsdepartement wird eingeladen, sich bei der Prüfung vertreten zu lassen.

Die Prüfung wird von den Fachlehrern der Handelsabteilung abgenommen.

§ 4. Das Prüfungsprogramm wird vom Rektor der Anstalt im Einverständnis mit der Lehrerschaft entworfen und dem Erziehungsdirektor zur Genehmigung vorgelegt.

§ 5. Diejenigen Schüler, welche die Prüfung zu machen wünschen, haben ihre Anmeldungen dem Rektor einzureichen. Dieser schickt sie samt den Quartalzeugnissen der Erziehungsdirektion zuhanden der Prüfungskommission zu.

§ 6. Die Prüfung erstreckt sich auf folgende Fächer:

1. Deutsche Sprache; 2. Französische Sprache: 3. Zweite Fremdsprache; 4. Kaufmännisches Rechnen; 5. Buchhaltung; 6. Handels- und Volkswirtschaftslehre; 7. Handels- und Wechselrecht; 8. Geographie; 9. Geschichte.

Für die Festsetzung der Diplomnoten in den übrigen obligatorischen Fächern: Physik, Chemie, Warenkunde, Schreiben, Stenographie und Maschinenschreiben, sowie in den fakultativen Fächern (weitere Fremdsprachen und Zeichnen) sind lediglich die Jahresleistungen maßgebend.

§ 7. Das Stoffgebiet für die Prüfung ist durch den Lehrplan für die beiden oberen Klassen bestimmt.

Die Prüfung zerfällt in eine schriftliche und eine mündliche. Die letztere findet frühestens acht Tage nach der schriftlichen statt.

§ 8. Schriftliche Arbeiten sind zu liefern:

1. Im Deutschen: ein Aufsatz.
2. Im Französischen und in der zweiten Fremdsprache: ein Aufsatz oder eine Übersetzung.
3. Im kaufmännischen Rechnen: drei Aufgaben aus verschiedenen Gebieten.
4. In der Buchhaltung: Ausweis über Beherrschung der systematischen Buchhaltung und des Bilanzwesens in Anwendung auf das Waren-, Bank- und Fabrikationsgeschäft durch Lösung einer entsprechenden Buchungsaufgabe.

§ 9. Für die schriftlichen Arbeiten werden je 3—4 Stunden angesetzt.

Die Themata, für jedes Fach wenigstens drei zur Auswahl, sind spätestens acht Tage vor der Prüfung von den Examinatoren dem Rektor zuhanden der Prüfungskommission verschlossen einzureichen.

§ 10. Die Arbeiten werden unter Aufsicht der Fachlehrer angefertigt, welche die von der Kommission gewählten Aufgaben durch das Rektorat unmittelbar vor der Prüfung zugestellt erhalten.

Als Hülfsmittel sind erlaubt: Für das Französische ein kleines Wörterbuch in dieser Sprache, für die zweite Fremdsprache ein allgemeines Wörterbuch, und für das kaufmännische Rechnen die Logarithmentafeln.

Die Benutzung unerlaubter Hülfsmittel in einem Fache hat für den Kandidaten die Nichtigkeit der ganzen Prüfung zur Folge und es kann der letztere erst wieder zur nächsten Prüfung zugelassen werden. Liegt begründeter Verdacht vor, daß ein Schüler nicht selbständig gearbeitet hat, so erhält er eine neue Aufgabe.

§ 11. Die korrigierten und zensierten Arbeiten werden vom Examinator dem Rektor zuhanden der Prüfungskommission zugestellt. Diese Arbeiten liegen während der mündlichen Prüfung im Prüfungslokale auf.

§ 12. Die mündliche Prüfung erstreckt sich auf die in § 6 aufgeführten Fächer. Sie soll für jedes Fach und jeden Kandidaten durchschnittlich 10 Minuten nicht übersteigen.

Die Prüfung hat in Gruppen zu erfolgen, wenn die Zahl der Kandidaten sechs übersteigt.

§ 13. Nach Schluß der mündlichen Prüfung tritt die Kommission mit den Examinatoren zur Feststellung der Noten zusammen. Hierbei sind auch die Jahresleistungen gebührend zu berücksichtigen.

Die Examinatoren haben bei der Verhandlung beratende Stimme und das Vorschlagsrecht für die Fachnoten. Der Entscheid liegt bei der Kommission.

§ 14. Die Abstufung der Noten ist folgende: 6, 5, 4, 3, 2, 1, wovon 6 die beste und 1 die geringste ist.

Das Diplom wird nicht erteilt, sobald der Kandidat in einem Fache die Note 1 hat oder in mehr als einem Fache die Note 2 oder in mehr als drei Fächern die Note 3.

Bei der Beurteilung zählen alle obligatorischen Fächer. Zwischennoten dürfen nicht gegeben werden.

§ 15. Ein Kandidat, der die Prüfung nicht mit Erfolg bestanden hat, kann sich zu einer spätern Prüfung, jedoch spätestens nach zwei Jahren, wieder melden. Dabei wird ihm die Prüfung in den Fächern, in welchen er bei der ersten Prüfung wenigstens die Note 5 erlangt hat, erlassen.

Eine dritte Prüfung ist nicht gestattet.

§ 16. Die Ergebnisse der Kommissionsberatung werden dem Erziehungsrate behufs Ausstellung der Diplome zugestellt.

Das Diplom soll außer dem Prüfungsergebnis enthalten: den Namen, Vornamen, Heimatsort, das Geburtsdatum des Kandidaten, die Daten des Eintritts in die Schule und der Diplomprüfung, die Unterschriften des Präsidenten des Erziehungsrates und des Rektors der Schule.

§ 17. Vorstehendes Reglement tritt an Stelle desjenigen vom 18. Dezember 1897.

---

32. 14. **Règlement général pour les etablissements d'instruction publique secondaire du canton de Vaud.** (Du 22 janvier 1909.)

Le Conseil d'Etat du canton de Vaud, vu le préavis du Département de l'instruction publique; vu l'article 125 de la loi du 25 février 1908 sur l'instruction publique secondaire;

arrête:

Chapitre premier. — ***Objets et plans d'études.***

Art. 1er. Le présent règlement général s'applique à tous les établissements mentionnés à l'art. 2 de la loi du 25 février 1908 sur l'instruction publique secondaire.

Des règlements spéciaux seront élaborés pour chacun des établissements prévus par cette loi. Ces règlements seront soumis à l'approbation du Conseil d'Etat.

Art. 2. Les objets d'études des Ecoles supérieures de jeunes filles sont: 1° la langue française; — 2° la langue allemande; — 3° la langue anglaise; — 4° les éléments de la littérature française et de la littérature générale; — 5° l'histoire; — 6° la géographie; — 7° l'arithmétique et les éléments des mathématiques; — 8° les éléments des sciences physiques et naturelles; — 9° l'économie domestique et l'hygiène usuelle; — 10° la comptabilité domestique; — 11° les travaux à l'aiguille et la coupe; — 12° l'écriture; — 13° le dessin; — 14° le chant; — 15° la gymnastique.

Art. 3. Les objets d'études des Collèges scientifiques sont: 1° la langue française; — 2° la langue allemande; — 3° la langue anglaise; — 4° la langue italienne; — 5° l'histoire et l'instruction civique; — 6° l'arithmétique et la comptabilité; — 7° la géométrie; — 8° l'algèbre; — 9° le dessin technique et les travaux manuels; — 10° la géographie et la cosmographie; — 11° les sciences naturelles; — 12° la physique et la mécanique; — 13° la chimie; — 14° le dessin et des notions de l'histoire de l'art; — 15° l'écriture; — 16° le chant; — 17° la gymnastique.

Art. 4. Les objets d'études des Collèges classiques sont: 1° la langue française; — 2° la langue latine; — 3° la langue grecque; — 4° la langue allemande; — 5° la langue anglaise; — 6° l'histoire et l'instruction civique; — 7° la géographie; — 8° l'arithmétique et la comptabilité; — 9° la géométrie et l'algèbre; — 10° les éléments des sciences physiques et naturelles; — 11° l'écriture; — 12° le chant; — 13° le dessin et des notions de l'histoire de l'art; — 14° la gymnastique.

Art. 5. Il est en outre donné, dans les établissements mentionnés aux art. 2, 3 et 4, un enseignement religieux facultatif conforme aux principes du christianisme et distinct des autres branches.

Cet enseignement ne compte ni pour la promotion ni pour l'établissement de la moyenne.

Art. 6. Les objets d'études des Gymnases de jeunes filles sont fixés par les règlements spéciaux de ces établissements. (Art. 32 de la loi.)

Art. 7. Les objets d'études du Gymnase scientifique cantonal sont: 1° la langue française; — 2° la langue allemande; — 3° la langue anglaise; — 4° la langue italienne; — 5° la littérature française et des notions de littérature générale; — 6° l'histoire; — 7° les éléments de la philosophie; — 8° des notions de droit usuel et d'économie politique; — 9° l'algèbre et la géométrie; — 10° la trigonométrie, l'astronomie et la topographie; — 11° la géométrie analytique; — 12° la géométrie descriptive; — 13° le dessin technique; — 14° les sciences naturelles avec exercices pratiques; — 15° la physique avec exercices pratiques; — 16° la mécanique avec exercices pratiques; — 17° la chimie et la minéralogie avec exercices pratiques; — 18° la géophysique; — 19° le dessin artistique et l'histoire de l'art; — 20 le modelage; — 21° les travaux manuels.

Art. 8. Les objets d'études du Gymnase classique cantonal sont: 1° la langue et la littérature française; — 2° la langue et les éléments de la littérature latine; — 3° la langue et les éléments de la littérature grecque: — 4° la langue et les éléments de la littérature allemande; — 5° la langue et les éléments de la littérature anglaise; — 6° l'histoire; — 7° l'histoire sommaire de la culture grecque des origines à la fin de l'hellénisme (fin du IVe siècle); — 8° les éléments de la philosophie; — 9° l'algèbre, la géométrie, la trigonométrie et la géométrie analytique; 10° les mathématiques spéciales et le dessin technique; — 11° la physique et la chimie; — 12° les sciences naturelles; — 13° la cosmographie et la géophysique; — 14° l'histoire du christianisme et les éléments de l'histoire comparée des religions; — 15° la langue hébraïque.

Art. 9. Les objets d'études des Ecoles supérieures de commerce, d'administration et de chemins de fer sont:

A. *Ecole de commerce:*

1° La langue française; — 2° la langue allemande; — 3° la langue italienne; — 4° la langue anglaise; — 5° la langue espagnole; — 6° l'arithmétique commerciale; — 7° l'algèbre; — 8° l'algèbre financière; — 9° la comptabilité; — 10° l'exploitation commerciale des chemins de fer; — 11° le droit commercial; — 12° des notions d'économie politique; — 13° la géographie générale; — 14° la géographie des produits commerciaux; — 15° l'histoire et l'instruction civique; — 16° l'histoire du commerce; — 17° la physique; — 18° la chimie; — 19° l'histoire naturelle; — 20° la connaissance des marchandises; — 21° la microscopie; — 22° l'écriture; — 23° la sténographie française; — 24° la sténographie allemande; — 25° la dactylographie.

B. *Ecole d'administration:*

1° La langue française; — 2°la langue allemande; — 3° la langue italienne; — 4° la langue anglaise; — 5° l'arithmétique; — 6° l'algèbre; — 7° la comptabilité; — 8° des notions d'économie politique; — 9° la géographie; — 10° l'histoire et l'instruction civique; — 11° la physique; — 12° la chimie — 13° l'histoire naturelle; — 14° la connaissance des marchandises; — 15° la microscopie; — 16° la législation spéciale; — 17° la correspondance de service; — 18° les connaissances administratives; — 19° l'exploitation des chemins de fer; — 20° le personnel; — 21° le tarif et les conditions de transport; — 22° le dessin technique; — 23° l'écriture; — 24° la sténographie française; — 25° la sténographie allemande; — 26° la dactylographie.

C. *Ecole de chemins de fer:*

1° La langue française; — 2° la langue allemande; — 3° la langue italienne; — 4° la langue anglaise; — 5° l'arithmétique; — 6° l'algèbre; — 7° la comptabilité; — 8° la géographie; — 9° l'histoire et l'instruction civique; — 10° la physique; — 11° la chimie; — 12° l'histoire naturelle; — 13° la correspondance administrative; — 14° la construction et l'entretien des chemins de fer; — 15° l'exploitation des chemins de fer, le service des transports; — 16° les tarifs et les conditions de transport; — 17° la législation spéciale et les conventions; — 18° le personnel; — 19° les exercices pratiques et excursions; — 20° le dessin technique; — 21° l'écriture; — 22° la sténographie française; — 23° la sténographie allemande; — 24° la dactylographie.

Art. 10. Des cours de gymnastique et de chant peuvent être créés aux Gymnases scientifique et classique, ainsi qu'aux Ecoles supérieures de commerce, d'administration et de chemins de fer.

Les élèves d'un établissement secondaire cantonal peuvent être autorisés à suivre dans un autre établissement les cours facultatifs qui y sont donnés.

Art. 11. Les objets d'études des Ecoles normales sont:

A. *Ecole normale des instituteurs:*

1° La pédagogie; — 2° la langue et la littérature françaises; — 3° l'arithmétique et la comptabilité; — 4° les éléments d'algèbre et de géométrie avec exercices pratiques d'arpentage; — 5° la géographie; — 6° la cosmographie; — 7° l'istoire; — 8° l'instruction civique; — 9° la langue allemande; — 10° la physique générale; — 11° les éléments de la chimie et des sciences naturelles; — 12° l'hygiène; — 13° la calligraphie; — 14° la musique vocale et la musique instrumentale; — 15° le dessin; — 16° les travaux manuels; — 17° les notions élémentaires d'agriculture; — 81° la gymnastique.

B. *Ecole normale des institutrices:*

1° La pédagogie; — 2° la langue et la littérature françaises; — 3° l'arithmétique et la comptabilité; — 4° les éléments de la géométrie; — 5° la géo-

graphie; — 6° la cosmographie; — 7° l'histoire; — 8° l'instruction civique; — 9° la langue allemande; — 10° les éléments des sciences physiques et naturelles; — 11° l'hygiène; — 12° la calligraphie; — 13° la musique vocale et la musique instrumentale; — 14° le dessin; — 15° les travaux à l'aiguille; — 16° l'économie domestique; — 17° la gymnastique.

C. Les objets d'études de la section des maîtresses d'écoles enfantines et de la section des maîtresses de travaux à l'aiguille sont fixés par le programme des cours de ces sections.

Art. 12. Il est en outre donné, aux Ecoles normales, un enseignement religieux facultatif conforme aux principes du christianisme.

Art. 13. Les objets d'études de l'Ecole cantonale d'agriculture sont: 1° l'agriculture (connaissance des terrains, cultures); — 2° l'économie rurale et l'économie alpestre; — 3° la viticulture; — 4° la sylviculture; — 5° l'horticulture maraîchère; — 6° l'arboriculture; — 7° la zootechnie: — 8° la zoologie agricole; — 9° l'apiculture; — 10° la pisciculture; — 11° l'industrie laitière; — 12° la mécanique élémentaire, le machines agricoles et la technologie agricole; — 13° la géométrie et l'arpentage; — 14° le dessin technique; — 15° les constructions rurales; — 16° les drainages et les irrigations; — 17° la comptabilité agricole; — 18° la géologie agricole; — 19° la météorologie agricole et les éléments de la physique; — 20° la chimie agricole; — 21° la botanique agricole; — 22° la législation rurale; — 23° l'instruction civique; — 24° les travaux manuels; — 25° la gymnastique.

Art. 14. Les objets d'études des classes primaires supérieures annexées aux Collèges scientifiques restent fixés par la loi sur l'instruction publique primaire.

Art. 15. Le plan général d'études et les règlements spéciaux des divers établissements d'instruction secondaire désignent celles des branches d'enseignement qui peuvent être facultatives.

Art. 16. Le Département de l'instruction publique arrête le plan général d'études des établissements secondaires.

Art. 17. Les commissions scolaires, après avoir entendu les conférences des maîtres, fixent les plans d'études des établissements secondaires communaux.

Ces plans d'études sont soumis à l'approbation du Département.

Art. 18. Les établissements communaux peuvent, avec l'autorisation du Département, déroger au plan d'études général.

Art. 19. Pour les Collèges communaux, le nombre des heures affectées par classe à chaque objet d'enseignement est, dans la règle, le même que pour les établissements cantonaux correspondants.

Pour les Ecoles supérieures, les commissions scolaires fixent, sur le préavis de la conférence, le nombre des heures affectées par classe à chaque enseignement.

Dans tous ces établissements, deux ou plusieurs classes pourront être réunies pour certaines leçons.

L'approbation du Département est nécessaire.

Art. 20. Dans les Ecoles supérieures, les Collèges et les Gymnases aucune classe ne peut compter plus de 32 heures de leçons obligatoires par semaine, gymnastique non comprise.

Art. 21. Les classes des Ecoles supérieures, des Collèges communaux et des Collèges cantonaux sont désignées par première, seconde, troisième classe, etc., la première classe étant celle qui aboutit au certificat d'études secondaires.

Chapitre II. — Administration.

Art. 22. Les règlements spéciaux des établissements secondaires communaux fixent, sous réserve des dispositions de la loi et du présent règlement, les compétences et les attributions des autorités communales (municipalités, commissions scolaires, directeurs, conférences des maîtres) en ce qui concerne l'administration de ces établissements.

Art. 23. D'une façon générale, les commissions scolaires surveillent la marche des établissements secondaires de leur ressort, leur personnel enseignant et dirigeant, le travail et la discipline de leurs élèves, la fréquentation des leçons, l'hygiène, les locaux et le matériel scolaire.

Chapitre III. — **Conférences.**

Art. 24. Les attributions des conférences sont les suivantes:

a. Elles étudient les questions qui intéressent l'établissement, l'enseignement, les programmes, les méthodes, les manuels, etc., et donnent, s'il y a lieu, leur avis à la commission scolaire et, pour les établissements cantonaux, au Département;

b. elles fixent à chaque bulletin la note de conduite des élèves;

c. elles décident de la promotion des élèves, sauf recours aux commissions scolaires et, pour les établissements cantonaux, au Département;

d. elles examinent les questions de discipline qui leur sont soumises par les directeurs ou les commissions scolaires.

Les règlements spéciaux peuvent leur donner encore d'autres attributions.

Art. 25. Les conférences tiennent quatre séances au moins par année scolaire.

Les directeurs les réunissent chaque fois qu'ils le jugent nécessaire; ils sont tenus de les convoquer dans la quinzaine, sur la demande motivée d'un ou de plusieurs membres du personnel enseignant.

Les maîtres et les maîtresses doivent assister aux séances des conférences.

Art. 26. Les conférences tiennent un procès-verbal de chaque séance en un registre spécial. Elles désignent leur vice-président et leur secrétaire parmi leurs membres.

Chapitre IV. — **Directeurs.**

Art. 27. Les directeurs surveillent la marche des études, la distribution et l'emploi du temps. Ils visitent chaque classe le plus souvent possible. Ils s'assurent que les règlements sont observés par les maîtres et maîtresses et par les élèves. Ils interviennent en faveur de la discipline toutes les fois que cela est nécessaire.

Art. 28. Tout en cherchant à donner à l'enseignement l'unité désirable, soit dans les méthodes, soit dans les moyens de discipline, les directeurs laissent au personnel enseignant toute la latitude compatible avec le bien de l'établissement.

Art. 29. Les directeurs sont en outre chargés:

a. de l'inscription dans un registre matricule des noms des élèves;

b. de l'inscription des élèves par classe dans un registre servant à constater les absences et les congés;

c. de l'inscription dans un registre spécial des absences des maîtres, avec les motifs donnés;

d. de la présidence de la conférence des maîtres;

e. de l'expédition des bulletins aux parents; — les notes assignées aux élèves pour le travail et la conduite sont, en outre, consignées dans un registre spécial;

f. de l'organisation et de la direction des courses scolaires avec l'aide du personnel enseignant de l'établissement;

g. de la surveillance du matériel, des locaux et de l'hygiène;

h. de la rédaction du rapport annuel prévu à l'art. 84 ci-après;

i. de l'établissement des tableaux de leçons et d'examens;

k. de la mise à jour du catalogue de la bibliothèque scolaire, de l'inventaire du mobilier, du matériel et de tous les objets appartenant à l'école.

Les règlements spéciaux peuvent leur donner encore d'autres attributions.

Art. 30. Les directeurs des Ecoles supérieures de jeunes filles et des Collèges communaux correspondent avec les commissions scolaires pour tout ce qui concerne l'organisation, l'administration et la discipline générales de l'établissement.

Ils correspondent directement avec le Département pour tout ce qui concerne l'enseignement, les méthodes, les programmes, les manuels, etc. Ils informent la commission scolaire des décisions prises.

Art. 31. Les directeurs doivent être convoqués à toutes les séances des commissions scolaires. Ils doivent être entendus par elles sur toutes les questions qui touchent aux établissements qu'ils dirigent.

Chapitre V. — **Contributions scolaires et bourses.**

Art, 32. Les règlements spéciaux fixent, dans les limites de l'article 121 de la loi sur l'instruction secondaire, les contributions scolaires que les élèves réguliers et les élèves externes ou auditeurs ont à payer.

Ils fixent aussi le mode et l'époque du paiement de ces contributions.

Art. 33. Les enfants méritants de parents peu aisés peuvent être dispensés, en tout ou en partie, du paiement de la contribution scolaire.

La demande en est faite au directeur.

Cette dispense est accordée chaque année, par la municipalité, sur le préavis de la commission scolaire, pour les établissements communaux, et par le Conseil d'Etat, sur proposition du Département, pour les établissements cantonaux.

Art. 34. L'Etat ou les communes peuvent chaque année également accorder des bourses aux élèves méritants dont les parents en feront la demande, en la justifiant par leur position de fortune.

Art. 35. Ces demandes doivent être adressées par les parents ou le tuteur au directeur de l'établissement; celui-ci les transmet, avec les renseignements qu'il peut fournir sur l'élève intéressé, à la commission scolaire ou au Département, s'il s'agit d'établissements cantonaux.

Art. 36. S'il s'agit de bourses d'études à demander à l'Etat, les commissions scolaires s'adressent au Département et lui font connaître la position de fortune des parents.

Art. 37. Les élèves mis au bénéfice d'une bourse d'études accordée par l'Etat ou la Commune sont dispensés par là même du paiement de la contribution scolaire.

Chapitre VI. — **Locaux, manuels et matériel scolaire.**

Art. 38. Les établissements secondaires doivent posséder, suivant leur destination, tout ou partie des objets ci-après : de grandes ardoises ou tableaux noirs avec les accessoires ; — une collection de cartes murales géographiques et historiques; — un globe terrestre; — une collection de solides et de modèles pour l'enseignement de la géométrie; — les principaux instruments indispensables au toisé, à l'arpentage et au nivellement; — les instruments, les tableaux muraux et les substances ou échantillons-types nécessaires à l'enseignement de la physique, de la chimie et des sciences naturelles, les tableaux nécessaires à l'enseignement des langues modernes et des antiquités grecque et latine; — des collections de modèles pour le dessin artistique, le dessin technique et la calligraphie; — une collection de poids et mesures; — une bibliothèque renfermant les ouvrages généraux nécessaires à l'enseignement; — le matériel nécessaire pour l'enseignement des ouvrages à l'aiguille et de l'économie domestique.

Art. 39. Il ne peut être fait emploi, dans les établissements secondaires, que des ouvrages et manuels dont la liste est fixée par le Département sur le préavis d'une commission dans laquelle le corps enseignant est représenté.

Art. 40. Les locaux scolaires ne peuvent servir qu'aux besoins de l'école, à moins d'une autorisation expresse de la municipalité et de la commission scolaire

Les demandes d'autorisation doivent être adressées au directeur, qui donne son préavis.

*Chapitre VII. — **Personnel enseignant.***

Art. 41. Lorsque, en application des art. 86 et 91 de la loi du 25 février 1908, des épreuves sont exigées, le jury d'examen choisit, dans le programme secondaire, les sujets des leçons imposées aux candidats, fixe le temps pour la préparation de ces leçons et leur durée.

Le jury met à la disposition des candidats les livres et le matériel qu'il juge nécessaires ou utiles.

Dans le cas prévu à l'art. 87 de la loi, le jury détermine librement les épreuves auxquelles il entend soumettre les candidats.

Art. 42. Les épreuves terminées, le jury adresse sans retard à la commission scolaire et à la municipalité ou au Département, s'il s'agit d'établissements cantonaux, un rapport détaillé sur les résultats des épreuves et sur les titres de chacun des candidats; ce rapport indique et motive l'ordre dans lequel le jury a classé les candidats.

La municipalité et la commission scolaire réunies donnent leur préavis, qui est adressé au Département en même temps que le rapport du jury.

Art. 43. Sous réserve des cas d'urgence, un maître ou une maîtresse ne peut manquer une leçon sans en avoir préalablement obtenu l'autorisation du directeur.

Les absences des maîtres et des maîtresses, ainsi que les congés qu'ils obtiennent, sont inscrits dans un registre particulier qui doit être visé une fois par an au moins par la commission scolaire, ou par le Département pour les établissements cantonaux.

Art. 44. Le directeur peut accorder à un maître ou à une maîtresse un congé de trois jours au maximum, la commission scolaire, un congé d'une semaine; pour un congé de plus longue durée, c'est le Département qui statue. Toutes ces demandes doivent être adressées au directeur, qui les transmet à qui de droit avec son préavis si elles dépassent sa compétence. Il avise la commission du congé accordé par le Département.

Art. 45. Les maîtres doivent s'abstenir de toute voie de fait et de toute parole blessante envers les élèves et leurs parents et n'user d'aucun moyen de répression qui ne soit autorisé par le règlement.

Art. 46. Les observations que la commission scolaire croit devoir faire, après enquête préalable, à l'un des maîtres ou maîtresses, soit sur sa conduite, soit sur son enseignement, doivent être remises par écrit au directeur de l'établissement. Celui-ci les transmet à l'intéressé, en particulier.

Ces observations, ainsi que les explications ou justifications de l'intéressé, sont consignées dans le registre des procès-verbaux de la commission.

Art. 47. Les maîtres et les maîtresses ne peuvent pas faire partie de la commission scolaire.

*Chapitre VIII. — **Elèves.***

Art. 48. Pour être admis dans la classe inférieure d'un établissement secondaire, il faut remplir les conditions d'âge et d'instruction déterminées par la loi et les règlements.

Art. 49. Pour être admis dans une autre classe, il faut remplir les conditions d'âge et avoir subi un examen satisfaisant sur le programme des classes précédentes.

Art. 50. Le Département peut accorder des dispenses d'âge.

Art. 51. Les élèves des établissements secondaires se répartissent en élèves réguliers, lesquels suivent tous les cours obligatoires de leur classe, et en élèves externes, qui suivent les cours de leur choix.

Les règlements spéciaux peuvent établir que certaines classes ne reçoivent que des élèves réguliers; ils peuvent en outre prévoir l'admission d'élèves auditeurs.

Toutefois, en ce qui concerne la contribution scolaire, l'élève dispensé d'une branche pour raisons de santé ne sera pas considéré comme externe.

Art. 52. Les externes sont soumis à la même discipline et aux mêmes travaux que les élèves réguliers.

Pour être admis en cette qualité, les élèves doivent remplir les mêmes conditions d'âge et prouver qu'ils peuvent suivre les cours avec fruit et sans inconvénients pour la classe.

La conférence des maîtres, sous réserve de l'approbation de la commission scolaire pour les établissements communaux et de la sanction du Département pour les collèges cantonaux, fixe pour les élèves externes, non dûment libérés de l'obligation de suivre l'école primaire, les cours auxquels ils doivent être astreints.

Ces cours doivent comporter au minimum 18 heures d'enseignement par semaine.

Art. 53. L'élève âgé de 15 ans qui a obtenu le certificat d'études secondaires est libéré définitivement de l'obligation prévue à l'art. 77 de la loi sur l'instruction primaire.

Art. 54. L'effectif normal d'une classe est de 35 élèves.

Chapitre IX. — ***Fréquentation.***

Art. 55. L'année scolaire commence, au choix des autorités communales, en mai ou en septembre pour se terminer en avril ou en juillet de l'année suivante.

Art. 56. Les établissements cantonaux dont l'année scolaire commence en septembre reçoivent gratuitement, jusqu'à la fin de l'année scolaire, les élèves des établissements communaux qui terminent leurs cours en avril.

Art. 57. La durée de chaque leçon est dans la règle de 50 minutes. Un repos de 10 minutes sépare les leçons consécutives.

Il ne peut être fait d'exception à cette disposition qu'avec l'autorisation du Département.

Art. 58. Avant la fin de l'année scolaire, le directeur soumet à la commission scolaire ou au Département, pour les établissements cantonaux, un projet de tableau de leçons pour l'année suivante.

Un exemplaire du tableau de leçons des établissements communaux est envoyé au Département, lequel peut exiger des modifications.

Art. 59. Les règlements spéciaux fixent dans les limites prévues à l'art. 116 de la loi le mode de répartition des vacances.

Chapitre X. — ***Examens, promotion, bulletins et livret scolaire.***

Art. 60. Le travail des élèves est apprécié pendant l'année par les maîtres et maîtresses sous la surveillance du directeur.

A cet effet, les maîtres tiennent un contrôle exact et régulier des notes qu'ils assignent aux élèves.

Trois fois par année, au moins, un bulletin indiquant les notes de travail et de conduite des élèves, ainsi que les absences, est communiqué aux parents.

Les notes des examens annuels ou, s'il n'y a pas d'examen, la moyenne des notes des bulletins, leur sont également communiquées.

Art. 61. Chaque note de bulletin doit être établie sur deux interrogations au moins d'après l'échelle suivante : 10 (très bien), 9 et 8 (bien), 7 (assez bien), 6 (passable), 5 et 4 (médiocre), 3 et 2 (mal), 1 et 0 (très mal).

Art. 62. Le bulletin peut porter la mention de la note obtenue pour chacune des subdivisions des objets d'enseignement.

Art. 63. Dans la règle, chaque année scolaire se termine par un examen général.

Les règlements spéciaux peuvent supprimer ou restreindre cet examen à quelques branches seulement. Toutefois, l'examen général reste obligatoire à la sortie de la 4e classe des collèges classiques comme à la sortie des classes aboutissant au certificat d'études secondaires.

Le Département conserve le droit d'ordonner un examen général ou partiel dans les établissements pour lesquels ils ont été supprimés.

Il peut y avoir au cours de l'année scolaire des épreuves permettant de contrôler le travail.

Art. 64. Les examens mentionnés à l'article précédent se composent d'épreuves écrites et d'épreuves orales.

Les épreuves orales sont publiques.

Les examens sont dirigés par le directeur et appréciés par une commission composée du personnel enseignant et d'experts choisis par la commission scolaire ou, pour les établissements cantonaux, par le Département.

Art. 65. La commission d'examen peut se diviser en sous-commissions de trois membres, y compris le maître ou la maîtresse de la branche à examiner. L'interrogation est dirigée par la personne qui a donné l'enseignement ; les membres de la commission peuvent adresser des questions et participent à la correction et à l'appréciation des travaux écrits.

Art. 66. Chacune de ces épreuves est appréciée, séance tenante, suivant l'échelle prévue à l'art. 61.

Art. 67. A la fin de chaque examen, la liste des notes est remise au directeur avec les observations que la commission peut avoir à présenter.

Art. 68. Les notes de chaque bulletin et des examens sont inscrites dans un registre spécial.

Art. 69. La promotion d'une classe dans une autre est déterminée par le travail de l'année et, le cas échéant, par le résultat des examens.

La moyenne des examens compte pour un quart dans la moyenne générale.

Art. 70. Toutes les questions relatives à la promotion sont tranchées par la conférence, sous réserve des recours prévus à l'art. 24, *litt. c.*

Art. 71. Pour déterminer la promotion dans les établissements énumérés à l'art. 2 A, 1°, 2°, 3° et 4° de la loi, les notes obtenues dans chaque branche pendant l'année et aux examens sont multipliées par les facteurs ci-dessous :

Ecoles supérieures de jeunes filles :

Langue française	5	Sciences physiques et naturelles	2
Littérat. franç. et littérat. générale		Economie domestique et hygiène	2
Langue allemande	4	Travaux à l'aiguille et coupe	2
Langue anglaise	3	Ecriture	1
Histoire	3	Dessin	1
Géographie	2	Chant	1
Arithmétique, mathématique et comptabilité domestique	3	Gymnastique	1

Collèges scientifiques :

Langue française	5	Histoire et instruction civique	2
Langue allemande	3	Arithmétique et comptabilité	4
Langue anglaise ou italienne	3	Géométrie	3
Algèbre	3	Chimie	2
Dessin technique	2	Dessin et histoire de l'art	2
Travaux manuels	2	Ecriture	2
Géographie et cosmographie	2	Chant	1
Sciences naturelles	2	Gymnastique	1
Physique et mécanique	2		

Collèges classiques :

Langue française	5	Arithmétique, comptabilité, géométrie et algèbre	3
Langue latine	4	Sciences physiques et naturelles	2
Langue grecque	4	Ecriture	2
Langue allemande	3	Chant	1
Langue anglaise	3	Dessin et histoire de l'art	1
Histoire et instruction civique	3	Gymnastique	1
Géographie	2		

La note moyenne de conduite, multipliée par le facteur 3, entre en ligne de compte dans le calcul de la moyenne annuelle.

Art. 72. Pour être promu, l'élève doit avoir obtenu les 0,65 de la somme des notes maximum assignables aux branches obligatoires qu'il a suivies, et, en outre, ne pas avoir de note inférieure à 5 dans plus de deux branches modifiées par un facteur.

Art. 73. Chaque élève d'un établissement communal, ainsi que des Collèges scientifique et classique cantonaux, est pourvu d'un livret scolaire destiné à recevoir les notes des bulletins et des examens. Le modèle de ce livret est arrêté par le Département.

Chapitre XI. — **Certificats.**

Art. 74. Le Département arrête le type des certificats d'études secondaires qu'il fournit aux différents établissements.

Ces certificats sont remis par le directeur en séance publique devant tous les élèves de l'établissement et en présence de délégués de la municipalité et de la commission scolaire.

Art. 75. Le Département arrête également le type du certificat destiné aux élèves qui passent d'un établissement dans l'autre (certificat de passage).

Chapitre XII. — **Absences, congés, discipline.**

Art. 76. Les élèves des établissements secondaires sont tenus de fréquenter régulièrement et durant toute l'année les leçons de leur classe.

Art. 77. Les membres du personnel enseignant tiennent exactement le contrôle des absences et font rapport au directeur chaque semaine au moins.

Art. 78. Toute absence doit être justifiée à temps par écrit auprès du directeur, qui apprécie le motif invoqué.

Les demandes de congé doivent lui être adressées d'avance.

Art. 78. Les absences répétées et sans motifs valables entraînent le renvoi de l'établissement.

Ce renvoi est prononcé par le Département pour les établissements cantonaux, sur la proposition du directeur, et pour les établissements communaux par les commissions scolaires, sur la proposition du directeur et sous réserve de l'approbation du Département.

Les règlements spéciaux des établissements cantonaux et communaux fixent le mode de répression applicable aux cas qui ne tomberaient pas sous le coup de cette disposition.

Art. 80. Le directeur ne peut dispenser un élève que d'une semaine d'école au plus. La commission scolaire peut accorder un congé de 15 jours. Pour un temps plus long, le Département seul est compétent.

En ce qui concerne les établissements cantonaux, le Département accorde, sur préavis du directeur, les congés dont la durée dépasse une semaine.

Art. 81. Les règlements spéciaux arrêtent tout ce qui a trait à la discipline sous les réserves ci-après:

Les punitions écrites ne sont autorisées que sous la forme de travaux utiles

Aucune punition ne peut être infligée le dimanche.

Art. 82. Le directeur peut prononcer l'exclusion d'un élève pendant 8 jours; la conférence, pendant un mois; la commission scolaire, jusqu'à 3 mois.

Chapitre XIII. — ***Dispositions diverses.***

Art. 83. Au mois de janvier de chaque année, les autorités communales adressent au Département, en vue de la fixation du subside qu'elles reçoivent, l'état des recettes et des dépenses relatives à leurs établissements secondaires, suivant un formulaire fourni par le Département.

Art. 84. Dans le même temps, les directeurs des établissements secondaires font tenir au Département, par l'intermédiaire de la commission scolaire pour les établissements communaux, un rapport sur le personnel enseignant, les élèves et la marche de l'établissement pendant l'année écoulée.

Art. 85. Les règlements spéciaux peuvent adjoindre à la commission scolaire un comité de dames chargé de la surveillance ainsi que des examens des travaux à l'aiguille et de l'économie domestique.

Chapitre XIV. — ***Dispositions transitoires et finales.***

Art. 86. Les communes sont tenues de mettre en harmonie l'organisation de leurs établissements secondaires avec les dispositions de la loi du 25 février 1908 et le règlement du 22 janvier 1909 pour le début de l'année scolaire 1910—1911 au plus tard.

Dans ce but, elles feront santionner avant cette date leurs règlements spéciaux et leurs plans d'études.

Elles auront à se conformer aux dispositions de la loi en ce qui concerne les traitements dès le 1er janvier 1909.

Art. 87. Le présent règlement n'est applicable à l'Institut Henchoz que pour autant que les dispositions spéciales qui le concernent n'y dérogent point.

Art. 88. Le Département de l'Instruction publique est chargé de l'exécution du présent règlement, qui entrera en vigueur dès le 1er février 1909.

Donné, sous le sceau du Conseil d'Etat, à Lausanne, le 22 janvier 1909.

Pour les établissements cantonaux:

Le directeur peut prononcer l'exclusion d'un élève pendant 8 jours et la conférence jusqu'à 3 mois.

Au delà, l'exclusion temporaire ainsi que l'exclusion définitive sont prononcées par le Département.

---

33. 15. **Répartition des heures d'enseignement, prise du plan d'étude générale pour les établissements d'instruction publique secondaire du canton de Vaud.** (Du 30 décembre 1909.)

Collège classique cantonal.

Répartition des heures d'enseignement.

Section A: Latin-grec. — Section B: Latin-anglais.

Classes	Sections	Français	Latin	Grec	Allemand	Anglais	Histoire Instruct. civique	Géographie	Arithmétique Comptabilité	Géométrie Algèbre	Elém. des sciences phys. et natur.	Dessin et notions de l'hist. de l'art	Ecriture	Chant	Gymnastique	Enseignement religieux et morale	Totaux
VI		7	8	—	—	—	2	1	3	—	2[1]	2	2	2	2	1[2]	32
V		6	7	—	4	—	2	1	3	—	1[1]	2	1	2	2	1[2]	32
IV		6	7	—	4	—	2	1	3	—	1	2	1	2	2	1[2]	32
III	A	5	6	6	4		2	1	2	1	1	2	—	1	2	1[2]	A 34
	B					5											B 33
II	A	5	6	6	4		2	1	2	3	1	2	—	1[2]	2	—	A 35
	B					5											B 34
I	A	5	6	6	4		2	1	—	4	1	2	—	1[2]	2	—	A 34
	B					5											B 33
Totaux		34	40	18	20	15	12	6	13	8	7	12	4	9	12	4	

[1] Leçons de choses. — [2] Leçons facultatives.

Gymnase classique cantonal.

Répartition des heures d'enseignement.

Section A: Latin-grec. — Section B: Latin-langues modernes (maturité fédérale).
Section C: Latin-mathématiques spéciales.

Classes	Sections	Français	Latin	Grec	Histoire	Histoire de la culture grecque	Philosophie	Allemand	Anglais	Mathématiques	Mathématiques spéciales	Dessin techn.	Physique	Chimie	Sciences natur.	Cosmographie	Hébreu	Hist. du christ. et élém. de l'hist. comp. des relig.	Totaux
IIme	A	5	6	5	3	—	1	3	—	3	—	—	1	2	2	—	2[2]	1[2]	34
	B	5	6	—	3	2	1	3	4	3	—	—	1	2	2	—	—	1[2]	33
	C	5	6	—	3	2[2]	1	3	—	3	3	2	1	2	2	—	—	1[2]	34
Ire	A	5	6	5	3	—	2	3	—	3	—	—	2	—	2	1	1½[2]	1[2]	34½[1]
	B	5	6	—	3	2	2	3	3	3	—	—	2	—	2	1	—	1[2]	33
	C	5	6	—	3	2[2]	2	3	—	3	3	2	2	—	2	1	—	1[2]	35

[1] 2 heures d'hébreu dans un semestre, 1 dans l'autre. — [2] Leçons facultatives.

Collège scientifique cantonal.

Répartition des heures d'enseignement.

Classes	Français	Allemand	Anglais ou ital.	Histoire et instruction civique	Arithmétique et comptabilité	Algèbre	Géométrie. Dessin technique et travaux man.	Géogr. Cosmogr.	Sciences natur.	Phys. et mécan.	Chimie	Dess. et notions de l'hist. de l'art	Ecriture	Chant	Gymnastique	Enseignement relig. et morale	Totaux
IV	6	5	—	2	5	—	3	3	—	—	—	2	2	2	2	1[1]	33
III	6	5	3	2	4		3	2	2	—	—	2	1	2	2	1[1]	35
II	5	4	3	2	4		6	2	2	2	—	2	—	—	2	1[1]	35
I	5	3	2	2	4		7	1	2	2	2	2	—	—	2	—	34
Totaux	22	17	8	8	17		19	8	6	4	2	8	3	4	8	3	

[1] Leçons facultatives.

Gymnase scientifique cantonal.

I. Répartition des heures d'enseignement obligatoires.

Section A: Mathématiques spéciales. — Section B: Sciences-langues modernes.

Classes	Sections	Français	Allemand	Anglais	Italien	Histoire	Philosophie	Algèbre. Géom.	Trigonométrie Géom. analyt. Topogr. Astron.	Géom. descript.	Dessin techn.	Sciences natur.	Phys. Mécan.	Chim. Minéral.	Laboratoire	Dessin artist. Histoire de l'art.	Totaux
II	A	4	3	2[1]	2[1]	2	—	5	3	2	2	2	3	2	2	2	A 34
	B			2	2												B 34
I	A	4	4	2[1]	2[1]	2[2]	2[3]	4	3	2	2	2	3	2	2	2	A 34
	B			3	5			3	2	—	—						B 34
3me semestre de Ire classe	A	4	4	2[1]	2[1]	—	2	4	4	2	2	2	4	4	2[4]	—	A 34
	B			3	5			4	2	—	—						B 34

[1] Dans les sections A, le choix est laissé aux élèves entre l'anglais ou l'italien. — [2] 1 trimestre. — [3] 2 trimestres. — [4] Facultatif.

Gymnase scientifique cantonal.

II. Répartition des heures d'enseignement facultatives.[1]

Droit usuel	Economie politique	Géophysique	Modelage	Travaux manuels
1	1	1	2	3

[1] Le programme annuel fixe la répartition de ces heures dans les classes du gymnase.

Ecoles supérieures de jeunes filles.

Répartition des heures d'enseignement.

Classes	Français	Allemand	Anglais	Littérat. génér.	Histoire	Géographie	Arithmétique, géom., algèbre, compt. domest.	Sciences phys. et naturelles	Econ. domest.	Hygiène	Travaux à l'aiguille et coupe	Dessin	Ecriture	Chant	Gymnastique	Enseignement religieux	Causeries éducatives	Totaux
VI	8	2	—	—	2	2	3	2	—	—	3	2	1	1	2	2[1]	—	30
V	8	4	—	—	2	2	3	1	—	—	3	2	1	1	2	1[1]	—	30
IV	8	4	—	—	2	2	3	1	—	—	3	2	1	1	2	1[1]	—	30
III	8	3	3	—	2	1	3	1	—	—	3	2	—	1	2	1[1]	—	30
II	5	3	2	2	2	1	3	3	—	—	4	2	—	1	1	—	—	29
I	5	3	2	2	2	1	3	2	1	1	2	2	—	1	1	—	1[1]	29
Totaux	42	19	7	4	12	9	18	10	1	1	18	12	3	6	10	5	1	

[1] Leçons facultatives.

---

34. 16. **Règlement pour le collège classique cantonal du canton de Vaud.** (Du 5 novembre 1909.)

Le Conseil d'Etat du canton de Vaud, vu le règlement pour le collège classique cantonal, soumis à son approbation par le département de l'Instruction publique et des Cultes, en exécution de la loi du 25 février 1908,

arrête:

Le règlement pour le collège classique cantonal est approuvé ainsi qu'il suit:

Chapitre premier. — ***Administration.***

Art. 1er. Les autorités chargées de l'administration et de la direction du collège sont: *a.* le Conseil d'Etat; — *b.* le département de l'Instruction publique; — *c.* le directeur; — *d.* la conférence des maîtres; — *e.* les maîtres de classe.

Art. 2. Dans la règle, chaque maître a sa spécialité.

Art. 3. Il y a des maîtres de classe pour les trois classes inférieures; ils enseignent le français, le latin, l'histoire et la géographie.

Ils suivent leurs élèves pendant trois années.

Art. 4. Les art. 85, 91 et 92 de la loi sur l'instruction publique secondaire et les art. 41 et 42 du règlement général fixent tout ce qui est relatif aux places vacantes.

Chapitre II. — ***Elèves.***

Art. 5. Les élèves se divisent en élèves réguliers et externes.

Section Ire. — *Elèves réguliers.* — *Admission.* — *Contributions scolaires.*

Art. 6. Les élèves des deux classes supérieures sont admis à profiter des établissements cantonaux destinés à l'instruction publique, tels que la bibliothèque cantonale (sous certaines réserves), l'école de dessin, la salle d'armes, le manège, conformément aux règlements de ces établissements. Le directeur du collège donne les déclarations nécessaires.

Art. 7. Les élèves réguliers sont ceux qui suivent tous les cours obligatoires de leur classe (Règl. gén., art. 51).

Art. 8. Sur la demande motivée des parents, les élèves peuvent être dispensés par le directeur du collège des leçons de dessin, de chant et de gymnastique.

Une déclaration médicale est exigée.

Art. 9. Pour être admis au cours de raccordement et dans la 6me classe du collège, il faut être âgé de dix ans au moins révolus au 31 décembre de

l'année courante et prouver, par un examen d'entrée, que l'on a les connaissances que fixent les programmes d'admission.

Les élèves présentent au directeur leur acte de naissance, un certificat de vaccination et un certificat scolaire.

Art. 10. L'entrée dans les autres classes est de 11 ans pour la 5me, 12 ans pour la 4me et ainsi de suite.

Art. 11. Un élève peut être admis dans une classe du collège sans avoir suivi les classes qui précèdent, pourvu qu'il remplisse les conditions d'âge imposées aux autres élèves et subisse un examen satisfaisant. Cet examen a lieu en juillet.

Dans le courant de l'année scolaire, un élève peut être admis jusqu'aux vacances du printemps.

Art. 12. Aucun élève n'est inscrit pour une durée inférieure à deux trimestres.

Art. 13. Les élèves réguliers payent une contribution annuelle de 70 francs dans les trois classes supérieures et de 60 francs dans les trois classes inférieures.

Cette somme est payable en trois termes, savoir: la moitié le 1er octobre, le quart le 1er décembre, le dernier quart le 1er mars.

Les élèves admis après la rentrée et avant le 1er novembre payent la contribution totale; ceux qui sont admis du 1er novembre au 31 janvier payent 60 francs dans les trois classes supérieures et 50 francs dans les trois classes inférieures; ceux qui sont admis du 31 janvier aux vacances du printemps payent 45 francs dans les classes supérieures et 40 francs dans les classes inférieures.

De plus, une contribution de 5 francs par élève est perçue en même temps que le premier terme de la contribution scolaire; elle sert à payer les menues dépenses annuelles, telles que encre, natation, bibliothèque, etc. Le surplus alimente le fonds des courses d'études. Le directeur présente à la conférence des maîtres les comptes indiquant l'emploi des sommes perçues.

Art. 14. Pour les élèves étrangers dont les parents ne sont pas soumis à l'impôt mobilier dans le canton, la contribution annuelle est de 100 francs.

Art. 15. La perception de la contribution scolaire se fait au collège par l'entremise du secrétaire de la direction.

Art. 16. Lorsque deux ou plusieurs frères sont élèves réguliers du collège ou d'un autre établissement secondaire cantonal, l'aîné seul paye la totalité de la contribution; les autres n'en payent que la moitié, mais en une seule fois au premier terme.

Art. 17. La contribution du terme commencé est due quel que soit le motif qui force un élève à discontinuer ses études.

Art. 18. Les enfants méritants de parents peu aisés peuvent être dispensés, en tout ou en partie, de la contribution scolaire. Cette dispense est accordée par le Conseil d'Etat sur le préavis du département.

Art. 19. La demande de dispense doit être adressée au début de l'année scolaire par les parents ou le tuteur au directeur du collège; le directeur la transmet, avec préavis, au département avec les renseignements qu'il peut fournir sur l'élève intéressé.

Art. 20. La dispense de la contribution scolaire est accordée pour l'année scolaire; elle n'est continuée qu'ensuite de nouvelles démarches.

Art. 21. L'Etat peut accorder des bourses aux élèves méritants dont les parents en feront la demande, en la justifiant par leur position de fortune.

Art. 22. L'exonération de la moitié de la contribution scolaire due par les élèves dont le ou les frères aînés fréquentent un établissement cantonal d'instruction secondaire, ne peut être accordée aux élèves étrangers que si leurs parents sont soumis à l'impôt cantonal vaudois.

Section II. — *Externes.*

Art. 23. Les élèves externes suivent les cours de leur choix, sous réserve de l'art. 25.

Art. 24. Ils ne sont admis que dans les deux classes supérieures.

Art. 25. Les élèves externes sont tenus de suivre les leçons de latin.

Art. 26. Les élèves externes payent 2 fr. 50 l'heure hebdomadaire par trimestre scolaire, pour un cours de 1 à 3 heures, et 2 francs pour un cours de plus de 3 heures.

Pour les étrangers dont les parents ne sont pas soumis à l'impôt mobilier dans le canton, ces contributions sont doublées.

Le maximum de la contribution d'un externe est de 35 francs par trimestre scolaire pour les élèves suisses et pour les élèves étrangers dont les parents sont soumis à l'impôt mobilier dans le canton, et de 70 francs pour les élèves étrangers dont les parents ne sont pas soumis à cet impôt.

Art. 27. Les élèves admis dans le courant d'un trimestre payent, pour la fin du trimestre, la contribution des externes.

Section III. — *Elèves venant des collèges communaux.*

Art. 28. Lorsque la concordance entre les classes d'un collège communal et les classes correspondantes du collège est complète, les élèves de ce collège communal, mis au bénéfice de leurs examens ou de leur promotion, ont le droit d'entrer au collège au commencement de l'année scolaire.

Art. 29. Des certificats de passage sont délivrés par les directeurs des collèges communaux aux élèves qui doivent continuer leurs études dans une des classes du collège.

Ces certificats sont visés par le département qui les transmet à la direction du collège.

Chapitre III. — **Travail. — Examens. — Promotions. — Concours.**

Art. 30. Les devoirs domestiques doivent être réduits au strict nécessaire. Ils ne devront pas dépasser 10 heures par semaine dans les trois classes inférieures et 15 heures dans les trois classes supérieures.

Les compositions, thèmes, versions et problèmes se feront la plupart en classe.

Art. 31. Les maîtres tiennent un contrôle exact et régulier des notes qu'ils assignent aux élèves; le directeur peut demander que ces notes lui soient communiquées.

Art. 32. La moyenne de ces notes est inscrite par le maître trois fois par an dans un registre spécial.

Chaque note qui figure dans ce registre est établie sur deux interrogations au moins.

Art. 33. Les travaux écrits, corrigés par les maîtres, doivent être en nombre suffisant. Le directeur peut demander, cas échéant, que ce nombre soit augmenté. Les travaux écrits lui sont communiqués.

Art. 34. La promotion est basée dans toutes les classes, sauf la 4me et la 1re, sur le travail seul de l'année.

Art. 35. Trois fois par année, un bulletin indiquant les notes de travail et de conduite des élèves, ainsi que le nombre des absences, est communiqué aux parents.

Art. 36. Un quatrième bulletin contient pour toutes les classes, sauf la 4me et la 1re, la moyenne des notes des trois bulletins trimestriels.

Art. 37. Pour la 4me et la 1re classe, le quatrième bulletin contient les notes fournies par les examens; ces notes comptent pour un quart dans la promotion.

Art. 38. Chaque trimestre, six semaines avant l'expédition du livret scolaire, les parents reçoivent un bulletin d'avertissement dit bulletin jaune, indiquant les moyennes obtenues pour les objets d'études les plus importants. Pendant l'année scolaire, les maîtres inscrivent encore des remarques sur la conduite et le travail des élèves dans un carnet spécial soumis à la signature des parents chaque semaine pour les trois classes inférieures, deux fois par trimestre pour les trois classes supérieures.

Art. 39. Il y a des répétitions dans le cours de l'année.

Art. 40. Les maîtres donnent au directeur tous les renseignements désirables sur les répétitions faites dans le cours de l'année.

Art. 41. Elles doivent être espacées et ne point être accumulées sur la dernière ou les deux dernières semaines du trimestre. Dans la règle, il ne peut y avoir plus de deux répétitions dans une semaine.

Art. 42. Les maîtres peuvent accorder aux notes assignées aux élèves pour ces répétitions une importance plus grande qu'aux notes ordinaires.

Art. 43. Les examens de la 4me et de la 1re classe ont lieu à la fin de l'année scolaire. Ils portent sur le programme des ces classes.

Art. 44. Pour la 4me classe:

a. L'examen de français comprend: une dictée, une rédaction, la lecture de quelques lignes d'un texte. En outre, des questions relatives à l'explication du texte même, à la grammaire, à l'analyse, sont posées aux élèves, conformément aux données du programme du collège.

b. L'examen de latin comprend: un thème écrit, une version écrite; explication orale: 1° d'un texte inconnu des élèves; 2° d'un texte traduit dans l'année.

c. L'examen d'allemand comprend: un travail écrit; explication orale: 1° d'un texte inconnu des élèves; 2° d'un texte traduit dans l'année.

d. L'examen d'arithmétique comprend un travail et une interrogation.

e. Les examens d'histoire, de géographie et de sciences comprennent une interrogation.

f. L'examen de chant comprend l'exécution d'un chant et des questions relatives à la théorie.

g. L'examen d'écriture comprend l'exécution d'une demi-page d'écriture.

h. L'examen de dessin comprend la représentation (croquis) d'un objet.

i. L'examen de gymnastique comprend des exercices d'ensemble et des exercices individuels.

Art. 45. Pour la 1re classe:

a. L'examen de français comprend: une dictée, une composition dont le sujet peut être tiré d'une des pièces lues dans l'année, une interrogation de rhétorique, la lecture de quelques lignes d'un texte. En outre, des questions relatives à l'explication du texte même, à la grammaire, à l'analyse, seront posées aux élèves, conformément aux données du programme du collège.

b. L'examen de latin comprend: un thème, une version, explication orale: 1° d'un texte inconnu des élèves (César, par exemple); 2° d'un texte traduit dans l'année.

c. L'examen de grec comprend: une version; explication orale: 1° d'un texte inconnu des élèves; 2° d'un texte traduit dans l'année.

d. Les examens d'allemand et d'anglais comprennent: un travail écrit; explication orale: 1° d'un texte inconnuu des élèves; 2° d'un texte traduit dans l'année.

e. L'examen de mathématiques comprend un travail écrit et une interrogation.

f. Les examens d'histoire, de géographie et de sciences comprennent une interrogation.

g. L'examen de dessin comprend la représentation (croquis) d'un plâtre.

h. L'examen de gymnastique comprend des exercices d'ensemble et des exercices individuels.

Art. 46. Les thèmes et versions se font sans l'aide d'un dictionnaire.

Art. 47. Les sujets d'épreuves écrites sont présentés par les maîtres au directeur et communiqués par lui à une commission composée de maîtres du collège.

Art. 48. Les examens sont dirigés par le directeur et appréciés par une commissions composée de trois membres, savoir le maître enseignant et deux experts, dont l'un au moins est pris, pour les examens de 1re classe, dans le corps enseignant du gymnase classique. Le directeur peut prendre part aux délibérations des commissions.

Art. 49. Les experts sont nommés par le département sur la présentation du directeur du collège.

Art. 50. L'interrogation est dirigée par la personne qui a donné l'enseignement; les membres de la commission peuvent adresser des questions et participent à la correction et à l'appréciation des travaux écrits.

Art. 51. Pour être promu, l'élève doit avoir obtenu les 0,65 de la somme des notes maximum assignables aux branches obligatoires qu'il a suivies, et, en outre, ne pas avoir de note inférieure à 5 dans plus de deux branches modifiées par un facteur (Règl. gén., art. 72).

Art. 52. Les élèves qui n'ont pas obtenu, comme moyenne de leurs trois derniers bulletins, les $^6/_{10}$ du maximum, ne sont pas admis à subir les examens.

Art. 53. La conférence discute les cas douteux; elle a toute liberté d'appréciation et considère surtout les progrès et moyens de l'élève. Elle peut accorder la promotion conditionnellement. Dans ce cas, elle peut prononcer à la fin du 1er trimestre la réintégration d'un élève jugé incapable dans la classe inférieure à celle où il a été promu.

Art. 54. La conférence des maîtres peut refuser le certificat d'études secondaires aux candidats qui, tout en atteignant les moyennes réglementaires, auraient obtenu des notes jugées tout à fait insuffisantes sur l'une quelconque des branches du programme. Les candidats sont astreints à subir des examens complémentaires après les vacances d'été. Si le résultat des examens complémentaires n'est pas suffisant, la promotion et le diplôme sont refusés.

L'élève qui redouble une classe et qui n'obtient pas au premier bulletin les 0,65 de la somme des notes maximum, n'est pas, dans la règle, autorisé à continuer à fréquenter le collège.

Art. 55. L'externe ne peut suivre dans une classe que les cours pour lesquels il a obtenu dans la classe inférieure la moyenne 0,65 pour l'année.

Art. 56. L'élève de la 4me et de la 1re classe, qu'une maladie dûment constatée a empêché d'assister aux examens de juillet, les subit à la rentrée de septembre. Une déclaration médicale est exigée.

Art. 57. Des cours de répétition à effectif très réduit peuvent être institués pour les élèves faibles de la 4e classe.

Art. 58. Dans toutes les classes, sauf la 4me et la 1re, l'élève qu'une maladie empêche d'assister aux leçons pendant tout ou partie du troisième trimestre, peut être promu sur le vu des notes de l'année dans la classe supérieure. La conférence juge de chaque cas. Si la promotion n'est pas accordée, l'élève est admis, pour l'obtenir, à subir un examen à la rentrée des classes.

Art. 59. La promotion des élèves est proclamée par le directeur.

Art. 60. Les élèves qui ont une moyenne élevée peuvent, pour les enseignements qui disposent de 4 heures par semaine au moins, être dispensés de quelques leçons.

Art. 61. Des sujets de concours sont proposés aux élèves des trois classes supérieures. Les prix maximum sont, suivant les classes, de 20, 25 et 30 francs.

Chapitre IV. — ***Année scolaire. — Leçons. — Vacances.***

Art. 62. L'année scolaire commence dans la règle le premier lundi de septembre, à 2 heures de l'après-midi.

Art 63. La durée de chaque leçon est dans la règle de 50 minutes.

Un repos de 10 minutes, pendant lequel les maîtres surveillent les élèves aux étages et sur le préau, sépare les leçons consécutives.

Art. 64. Avant le commencement de l'année scolaire, le directeur soumet au département un projet de tableau de leçons.

Art. 65. Il n'y a pas de leçons le mercredi et le samedi après midi.

Art. 66. Le département fixe la répartition des vacances au commencement de l'année civile.

Chapitre V. — ***Attributions du directeur, de la conférence et des maîtres.***

Section Ire. — *Directeur.*

Art. 67. Le directeur use envers les maîtres de tous les ménagements propres à conserver la bonne harmonie et à maintenir le respect que leur doivent les élèves.

Il s'abstient soigneusement de leur adresser des observations en présence des élèves.

Art. 68. Le directeur est chargé des objets prévus par l'article 29 du règlement général. Il veille en outre à la conservation des archives.

Art. 69. Le directeur a un secrétaire, que le Conseil d'Etat nomme et dont il fixe le traitement.

Art. 70. Le directeur ne peut interrompre ses fonctions pendant plus de six jours, sans en avertir le département. S'il est forcé de les interrompre pendant plus de six jours, il est tenu de se faire remplacer soit par un membre du corps enseignant, soit par une autre personne agréée par le département. Si l'absence est due à la maladie ou à toute autre cause indépendante de la volonté du directeur, le paiement du remplaçant est à la charge de l'Etat. Dans les autres cas, il est à la charge du titulaire.

Section II. — *Conférence.*

Art. 71. Le directeur et les maîtres réunis forment la conférence du collège classique.

Art. 72. Les maîtres doivent assister aux séances de la conférence.

Art. 73. Le programme annuel des cours est établi par la conférence des maîtres du collège; il est soumis à l'approbation du département.

Art. 74. Une commission, nommée tous les deux ans par la conférence des maîtres, étudie les questions qui sont soumises à la conférence et tire des revues ou livres que reçoit le collège ce qui mérite d'être signalé et discuté. Le directeur fait partie de cette commission.

Art. 75. Le maître nommé en dernier lieu remplit les fonctions de secrétaire de la conférence des maîtres.

Section III. — *Maîtres.*

Art. 76. Aucun pensum ou travail extraordinaire ne doit être imposé aux élèves à titre de punition. Toutefois, les devoirs à refaire pour mauvaise écriture ou négligence ne sont pas considérés comme pensums.

Des devoirs supplémentaires peuvent être imposés aux élèves frappés de la peine de la retenue ou de l'exclusion temporaire.

Art. 77. Les maîtres reçoivent au collège une fois par semaine, aux heures fixées par le tableau de leçons.

Art. 78. Le maître cherchera à obtenir des élèves obéissance et respect par tous les moyens qui sont en son pouvoir, avant de recourir à l'autorité du directeur.

Chapitre VI. — **Discipline.** — **Fête des études.**

Art. 79. Les élèves sont tenus de fréquenter régulièrement et durant toute l'année les leçons de leur classe.

Art. 80. Les maîtres contrôlent exactement les absences sur un formulaire remis chaque jour au directeur.

Art. 81. Toute absence doit être justifiée par une excuse écrite adressée à temps au directeur, qui apprécie le motif invoqué.

Les demandes de congé doivent être adressées d'avance au directeur.

Art. 82. Si l'absence se prolonge au-delà de deux jours, le directeur est immédiatement avisé.

Art. 83. Immédiatement avant ou après les vacances, il n'est accordé de congé que dans des cas exceptionnels. Tout départ anticipé et toute rentrée tardive sont sévèrement punis.

Art. 84. Les parents ou leurs représentants sont tenus de donner connaissance au directeur de tout cas de maladie contagieuse survenue dans la maison qu'ils habitent.

Art. 85. La peine des arrêts sera infligée à tout élève qui fera une absence non excusée ou sans motif valable; s'il y a récidive, la peine de l'exclusion temporaire et même définitive peut être prononcée.

Art. 86. Il est défendu aux élèves de fréquenter les établissements publics, à moins qu'ils ne soient accompagnés de leurs parents, tuteurs ou maîtres de pension.

Art. 87. Les élèves réguliers ou externes du collège sont tenus de porter la casquette d'uniforme. Pendant l'été ils peuvent être autorisés à porter un chapeau de paille avec marque distinctive.

Art. 88. Les punitions que peuvent encourir les élèves sont: 1° de mauvaises notes; — 2° une place à part; — 3° des arrêts au collège: ils sont infligés aux élèves paresseux ou indisciplinés; ils sont sous la surveillance d'un maître; — 4° l'expulsion d'une leçon; — 5° la dénonciation au directeur, qui adresse à l'élève une censure en particulier ou devant ses camarades; — 6° un avis donné aux parents; — 7° la comparution devant la conférence; — 8° l'expulsion temporaire ou suspension avec arrêts domestiques; — 9° l'expulsion définitive du collège.

Art. 89. Chaque classe a trois moniteurs; deux sont nommés par la classe et un par la conférence des maîtres au commencement de chaque trimestre.

Art. 90. Les autres points de discipline seront l'objet d'une réglementation ultérieure, qui sera soumise à l'approbation du département.

Art. 91. Les élèves des trois classes inférieures qui n'ont pas su leurs devoirs sont tenus de les rapprendre pour la leçon suivante; sinon, les arrêts peuvent leur être infligés. Il y a pour chacune de ces classes un registre des devoirs arriérés.

Art. 92. L'expulsion d'une leçon est prononcée par le maître, qui en donne connaissance au directeur immédiatement après la leçon. Les maîtres doivent recourir à cette punition le plus rarement possible.

Art. 93. Les élèves du collège ont chaque année, avec ceux du collège scientifique, une fête des études dont l'époque et la nature sont déterminées par le département.

Art. 94. Le collège a une caisse d'épargne et une mutualité scolaire de retraite.

Chapitre VII. — **Concierge.**

Art. 95. Le collège a un concierge nommé par le Conseil d'Etat.

Il est sous les ordres immédiats du directeur.

Art. 96. Le concierge éclaire et chauffe les salles du collège, le cabinet du directeur et la salle des maîtres; il y maintient la propreté ainsi que dans les corridors et les dépendances de l'établissement.

Art. 97. Il sonne le timbre aux heures qui lui sont fixées.

Art. 98. Le concierge surveille les élèves dans leurs moments de récréation; il les empêche de se livrer à des jeux et à des exercices dangereux.

Art. 99. Il veille à l'exécution du règlement spécial de discipline du collège et signale au directeur les élèves qui contreviennent à ce règlement.

Art. 100. Il lui signale aussi les dégâts faits au bâtiment du collège et au mobilier.

Art. 101. Il veille à la conservation de tous les objets qui appartiennent à l'établissement. Il en est responsable lorsque le collège est fermé.

Art. 102. Pour tout ce qui concerne le collège, le concierge remplit les fonctions d'huissier du directeur et de la conférence.

Art. 103. Le concierge est tenu d'exercer lui-même ses fonctions ou de les faire remplir par un remplaçant temporaire agréé par le directeur.

Art. 104. Le présent règlement sera exécutoire dès le 1er décembre 1909.

---

35. 17. **Règlement pour les écoles normales du canton de Vaud.** (Du 16 juillet 1909.)

Art. 1er. Les écoles normales préparent les élèves qui se destinent à l'enseignement dans les écoles primaires du canton de Vaud. (Loi, art. 62.)

Art. 2. Les écoles normales comprennent : 1° une école normale d'instituteurs; — 2° une école normale d'institutrices, composée de trois sections : *a.* une section pour les institutrices primaires; *b.* une section pour les maîtresses d'écoles enfantines; *c.* une section pour les maîtresses de travaux à l'aiguille; — 3° une école d'application. (Loi, art. 63.)

Art. 3. Les objets d'études des écoles normales sont ceux fixés par le règlement général (art. 11), savoir :

A. *Ecole normale des instituteurs :*

1° La pédagogie; — 2° la langue et la littérature françaises; — 3° l'arithmétique et la comptabilité; — 4° les éléments d'algèbre et de géométrie avec exercices pratiques d'arpentage; — 5° la géographie; — 6° la cosmographie; — 7° l'histoire; — 8° l'instruction civique; — 9° la langue allemande; — 10° la physique générale; — 11° les éléments de la chimie et des sciences naturelles; — 12° l'hygiène; — 13° la calligraphie; — 14° la musique vocale et la musique instrumentale; — 15° le dessin; — 16° les travaux manuels; — 17° les notions élémentaires d'agriculture; — 18° la gymnastique.

B. *Ecole normale des institutrices:*

1° La pédagogie; — 2° la langue et la littérature françaises; — 3° l'arithmétique et la comptabilité; — 4° les éléments de la géométrie; — 5° la géographie; — 6° la cosmographie; — 7° l'histoire; — 8° l'instruction civique; — 9° la langue allemande; — 10° les éléments des sciences physiques et naturelles; — 11° l'hygiène; — 12° la calligraphie; — 13° la musique vocale et la musique instrumentale; — 14° le dessin; — 15° les travaux à l'aiguille; — 16° l'économie domestique; — 17° la gymnastique.

L'enseignement de la langue allemande et celui de la musique instrumentale sont facultatifs.

Art. 4. Il est en outre donné, aux écoles normales, un enseignement religieux facultatif conforme aux principes du christianisme. (Règlement général, art. 12.)

Art. 5. Un programme spécial fixe les matières d'enseignement pour chacun des objets d'études, ainsi que le nombre d'heures à y consacrer par semaine.

Chapitre II. — **Conférence.**

Art. 6. Le directeur, les maîtres et les maîtresses réunis forment la conférence des écoles normales. Le directeur préside la conférence. Il la réunit chaque

fois qu'il le juge nécessaire et au moins quatre fois par an. Il est tenu de la convoquer dans la quinzaine, sur la demande motivée d'un ou de plusieurs membres du personnel enseignant. Les maîtres et les maîtresses sont tenus d'assister aux séances de la conférence.

Art. 7. Les attributions de la conférence sont les suivantes :

a. elle étudie les questions qui intéressent l'établissement, les programmes, les méthodes, les manuels, les courses scolaires, etc. ;

b. elle fixe, pour chaque bulletin, le chiffre de conduite des élèves ;

c. elle décide de la promotion des élèves, sauf recours au département ;

d. elle examine les questions de discipline qui lui sont soumises par le directeur.

Art. 8. Les questions à l'étude peuvent être renvoyées à des commissions désignées par la conférence ou par le directeur. Ce dernier en fait partie de droit.

Art. 9. Au commencement de chaque année, la conférence désigne parmi ses membres son vice-président et son secrétaire. Ce dernier tient le procès-verbal des séances.

Chapitre III. — Directeur.

Art. 10. Les écoles normales ont à leur tête un directeur chargé de l'administration générale et de la surveillance de l'enseignement.

Art. 11. Le directeur surveille la marche des études, la distribution et l'emploi du temps. Il visite chaque classe le plus souvent possible. Il s'assure que le règlement est observé par les maîtres et les maîtresses et par les élèves. Il intervient dans les questions de discipline toutes les fois que cela est nécessaire. (Règlement général, art. 27.)

Art. 12. Tout en cherchant à donner à l'enseignement l'unité désirable, soit dans les méthodes, soit dans les moyens de discipline, le directeur laisse au personnel enseignant toute la latitude compatible avec le bien de l'établissement. (Règlement général, art. 28.)

Art. 13. Le directeur est chargé :

a. de l'inscription dans un registre matricule des noms des élèves ;

b. de l'inscription des élèves par classe, dans un registre servant à constater les absences et les congés ;

c. de l'inscription dans un registre spécial des absences des maîtres, avec les motifs donnés ;

d. de l'inscription dans un registre spécial des notes des élèves pour le travail et la conduite et de l'expédition des bulletins aux parents ;

e. de l'organisation et de la direction des courses scolaires, avec l'aide du personnel enseignant de l'établissement ;

f. de la surveillance du matériel et des locaux ;

g. de la rédaction du rapport annuel prévu à l'art. 84 du règlement général ;

h. de l'établissement des tableaux de leçons et d'examens ;

i. de l'acquisition du matériel d'enseignement ;

j. des propositions à faire en vue de la fixation des bourses d'études et de la distribution de celles-ci.

Art. 14. Le directeur a un secrétaire que le Conseil d'Etat nomme et dont il fixe le traitement.

Chapitre IV. — Corps enseignant.

Art. 15. Les maîtres et les maîtresses concourent avec le directeur à la bonne marche de l'établissement.

Art. 16. Ils inscrivent les notes de conduite et de travail des élèves et contrôlent exactement les absences inscrites par le surveillant.

Art. 17. La maîtresse surveillante est chargée de la surveillance des trois sections de l'école normale des jeunes filles. Elle seconde le directeur et le

remplace dans cette division de l'école pour tout ce qui concerne l'ordre, la discipline, l'administration, etc.

Elle assiste autant que possible aux diverses leçons qui se donnent dans sa division.

Elle communique immédiatement au directeur tout ce qui mérite d'être signalé dans la conduite des élèves et en général tout ce qui intéresse l'établissement.

Art. 18. Sauf cas de force majeure, un maître ou une maîtresse ne peut manquer une leçon sans en avoir préalablement obtenu l'autorisation du directeur. Les absences des maîtres et des maîtresses sont inscrites dans un registre spécial. Ce registre est soumis chaque année au département et visé par lui.

Art. 19. Le directeur peut accorder à un maître ou à une maîtresse un congé de trois jours au maximum. Pour un congé de plus longue durée, le département statue sur le préavis du directeur.

Chapitre V. — A. Admissions.

Art. 20. L'âge minimum d'admission dans la classe inférieure de l'école normale d'instituteurs est de 16 ans révolus au 31 décembre, et d'un an de plus pour chacune des classes suivantes.

Le département de l'Instruction publique peut accorder des dispenses d'âge aux élèves ayant terminé leur instruction primaire dans les communes qui libèrent de l'école à 15 ans. (Loi, art. 66.)

Art. 21. L'âge d'admission dans la classe inférieure de l'école normale d'institutrices est de 16 ans au moins révolus au 31 décembre et d'un an de plus pour chacune des classes suivantes. (Loi. art. 68.)

Art. 22. L'admission des élèves a lieu une fois par an, au printemps. Le jour des examens est annoncé au moins un mois à l'avance dans la *Feuille des Avis officiels*.

Art. 23. Les candidats doivent s'annoncer au directeur au moins dix jours avant la date des examens et joindre à leur demande d'inscription :

a. un acte de naissance ; les étrangers au canton y joindront leur acte d'origine ;

b. un certificat de vaccination ;

c. un témoignage de bonnes mœurs délivré par la municipalité du domicile ;

d. une déclaration signée par eux portant l'engagement de desservir, pendant trois ans au moins, une école publique dans le canton, depuis l'obtention du brevet de capacité.

Art. 24. Une commission, présidée par le directeur et composée du corps enseignant, auquel le département peut adjoindre des experts pris en dehors de l'école, procède aux examens d'admission. Ces examens portent sur la langue française, l'arithmétique, la géographie, l'histoire et le chant. L'épreuve de chant est éliminatoire.

Le plan d'études des écoles primaires du canton de Vaud sert de base à ces divers examens.

Art. 25. Les candidats sont en outre soumis à un examen médical devant une commission sanitaire nommée par le département de l'Instruction publique. Cette commission, qui procède suivant un règlement adopté par le Conseil d'Etat, est composée de deux médecins et du directeur des écoles normales ; la maîtresse surveillante assiste à l'examen médical des jeunes filles avec voix consultative.

Art. 26. Sur le préavis de la direction, le département de l'Instruction publique statue sur l'admission des élèves.

Art. 27. Les élèves des collèges classiques et scientifiques en possession d'un certificat d'études secondaires peuvent, sous réserve de l'épreuve de chant et de l'examen sanitaire (art. 24 et 25), entrer de droit dans la quatrième classe de l'école normale des instituteurs.

Art. 28. Les candidats qui, au cours de l'année, demandent à entrer directement dans une classe supérieure peuvent, si la place le permet, être admis à titre d'élèves externes, tout à fait exceptionnellement, pendant un trimestre ; au bout de ce temps, ils deviennent élèves réguliers si leurs notes sont suffisantes. Ils sont du reste soumis aux formalités indiquées à l'art. 25.

Art. 29. Si les circonstances le permettent, des auditeurs peuvent être admis moyennant paiement d'une contribution scolaire de fr. 5.— et, si le séjour à l'école se prolonge, d'une contribution à fixer dans chaque cas particulier.

B. Bourses.

Art. 30. Des bourses et des subsides peuvent être accordés par l'Etat aux élèves méritants qui en font la demande, lorsque la position de fortune des parents justifie cette mesure.

Art. 31. Les candidats qui désirent, en cas d'admission, être mis au bénéfice des bourses accordées par l'Etat doivent en faire la demande par écrit dans leur lettre d'admission.

La bourse d'études est fixée au commencement de chaque année scolaire.

Le remboursement partiel ou intégral de la moitié des subsides reçus est exigé des élèves qui ne rempliraient pas l'engagement prévu à l'art. 23. Il pourra ne pas être exigé des élèves qui quittent l'école pour une cause indépendante de leur volonté.

Art. 32. Les élèves externes ne sont pas mis au bénéfice des bourses d'études.

C. Discipline.

Art. 33. Les élèves sont tenus de fréquenter régulièrement les leçons.

Art. 34. Les demandes de congé doivent être adressées d'avance au directeur ou à la maîtresse surveillante.

Art. 35. Si l'absence est causée par la maladie, l'élève présentera une excuse à son retour en classe. Si la maladie se prolonge au-delà de trois jours, le directeur doit en être avisé par une lettre des parents ou des maîtres de pension, ou par une déclaration médicale. Les parents ou leurs représentants doivent, en particulier, se conformer à l'arrêté du Conseil d'Etat, du 6 mars 1908, concernant l'hygiène dans les écoles publiques et dans les écoles privées.

Art. 36. Toute absence non justifiée ainsi que des arrivées tardives répétées entraînent la diminution de la note de conduite et, cas échéant, de la bourse accordée par l'Etat. Les absences répétées et sans motifs valables entraînent le renvoi de l'établissement.

Le directeur peut accorder un congé d'une semaine au plus. Pour un congé plus long le département prononce.

Art. 37. Les élèves doivent se présenter à l'école dans une tenue convenable et se conduire décemment tant à l'intérieur du bâtiment qu'au dehors.

Art. 38. Il leur est interdit de constituer entre eux des sociétés, ainsi que de faire partie de sociétés étrangères à l'école, sans l'autorisation du département.

Art. 39. Il peut être infligé aux élèves les punitions suivantes :

1° une réprimande ;
2° une mauvaise note dont il est tenu compte dans la fixation de la note de conduite ;
3° une diminution de la bourse d'études accordée par l'Etat ;
4° l'exclusion des leçons pendant huit jours, cette pénalité étant infligée par le directeur ;
5° la suspension des cours pendant trois mois, prononcée par la conférence des maîtres ;
6° la suspension des cours pendant une durée plus longue et l'exclusion définitive prononcées par le département de l'Instruction publique.

Art. 40. Un règlement de discipline intérieure renferme les dispositions relatives à l'ordre et à la propreté dans le bâtiment et ses abords.

D. Travail et promotion.

Art. 41. L'année scolaire commence en avril. La répartition des vacances est fixée par le département, sur proposition de la direction.

Art. 42. Le travail des élèves est apprécié par les maîtres et les maîtresses sous le contrôle du directeur.

Art. 43. Le maître inscrit dans un carnet spécial toutes les notes qu'il donne aux élèves ; le directeur peut demander que ce carnet lui soit communiqué.

Art. 44. La moyenne de ces notes est inscrite trois fois par an dans un registre spécial. Chacune des notes qui figure dans ce registre est établie sur une moyenne de deux notes au moins.

Art. 45. Trois fois par an, il est adressé aux parents un bulletin indiquant les notes de travail et de conduite des élèves, ainsi que le nombre des absences. Le dernier bulletin donne le résumé du travail de l'année, soit la note moyenne générale, ainsi que celle des branches essentielles.

Art. 46. La note de conduite entre en ligne de compte dans le calcul de la moyenne annuelle.

Art. 47. La promotion est déterminée par le travail de l'année seul, pour lequel l'élève doit obtenir au moins 7 comme note moyenne de toutes les branches ; ce minimum est aussi exigé pour la pédagogie, le français, l'arithmétique.

Art. 48. Il y a tous les trois mois au moins une revision générale des matières enseignées durant cette période.

Pour chaque bulletin et pour chaque branche comportant un enseignement oral, les élèves ont à faire en classe au moins un travail écrit sur une ou plusieurs des questions traitées durant la même période.

Ces travaux sont corrigés par le maître, ils portent en chiffre son appréciation et sont remis à la direction.

Ces travaux se feront lorsque le maître sera arrivé à la fin d'un chapitre important ou d'une série de chapitres connexes.

E. Concours.

Art. 49. Dans le but d'encourager les élèves de l'école normale des instituteurs à des travaux individuels se rattachant aux études qui leur sont imposées, il leur est proposé chaque année un certain nombre de sujets à traiter, choisis parmi les différentes branches d'enseignement, sans cependant faire partie intégrante des cours ordinaires.

Art. 50. Les sujets sont divisés en deux séries :

a. ceux qui sont proposés aux élèves des deux premières classes (1re et 2e classes) ;

b. ceux qui sont offerts aux élèves des deux dernières classes (3e et 4e classes).

Art. 51. La série à laquelle se rattache un élève est fixée par la classe à laquelle il appartient lorsque les sujets sont proposés.

Toutefois, les élèves de deuxième série pourront, moyennant autorisation de la direction, traiter des sujets de première série et obtenir les prix et accessits qui y sont affectés.

Art. 52. Il y a des concours écrits et des concours oraux.

S'il s'agit d'un concours écrit, l'auteur devra indiquer les sources consultées et subir un examen oral sur le sujet du concours.

Art. 53. Les travaux devront être remis au directeur le 1er octobre au plus tard.

Art. 54. Chaque travail sera examiné par une commission de trois membres, composée de deux maîtres de l'école et d'un expert étranger à l'établissement, désigné par le département ; cette commission est présidée par le maître enseignant la branche à laquelle se rapporte le concours.

Art. 55. Après avoir pris connaissance des pièces écrites, chaque commission convoque les candidats, pour leur faire subir un examen et leur demander les explications nécessaires.

Art. 56. Séance tenante, la commission décide, dans les limites fixées à l'article 60, la récompense proposée pour chaque candidat.

Art. 57. Le président de chaque commission transmet au directeur, dans la huitaine, un rapport écrit et signé de chacun de ses membres.

Art. 58. Les rapports des commissions sont ensuite transmis au département de l'Instruction publique.

Art. 59. Après le prononcé du département, le directeur, dans une séance spéciale, à laquelle sont convoqués tous les élèves et les membres du corps enseignant, donne connaissance des décisions du département.

Art. 60. Les récompenses accordées aux candidats consistent soit en prix, soit en accessits.

Pour la 1re série, les prix seront fixés dans les limites de 35 à 50 fr. et les accessits dans les limites de 20 à 35 fr.

Pour la 2e série, les prix seront fixés dans les limites de 25 à 40 fr. et les accessits dans les limites de 10 à 25 fr.

F. Brevet pour l'enseignement primaire.

Art. 61. Au printemps et en automne de chaque année, un jury désigné par le département de l'Instructien publique examine les aspirants au brevet de capacité.

Toutefois ne peuvent se présenter aux examens d'automne que les aspirants appelés à subir des examens complémentaires.

Art. 62. Le directeur fait partie de droit du jury, qu'il préside en l'absence du chef du département. Les maîtres et maîtresses des écoles normales sont adjoints au jury avec voix délibérative, chacun pour les examens qui le concernent. Le secrétaire de la direction fonctionne comme secrétaire du jury d'examen.

Art. 63. Le département de l'Instruction publique fixe la date des examens d'après les propositions du directeur des écoles normales. Cette date est annoncée par la *Feuille des Avis officiels*, au moins un mois à l'avance.

Art. 64. Chaque maître remet à l'avance à la direction un certain nombre de propositions en vue des examens écrits. Le jury reste libre d'ailleurs de choisir d'autres sujets dans les limites du programme.

Art. 65. Les aspirants non élèves des écoles normales doivent s'annoncer par écrit au département de l'Instruction publique au moins dix jours à l'avance et joindre à leur demande les pièces exigées pour l'admission aux écoles normales (Art. 23), ainsi que des certificats relatifs à leurs études antérieures.

Art. 66. L'âge requis pour être admis aux examens est de 20 ans révolus au 31 décembre pour les aspirants à l'examen final et de 19 ans pour les aspirants à l'examen préliminaire.

Il est d'un an de moins pour les aspirantes.

Art. 67. L'examen des aspirants et des aspirantes au brevet de capacité comprend deux séries distinctes : un examen préliminaire qui a lieu à la fin de la 3e (2e) année d'études et un examen final (aptitude pédagogique) placé à la fin de la dernière année d'études.

Art. 68. Ne sont pas admis à l'examen préliminaire :

1° Les élèves réguliers qui n'ont pas obtenu les moyennes de promotion prévues à l'art. 47 ;

2° les candidats qui ne justifieraient pas d'études équivalentes à celles des élèves réguliers de l'école.

Art. 69. Ne sont pas admis à l'examen final :

1° Les candidats qui, durant trois ans, n'ont pas échangé le brevet provisoire contre le brevet définitif;
2° les candidats sur lesquels le département recevrait des renseignements défavorables sous le rapport de la moralité.

Art. 70. Les aspirants et aspirantes au brevet sont soumis à l'examen médical prévu à l'art. 25 du présent règlement.

Art. 71. La note moyenne de l'année détermine la promotion et l'admission à l'examen préliminaire. Cette moyenne doit être de 7 pour l'ensemble des branches et de 7 pour la pédagogie, le français, l'arithmétique.

Art. 72. L'examen préliminaire porte sur les branches suivantes, dont la répartition pourra, cas échéant, être modifiée, avec l'autorisation du département: langue française; grammaire et analyse, orthographie; — mathématiques: arithmétique, géométrie et comptabilité; — géographie: Suisse et continents: — sciences physiques et naturelles; — histoire: (aspirants) histoire universelle et histoire de la Suisse jusqu'à la Révolution française; (aspirantes) histoire universelle; — langue allemande: matière prévue dans les trois premières années du programme; — calligraphie; — histoire biblique.

Art. 73. Les élèves qui ne passent pas avec succès l'examen préliminaire ne sont pas promus en 1re classe.

Toutefois, si le candidat n'a échoué que sur une seule branche, il est admis en dernière année d'études, mais il devra passer avec succès un examen sur la branche échouée à la session d'automne.

Art. 74. L'examen final (aptitude pédagogique) embrasse essentiellement les matières de la dernière année d'études et porte sur les branches suivantes: pédagogie théorique et pratique; — langue française: lecture, récitation, littérature, composition; — langue allemande; — mathématiques: algèbre et géométrie appliquée; — géographie physique; — cosmographie; — sciences naturelles appliquées à l'agriculture, à l'horticulture et à l'hygiène; économie domestique; — histoire contemporaine (aspirants); — histoire de la Suisse (aspirantes); — instruction civique; — chant et musique instrumentale; — dessin, travaux manuels et travaux à l'aiguille; — gymnastique.

Art. 75. Il y a des épreuves écrites et des épreuves orales.

Les épreuves écrites portent sur la pédagogie théorique, l'orthographe, la composition, l'arithmétique, l'algèbre, la comptabilité, la langue allemande, l'écriture et le dessin.

Les épreuves orales portent sur la pédagogie pratique, la grammaire et l'analyse, la lecture et la récitation, la littérature, la langue allemande, l'arithmétique et l'algèbre, la géométrie, la géographie, la cosmographie, l'histoire, l'instruction civique, les sciences physiques et naturelles, l'hygiène, l'économie domestique, le chant, l'histoire biblique.

Il y a, en outre, un examen de travaux manuels, de travaux à l'aiguille, de musique instrumentale et de gymnastique et une exposition de tous les dessins et travaux manuels exécutés au cours des études.

Art. 76. Les examens oraux seuls sont publics. Les examens écrits sont surveillés par les maîtres et les membres du jury.

Dans les examens oraux, la présence de deux experts au moins, outre le maître enseignant, est nécessaire. Les experts peuvent adresser des questions.

Art. 77. Le jury apprécie les résultats de l'examen séance tenante. L'échelle d'appréciation, qui est la même pour toutes les branches, va de 0 (qui signifie très mal) à 10 (qui signifie très bien).

Art. 78. Pour l'obtention du brevet, la note 7 est exigée pour la pédagogie, la langue française, les mathématiques et la pratique des travaux à l'aiguille, et la note 6 pour les autres branches.

Art. 79. L'aspirant qui n'obtient pas le brevet de capacité reçoit un brevet provisoire, lorsque ses examens sont appréciés, pour les trois quarts au moins

des branches, par le chiffre 6 et que la totalité des notes atteint les six dixièmes du maximum.

Art. 80. Le porteur du brevet provisoire demeure, pendant trois ans, au bénéfice de ceux de ses examens pour lesquels il a obtenu la note suffisante. Toutefois, il ne peut se présenter à nouveau plus de trois fois pour la même branche.

Chapitre VI. — *Section des maîtresses d'écoles enfantines et section des maîtresses de travaux à l'aiguille.*

Art. 81. Des cours spéciaux sont donnés en vue de préparer à la carrière pédagogique les jeunes filles qui désirent se vouer : 1° à la direction des écoles enfantines ; — 2° à l'enseignement des travaux à l'aiguille.

Art. 82. Ces cours forment une section de l'école normale ; ils sont placés sous la surveillance du directeur de cet établissement.

Art. 83. La section des maîtresses d'écoles enfantines et celle des maîtresses de travaux à l'aiguille comprennent une classe chacune. La durée des études y est d'une année.

Art. 84. Les cours sont organisés de façon à ce que les jeunes filles qui les suivent puissent se préparer simultanément, si elles le désirent, à l'obtention des deux brevets spéciaux mentionnés à l'art. 39, lettres *c* et *d*, de la loi sur l'instruction publique primaire.

Art. 85. Sont admises dans ces deux sections, les jeunes filles âgées de 17 ans révolus au 31 décembre, qui prouvent par un examen qu'elles possèdent une bonne instruction primaire.

L'examen d'admission porte sur les branches suivantes :

Orthographe, composition, lecture, grammaire, arithmétique, connaissances générales en histoire et géographie. Les jeunes filles qui désirent se vouer à la direction des écoles enfantines, devront en outre subir un examen de chant, qui est éliminatoire, et celles qui désirent suivre les cours de travaux à l'aiguille un examen de couture. Les candidates sont astreintes à l'examen médical prévu par l'art. 25 du présent règlement.

Art. 86. En vue de faciliter les études aux élèves peu fortunées, des bourses peuvent être accordées par l'Etat dans les mêmes conditions qu'aux autres élèves de l'école normale.

Art. 87. Les dispositions du présent règlement relatives à la discipline, à l'envoi des bulletins et à la conférence des maîtres sont applicables également à ces deux sections de l'école.

Art. 83. L'année scolaire commence en avril.

Un avis concernant l'admission paraîtra, au moins un mois à l'avance, dans la *Feuille des Avis officiels.*

Art. 89. Les candidats doivent s'annoncer par écrit au directeur dans le délai fixé et joindre à leur demande :

a. un acte de naissance et, pour les personnes étrangères au canton, un acte d'origine ;

b. un témoignage de bonnes mœurs délivré par la municipalité du domicile ;

c. un certificat de vaccination ;

d. une déclaration portant l'engagement de desservir, pendant trois ans au moins, une classe de travaux à l'aiguille ou une école enfantine dans le canton, après l'obtention de leur diplôme.

Art. 90. Le jury chargé d'apprécier les examens des maîtresses de travaux à l'aiguille et des maîtresses d'écoles enfantines se compose d'experts désignés par le département et du directeur des écoles normales.

Dispositions spéciales à la section des maîtresses d'écoles enfantines.

Art. 91. L'enseignement donné aux élèves-maîtresses d'écoles enfantines est à la fois théorique et pratique.

Art. 92. L'enseignement théorique est destiné à compléter la culture générale des élèves, il comprend : la langue française ; — les éléments des sciences naturelles et de l'hygiène ; — les éléments de la géométrie ; — le dessin ; — le chant ; — la gymnastique ; — les travaux manuels.

Les exercices pratiques se font dans la classe enfantine annexée à l'école normale.

Art. 93. L'examen en vue de l'obtention du brevet de capacité pour l'enseignement dans les écoles enfantines porte sur l'ensemble des branches du programme et comporte les épreuves suivantes :

1° Epreuves écrites : une composition française (appréciée aussi au point de vue de l'orthographe ; — une composition sur un sujet de pédagogie générale.

2° Epreuves orales : lecture ; — pédagogie ; — géométrie ; — sciences naturelles et hygiène ; — chant ; — dessin.

3° Epreuves pratiques : une leçon aux élèves de la classe d'application ; — travaux manuels.

Art. 94. Pour l'obtention du brevet de capacité, il est exigé une moyenne de 7 pour la pédagogie, 7 pour le français, 6 pour le chant (pratique) ainsi qu'une moyenne générale de 7 sur l'ensemble des branches.

Art. 95. Les aspirantes qui n'ont pas obtenu la note exigée pour la pédagogie le français ou le chant et ont cependant une moyenne générale de 7 sur l'ensemble des branches, peuvent se présenter de nouveau l'année suivante devant la commission d'examen.

Dispositions spéciales à la section des maîtresses de travaux à l'aiguille.

Art. 96. L'enseignement donné aux élèves-maîtresses de travaux à l'aiguille comprend : le tricot ; — la couture ; — le raccommodage ; — la coupe et la confection.

Il comporte en outre les principes élémentaires de la pédagogie et de la géométrie, l'économie domestique et l'hygiène.

Les exercices pratiques se font dans l'école d'application annexée aux écoles normales.

Art. 97. L'examen en obtention du brevet de capacité pour l'enseignement des travaux à l'aiguille porte sur l'ensemble du programme. Il comprend : une épreuve orale et une épreuve pratique sur la coupe et la confection ; — une leçon aux élèves de l'école d'application ; — une épreuve orale de géométrie ; — une épreuve orale d'économie domestique et d'hygiène.

La note 7 est exigée pour l'épreuve pratique de coupe et confection, ainsi que pour l'ensemble des branches.

Art. 98. Le présent règlement entre immédiatement en vigueur.

Donné, sous le sceau du Conseil d'Etat, à Lausanne, le 16 juillet 1909.

---

36. 18. **Programme de l'enseignement de l'école cantonale d'agriculture à Lausanne, durant l'hiver de 1909—1910.**

Cet enseignement est de deux semestres. Il est approprié aux jeunes gens de la campagne et porte sur toutes les branches dont la connaissance est utile à l'agriculteur.

Les cours sont gratuits pour les élèves suisses réguliers. Les étrangers peuvent y être admis.

Les cours commenceront le lundi 1er novembre 1909, à deux heures après midi, et finiront le 25 mars 1910.

Le programme est le suivant:

Premier semestre.

1. Agriculture. *a.* Connaissance des terrains: 1 heure par semaine; *b.* labours, défoncements, défrichements, drainage et irrigations: 2 h. par semaine; *c.* agri-

culture suisse: 1 h. par semaine; — 2. botanique agricole: 3 h.; — 3. chimie agricole: 3 h.; — 4. comptabilité agricole: 2 h.; — 5. Dessin: 2 h.; — 6. géologie agricole: 2 h.; — 7. géométrie et toisé: 2 h.; — 8. législation rurale: 1 h.; — 9. mécanique élémentaire: 2 h.; — 10. physique: 1 h.; — 11. sylviculture: 1 h.; — 12. zoologie agricole: 2 h.; — 13. zootechnie générale. Extérieur des animaux: 4 h.; — 14. instruction civique: 1 h.; — 15. gymnastique: 1 h.

Second semestre.

1. Agriculture, cultures: 4 h. par semaine; — 2. économie rurale: 3 h.; — 3. apiculture (novembre et décembre): 2 h.; — 4. arboriculture: 2 h.; — 5. arpentage: 2 h.; — 6. maladies et parasites des plantes cultivées: 2 h.; — 7. chimie agricole et technologique (industries agricoles): 4 h.; laboratoire de chimie: 1 après-midi par semaine; — 8. constructions rurales: 1 h.; — 9. horticulture: 2 h.; — 10. cours spécial sur les fonctions des inspecteurs du bétail: 2 h.; — 11. industrie laitière: 2 h.; — 12. législation rurale: 1 h.; — 13. machines agricoles: 2 h.; — 14. sylviculture: 1 h.; — 15. viticulture (janvier et mars): 2 h.; — 16. zoologie agricole et essais de pisciculture: 2 h.; — 17. zootechnie spéciale: 3 h.; — 18. instruction civique: 1 h.; — 19. gymnastique: 1 h.

Les élèves réguliers sont réunis, en dehors des heures de leçons mentionnées ci-dessus, pour divers travaux tels que exercices pratiques de chimie agricole, de connaissance des semences et de leurs falsifications, appréciation des matières agricoles, lait, engrais, fourrages concentrés, etc.

En outre, travaux d'atelier: charronnage et vannerie; dessins de plans et visites de domaines, si le temps le permet.

Les livres de la bibliothèque de l'institut agricole sont prêtés gratuitement aux élèves.

Les jeunes gens qui désirent suivre les cours en qualité d'élèves ou d'auditeurs, doivent être âgés de seize ans au moins dans l'année. Ils se feront inscrire avant le 30 octobre au bureau de l'école, au Champ-de-l'Air, en envoyant leur acte de naissance, leur certificat de vaccination et leur carnet scolaire, ou un certifiat d'études. Les étrangers doivent avoir une connaissance suffisante de la langue française.

Le Conseil d'Etat peut accorder des subsides aux élèves peu fortunés pour lesquels le séjour à Lausanne serait trop onéreux. — La demande en sera faite au directeur de l'école avec renseignements à l'appui.

Au moment de l'inscription, les élèves suisses déposent une somme de 5 francs et les élèves étrangers une somme de 10 francs.

Les élèves devront verser chacun, pour l'assurance en cas d'accidents, une somme de 2 fr. 50. Ce versement leur garantit en cas d'accident corporel et professionnel, pendant l'hiver 1909—1910, le paiement d'une somme de:

3000 fr. en cas de décès ou d'invalidité du 1er degré
1500 fr. pour invalidité du 2me „
300 à 750 fr. pour invalidité du 3me „
2 fr. par jour d'incapacité temporaire de travail.

Les personnes qui sont autorisées à suivre comme élèves auditeurs les leçons de l'école sont soumises à la même discipline que les élèves réguliers. Elles paient une inscription de 10 francs et une finance de cours de 5 francs par heure hebdomadaire de leçons.

Les élèves ou auditeurs qui donneraient lieu à des plaintes relativement à leur inconduite, à leur inapplication ou à une fréquentation irrégulière, pourront être renvoyés, par décision du département de l'Instruction publique et des Cultes.

A la fin des cours, les élèves réguliers ont à subir des examens, et il est délivré des certificats à ceux qui ont subi les épreuves d'une manière satisfaisante sur l'ensemble des cours.

Les auditeurs peuvent être admis aux examens des cours qu'ils auront suivis.

Les élèves réguliers suisses de deuxième année qui le désirent peuvent, sur leur demande, être admis à suivre gratuitement, au printemps et en été, les opérations pratiques d'arboriculture au jardin du Champ-de-l'Air.

Le programme des cours sera expédié à toute personne qui en fera la demande franco au directeur de l'école d'agriculture au Champ-de-l'Air.

---

37. 19. **Règlement concernant les Ecoles normales du canton du Valais.** (Du 12 mars 1909.[1])

Le Conseil d'Etat du canton du Valais, en exécution de l'article 122 de la loi scolaire du 1er juin 1907, sur la proposition du département de l'Instruction publique,

arrête:

Chapitre I. — § 1. ***Organisation générale.***

Art. 1er. Les professeurs des écoles normales sont nommés par le Conseil d'Etat, sur la présentation du département de l'Instruction publique.

Art. 2. Le professeur de religion est nommé par le Conseil d'Etat sur une triple candidature faite par l'ordinaire du diocèse.

Art. 3. Les professeurs seront choisis, sur présentation du département de l'Instruction publique, parmi les porteurs d'un brevet supérieurs délivré plus spécialement en vue de l'enseignement à l'Ecole normale.

Le Conseil d'Etat pourra accorder l'autorisation d'enseigner dans les écoles normales aux personnes qui ont fait des études notoirement supérieures à celles prévues à l'alinéa précédent.

Art. 4. Les traitements des professeurs des écoles normales sont fixés par le Conseil d'Etat.

Art. 5. Durant l'année scolaire deux congés, d'une durée de 10 jours chacun, sont accordés aux élèves des écoles normales, à Noël et à Pâques.

Les élèves qui, pour des motifs de „force majeure" (maladie, etc.), ne pourraient profiter de ces congés pour se rendre dans leurs familles, continuent à recevoir le logement et la pension à l'école normale sans autres frais pour eux. Ils demeurent soumis au règlement de l'établissement.

Chapitre II. — § 2. ***Admission aux Ecoles normales.***

Conditions d'admission.

Art. 6. Le département de l'Instruction publique détermine chaque année le nombre des aspirants et des aspirantes qui peuvent être admis aux écoles normales.

Art. 7. En règle générale, les élèves qui suivent les cours des écoles normales sont tenus de prendre logement et pension dans l'établissement.

Les élèves non pensionnaires, qui seraient admis par le département à fréquenter l'école normale demeurent, même en dehors de l'établissement, soumis à la surveillance de la Direction de l'école.

Art. 8. Dans le cas où le nombre des aspirants dépasse celui des places disponibles, ne seront admis que les candidats les mieux notés tant au point de vue de la conduite qu'à celui de l'instruction et des dispositions pédagogiques.

Art. 9. L'examen d'admission à l'Ecole normale est annoncé au moins 40 jours à l'avance par une double publication faite au „Bulletin officiel".

Art. 10. Les aspirants doivent s'inscrire au département de l'Instruction publique au moins quinze jours avant l'examen.

Art. 11. Toute demande d'inscription doit être accompagnée des pièces suivantes: *a.* l'acte de naissance de l'aspirant; — *b.* des certificats délivrés

---

[1]) Der deutsche Text trägt das Datum: 12. Mai 1908.

par l'autorité communale et par l'inspecteur scolaire, constatant la bonne conduite du postulant; — *c.* le livret scolaire de l'aspirant; — *d.* un certificat de santé délivré par le médecin scolaire du district.

Les aspirants reçus devront fournier en outre, après avis officiel de leur admission, le cautionnement prévu à l'art. 121 de la loi scolaire du 1er juin 1907.

Art. 12. L'aspirant âgé d'au moins 16 ans qui, ayant suivi les cours d'un établissement d'instruction secondaire ou supérieure, n'aura pas subi l'examen d'émancipation, doit présenter, en même temps que les pièces prévues aux litt. *a* et *b* de l'article précédent, les notes obtenues dans le dit établissement.

§ 3. Examen d'admission.

Art. 13. L'examen d'admission comprend des épreuves écrites et des épreuves orales, subies en présence de membres de la commission cantonale de l'enseignement primaire, constitués en jury d'examen. Les membres de ce jury sont désignés par le département de l'Instruction publique.

Epreuves écrites.

Art. 14. Les épreuves écrites sont au nombre de cinq, savoir:

1. Une dictée d'une page environ, dont le texte est tiré d'un auteur classique. Le texte, lu d'abord à haute voix, est dicté posément, puis relu. On dicte les points; les inexactitudes, dans le reste de la ponctuation, ne compteront que pour une faute au maximum.

Dix minutes sont accordées aux candidats pour relire et corriger leur travail.

2. Une courte composition de style: narration simple, petite description, lettre familière.

3. Une composition en arithmétique: solution de deux problèmes sur les 4 opérations, les fractions, la règle de trois, le système métrique.

4. Une demi-page d'écriture cursive en grosse, moyenne et fine.

5. Une composition de dessin.

Art. 15. Il est accordé au maximum une heure pour chacune des compositions de style et d'arithmétique et une demi-heure pour chacune des deux dernières épreuves.

Epreuves orales.

Art. 16. Les épreuves orales portent sur les matières suivantes:

1. Instruction religieuse: catéchisme, histoire sainte (Ancien et Nouveau Testament).

2. Lecture: lecture courante et distincte du français ou de l'allemand. Explication de la signification des mots, du sens des phrases et du passage tout entier. Lecture des manuscrits.

3. Eléments de la langue maternelle: principes de la grammaire, principales règles de la syntaxe. Analyse grammaticale.

4. Arithmétique: Pratique des quatre règles (nombres entiers et décimaux) et calcul mental. Fractions. Règles de trois; système métrique.

5. Histoire et géographie: Principaux faits de l'histoire et notions générales de la géographie de la Suisse.

6. Chant facile, notions générales de solfège.

7. Eléments d'agriculture pour les aspirants-instituteurs; travail manuel pour les aspirantes-institutrices.

Art. 17. Dix minutes au plus seront consacrées à chacune des épreuves orales et une demi-heure au travail manuel.

Jugement des épreuves.

Art. 18. Le maximum des points pour chaque épreuve écrite ou orale varie de 6 à 20 selon l'importance de la branche examinée.

Art. 19. Toute dictée d'orthographe contenant plus de six fautes sera considérée comme nulle.

L'épreuve d'orthographe sera d'ailleurs appréciée comme suit:

Pour une dictée sans faute 10 points; pour une faute 9 points; pour une faute et fractions 8 points; pour deux fautes 7 points; pour deux fautes et fractions 6 points; pour trois fautes 5 points; pour trois fautes et fractions 4 points; pour quatre fautes 3 points; pour cinq fautes 2 points; pour six fautes 1 point; pour plus de six fautes 0 points.

Art. 20. Les fautes relatives aux accents, aux lettres majuscules et aux traits d'union, quand il ne s'agit pas de l'application d'une règle, ne compteront chacune que pour un quart.

Dans le cas où un mot pourrait s'écrire de plusieurs manières, d'après des sens différents, mais également admissibles, comme dans tous les cas de questions grammaticales controversées, il ne sera pas compté de faute.

Art. 21. Dans la correction des épreuves et la fixation des fautes, la commission s'inspirera du fait que, souvent, il est plus raisonnable de peser les fautes que de les compter.

Art. 22. Tout candidat qui ne réunit pas le 60 % du total des points des épreuves écrites n'est pas admis à subir les épreuves orales.

Art. 23. Tout candidat qui ne réunit pas le 60 % du total des points des épreuves orales n'est pas porté sur la liste d'admissibilité.

Art. 24. La nullité de l'une des épreuves obligatoires, soit écrites, soit orales, y compris l'épreuve de travail manuel, est un cas d'exclusion.

Chapitre III. — § 4. **Promotions.**

Art. 25. Les élèves qui n'ont pas terminé les cours de l'Ecole normale subissent, à la fin de l'année scolaire, un examen qui décide de leur promotion à un cours supérieur ou de leur renvoi. Cet examen est public et se fait en présence de la commission mentionnée à l'art. 14 du présent règlement.

Art. 26. L'examen de promotion se divise en épreuves écrites et en épreuves orales.

Art. 27. Les épreuves écrites comprennent:

a. une dictée, soit une page de texte choisi d'auteur; le jury pourra exiger que l'élève donne des explications écrites sur le sens de certains mots, l'usage de certaines expressions, la tournure de certaines phrases;

b. une composition française; lettre, narration, description, proverbe à développer;

c. une composition en arithmétique en rapport avec le programme parcouru dans l'année;

d. une page d'écriture anglaise, ronde ou bâtarde suivant le programme;

e. une composition en sciences naturelles, agriculture, hygiène.

Art. 28. L'épreuve orale se fait sur deux branches: *a.* sur la langue maternelle; *b.* sur une autre matière, tirée au sort entre celles enseignées durant l'année.

Art. 29. Le maximum des points est fixé ainsi qu'il est dit à l'art. 18 et la correction se fait en conformité des art. 19, 20 et 21.

30. Tout élève qui obtient le 90 % des points du total des diverses épreuves est admis au cours supérieur avec droit au maximum du subside de l'Etat.

Tout élève qui, pour l'ensemble des épreuves, n'a pas obtenu le 60 % des points soit des épreuves écrites soit des épreuves orales, ne peut être admis au cours supérieur, à moins que les notes de l'année ne témoignent en sa faveur.

Art. 31. Tout élève dont la conduite, durant l'année scolaire ou pendant les vacances, aura donné lieu à des plaintes graves, sera exclu de l'Ecole normale.

Cette exclusion est prononcée par le département de l'Instruction publique.

Art. 32. Le montant de la subvention que l'Etat alloue aux élèves des écoles normales est déterminé, à la fin de l'exercice scolaire, par le département de l'Instruction publique en conformité de l'article 117 de la loi et de l'article 30 du présent règlement; la fixation du montant a lieu sur rapport de la commission de l'enseignement primaire.

Chapitre IV. — § 5. ***Examen pour l'obtention de l'autorisation d'enseigner.***

Art. 33. Pourront se présenter à l'examen pour l'obtention de l'autorisation d'enseigner:

a. les élèves qui ont régulièrement suivi les trois cours de l'Ecole normale;

b. les jeunes gens qui auraient suivi des cours considérés par le departement comme équivalents des cours de l'Ecole normale.

Art. 34. Les élèves qui ont terminé les cours de l'Ecole normale subissent, en présence de la commission indiquée à l'art. 13 du règlement l'examen pour l'obtention de l'autorisation d'enseigner

Cet examen est public; il est annoncé au moins un mois à l'avance.

Art. 35. Les aspirants qui n'ont pas suivi les cours de l'école normale doivent se faire inscrire au département de l'Instruction publique quinze jours au moins avant l'examen. Aucune inscription n'est reçue avant que le candidat ait déposé les pièces indiquées à l'art. 11 (*a, b, d*) du présent règlement.

Art. 36. L'examen se divise en épreuves écrites et en épreuves orales; il ne peut porter que sur les matières qui sont l'objet de l'enseignement dans les Ecoles normales.

Pour les épreuves écrites, les aspirants sont réunis ou divisés en séries, sous la surveillance d'un ou de plusieurs membres de la commission.

Art. 37. Les épreuves écrites sont au nombre de six et comprennent:

1. Une dictée: texte choisi d'un auteur, lu d'abord à haute voix, puis dicté posément. Aucune ponctuation n'est indiquée. Dix minutes sont accordées aux candidats pour relire et corriger leur travail. Dans la correction des fautes le jury s'inspirera de l'art. 23.
2. Une composition française ou allemande: développement d'une pensée, explication d'un proverbe, petite dissertation.
3. Une composition en mathématiques: deux problèmes d'arithmétique et un problème de géométrie à résoudre avec application de calcul algébrique.
4. Une composition de dessin d'après nature, le sujet étant à reproduire ou en perspective ou en géométral.
5. Une composition en sciences naturelles, agriculture, hygiène.
6. Une page d'écriture à main posée, en grosse, moyenne et fine, dans les trois principaux genres: cursive, bâtarde et ronde.

Art. 38. Il est accordé au plus deux heures pour les compositions de style et de mathématiques et une heure pour chacune des trois autres compositions.

Art. 39. Les épreuves orales sont subies pour chacune des matières fixées à l'art. 113 de la loi scolaire.

Art. 40. La durée de chacune des épreuves orales sera de dix minutes au maximum.

Art. 41. L'appréciation des épreuves écrites et orales se fait d'après le mode adopté aux examens d'admission et de promotion.

Art. 42. Les aspirants qui ont obtenu 60 % au moins des points, soit pour les épreuves écrites, soit pour les épreuves orales sont brevetés conformément à l'art. 79 *a* de la loi scolaire du 1er juin 1907.

Art. 43. La nullité de l'une des épreuves écrites est un cas d'exclusion.

Art. 44. Le 60 % prévu à l'art. 42 ayant été obtenu pour l'ensemble soit des épreuves écrites soit des épreuves orales, si le candidat n'avait cependant

pas réalisé le 30 % des points de l'une ou l'autre branche, le jury est compétent pour lui imposer un nouvel examen sur les matières pour lesquelles ce 30 % n'aurait pas été acquis. Ce nouvel examen, dont la date est fixée par le président de la commission, se fait aux frais du candidat s'il a lieu en dehors des sessions ordinaires.

Art. 45. L'élève qui aurait répété à ses frais les cours de la 3me année n'est pas admis à enseigner si le nouvel examen n'a pas été satisfaisant.

Art. 46. Les dispositions qui précèdent s'appliquent aussi aux aspirantes institutrices. Dans ce cas, les épreuves relatives à la géométrie sont remplacées par les ouvrages manuels du sexe.

Art. 47. Les notes données par la commission sont le résultat de l'appréciation de chaque épreuve faite en commun.

Chapitre V. — § 6. ***Certificat temporaire.***

Art. 48. Le certificat temporaire est délivré à l'instituteur qui, muni de l'autorisation d'enseigner, a dirigé avec succès, pendant sa première année de profession, une école primaire du canton.

Ce certificat temporaire sera refusé par le département à l'instituteur qui, durant les vacances dont elle fut suivie, aurait, par sa conduite, prouvé son peu d'aptitude comme éducateur. La décision du département est susceptible de recours au Conseil d'Etat.

Art. 49. Le certificat temporaire a une durée de 4 ans; il est renouvelable pour le même laps de temps, si l'instituteur, qui en fait la demande, s'est distingué dans l'œuvre d'éducation et d'instruction qu'il a accomplie jusque-là.

Chapitre VI. — § 7. ***Brevet de capacité.***

Art. 50. A l'échéance du certificat temporaire ou pendant la période de renouvellement prévu dans l'article précédent, le régent doit subir un nouvel examen pour obtenir le brevet de capacité.

Art. 51. L'examen pour l'obtention du brevet de capacité sera annoncé deux mois à l'avance par le département de l'Instruction publique.

Art. 52. Les instituteurs qui veulent prendre part à l'examen pour l'obtention du brevet de capacité devront s'inscrire au département de l'Instruction publique au moins un mois avant l'examen.

Art. 53. Cet examen comprend:

1. Au moins deux épreuves écrites soit: *a.* une composition de style sur un sujet de pédagogie théorétique ou de méthodologie. La commission est compétente pour imposer, en outre de la composition de style, une composition d'orthographe soit une dictée, conformément à l'art. 37, chiffre 1 du règlement. — *b.* une épreuve de mathématique conformément à l'art. 37, chiffre 3 du règlement.
2. Une épreuve orale sur „une" matière tirée au sort: interrogation sur la religion, la pédagogie, la méthodologie, la grammaire, la géographie, les sciences naturelles, l'hygiène, etc.
3. Une épreuve pratique: leçon pratique (1/2 heure) sur un sujet pris dans le programme scolaire et tiré au sort. Le maître aura 30 minutes pour préparer sa leçon. Chacune de ces quatre épreuves est résumée par un chiffre conforme à ceux fixés au tableau prévu à l'art. 18.
4. En outre il sera tenu compte des résultats obtenus par le candidat dans les écoles primaires: ces résultats sont transmis à la commission par le département de l'Instruction publique qui les résume par un chiffre de points allant de 0 à 10.

Art. 54. La correction des épreuves se fera conformément aux articles 19, 20 et 21 du présent règlement.

Art. 55. Les aspirants, qui ont obtenu au moins le 60 % du total des point, soit de l'oral soit de l'écrit faisant l'objet de l'examen, seront brevetés.

Le 60 % prévu à l'article précédent ayant été obtenu pour l'ensemble soit des épreuves écrites soit des épreuves orales, si le candidat n'avait cependant pas réalisé le 30 % des points de l'une ou l'autre branche faisant l'objet de l'examen, l'art. 44 lui est applicable.

La nullité sur une branche rend obligatoire un nouvel examen sur toutes les matières.

Art. 56. Le régent qui a échoué à un second examen ne sera pas admis à subir une troisième épreuve pour l'obtention du brevet de capacité.

Art. 57. Les conditions d'examen fixées à l'art. 53 du présent règlement sont applicables à l'examen supplémentaire prévu par le dernier alinéa de l'art. 83 de la loi.

Lorsque cet examen aura lieu en dehors des séances ordinaires, les frais en seront supportés par le candidat.

Art. 58. Le département de l'Instruction publique est compétent pour autoriser un instituteur, qui aurait des motifs sérieux à invoquer, à subir en dehors des séances ordinaires l'examen du brevet de capacité.

Les frais de cet examen extraordinaire sont à la charge de l'instituteur.

Art. 59. L'instituteur frappé de suspension par le Conseil d'Etat en vertu de l'art. 86 de la loi pourra être astreint par le département de l'Instruction publique à subir un nouvel examen avant d'être réintégré dans le droit d'enseigner.

Chapitre VII. — § 8. Ecole d'application.

Art. 60. L'école d'application créée en vertu de l'article 114 de la loi scolaire, est placée sous le contrôle et la surveillance de la direction de l'Ecole normale.

Art. 61. Les professeurs de l'école d'application sont nommés par le département de l'Instruction publique, sur la présentation de la direction de l'Ecole normale.

Art. 62. Les élèves non émancipés qui fréquentent l'école d'application ou qui l'ont fréquentée durant la dernière année scolaire sont tenus, sous peine de 5 francs d'amende, à assister à l'épreuve pratique prévue à l'art. 53, chiffre 3 du présent règlement, lorsqu'ils auront été convoqués par la direction.

Art. 63. Sous réserve de ce qui précède l'école d'application est soumise à la législation concernant les écoles libres.

Clause abrogatoire.

Art. 64. Le règlement du 19 novembre 1874 sur la matière est abrogé.

Donné en Conseil d'Etat, à Sion, le 12 mars 1909, pour être soumis à l'approbation du Grand Conseil en conformité de l'art. 122 de la loi sur l'enseignement primaire.

---

38. 20. **Loi instituant une école des arts et métiers à Genève.** (Du 10 mars 1909.)

Le Conseil d'Etat de la république et canton de Genève fait savoir que le Grand Conseil, sur la proposition du Conseil d'Etat,

décrète ce qui suit:

Art. 1er. L'école des arts et métiers est une école d'apprentissage pour les métiers, les arts industriels, la construction et le génie civil, les industries de la mécanique et de l'électrotechnique.

Art. 2. Elle comprend cinq sections: *a.* section des métiers; *b.* section des arts industriels; *c.* section de construction et génie civil; *d.* section de mécanique (pour ouvriers mécaniciens); *e.* section de mécanique appliquée et électrotechnique (pour techniciens).

Art. 3. Le programme des diverses sections comprend les enseignements suivants qui peuvent être communs à plusieurs d'entre elles:

a. Section des métiers.

Cours théoriques: français, arithmétique, comptabilité, notions d'algèbre et de géométrie, géométrie descriptive, levé de plans, stéréométrie, dessin et dessin technique, notions de mécanique, de physique et de chimie d'une application usuelle dans les industries du bâtiment, technologie et notions de construction.

Travaux dans les ateliers: classes pratiques, correspondant aux différentes catégories de métiers: taille de pierres, charpente, menuiserie, ébénisterie, serrurerie, ferblanterie, etc.

b. Section des arts industriels.

Cours théoriques: classes dites de perfectionnement, orientant les études vers des buts professionnels déterminés: composition décorative, dessin (ornement et figure), modelage (ornement et figure appliquée), architecture décorative.

Cours oraux: histoire des styles, héraldique.

Classes pratiques: peinture décorative et céramique, moulage, ciselure et gravure, peinture sur émail et émaillerie, fer forgé, sculpture sur pierre, sculpture sur bois et ébénisterie d'art.

c. Section de construction et génie civil.

Algèbre, géométrie, trigonométrie, géométrie descriptive, éléments de géométrie analytique, physique générale et physique industrielle, mécanique hydraulique, dessin d'architecture et d'ornement, modelage, rédaction et correspondance.

Statique graphique, notions sur les applications de l'électrotechnique aux constructions et au génie civil, géodésie, minéralogie et géologie, chimie et technologie chimique, connaissance des matériaux, résistance des matériaux, notions de construction en maçonnerie et en bois, constructions métalliques.

Terrassements et constructions de routes, canaux et chemins de fer, dessins de plans, projets et devis, comptabilité de la construction, hygiène en matière de construction, chauffage, législation industrielle.

Travaux d'atelier.

d. Section de mécanique.

Cours théoriques: calcul numérique et éléments d'algèbre, géométrie, mécanique, dessin technique, résistance des matériaux, physique et chimie, électricité, rédaction et correspondance.

Travaux dans les ateliers: exercices de lime sur fer et sur bois; exercices de tour; exercices de forge; exécution d'outils de mécanicien et d'outils à mesurer; construction, ajustage, montage et réglage de machines-outils, de petits moteurs électriques et mécaniques, d'appareils de démonstration, etc.

e. Section de mécanique appliquée et électrotechnique.

Algèbre, géométrie, trigonométrie, géométrie descriptive, géométrie analytique, physique et chimie générales, physique et chimie industrielles, mécanique, statique graphique, rédaction et correspondance.

Connaissance des matériaux, résistance des matériaux, théorie des machines, électrotechnique, constructions métalliques et grosse chaudronnerie, exercices de construction, dessin de plans, projets et devis, hygiène en matière de construction, chauffage, législation industrielle, travaux de laboratoire.

Travaux d'atelier.

Art. 4. L'enseignement comporte de six à dix semestres d'étude, suivant les sections. Toutefois le Conseil d'Etat peut le réduire à deux ans pour certaines catégories de métiers.

Art. 5. Les élèves peuvent être astreints à faire en dehors de l'école, sur des chantiers, dans des ateliers ou des usines, un stage dont la durée est fixée par le règlement.

A cet effet, le département de l'Instruction publique est autorisé à passer des contrats avec des entrepreneurs et des patrons pour régler les conditions de travail des élèves et sauvegarder les intérêts de ces derniers.

Art. 6. Les élèves doivent être âgés de 14 ans révolus pour être admis dans les sections des métiers, des arts industriels et de mécanique, et de 15 ans révolus pour les sections de construction et génie civil, de mécanique appliquée et électrotechnique.

Art. 7. Le règlement détermine le programme de l'examen d'admission et indique les cas dans lesquels le candidat peut être dispensé de tout ou partie de cet examen.

Art. 8. L'école peut recevoir des externes dont les conditions d'admission sont fixées par le règlement.

Art. 9. Elle peut aussi accepter comme élèves réguliers des élèves faisant leur apprentissage dans l'industrie et qui, ne pouvant consacrer à leur instruction qu'un temps limité, doivent étendre leurs études sur un plus grand nombre d'années.

Les programmes et horaires de l'école devront être établis de façon à permettre, autant que possible, à ces élèves de suivre les cours sans être gênés dans leur apprentissage professionnel.

Art. 10. Les conditions de la promotion d'une classe dans une autre sont déterminées par le règlement.

Art. 11. Dans chaque section les élèves qui se sont distingués par leur conduite, leur travail et le résultat des examens, reçoivent, à la fin de leurs études, un diplôme.

Ce diplôme porte une mention spéciale pour ceux qui justifient, en outre, d'un stage fait dans un atelier, une usine ou un chantier.

Art. 12. Les élèves qui n'obtiennent pas le diplôme reçoivent un certificat constatant qu'ils ont suivi l'école et indiquant les aptitudes dont ils ont fait preuve.

Art. 13. Le règlement fixe le montant de la finance scolaire à payer par les élèves, dans laquelle est comprise la prime d'assurance contre les accidents, conclue par les soins de l'Etat. Les élèves suisses sont dispensés de cette finance. Le département de l'Instruction publique peut, dans certains cas, en dispenser en partie ou totalement les élèves étrangers dont les parents sont établis dans le canton.

Le règlement détermine aussi les fianances spéciales à payer pour l'usage des appareils et outils, substances et matières, mis à la disposition des élèves par l'école, soit pour les leçons, soit pour les travaux pratiques dans les laboratoires et ateliers. Le département peut dans certains cas dispenser de tout ou partie de ces finances spéciales, les élèves suisses ainsi que les élèves étrangers dont les parents sont établis dans le canton.

Si le nombre des inscriptions dépasse celui des places disponibles, la préférence est donnée aux élèves suisses.

Art. 14. Des bourses peuvent être délivrées aux élèves méritants, de nationalité suisse, pour les aider dans leurs études.

Art. 15. Le règlement détermine d'une façon précise et pour chaque section, les conditions dans lesquelles les travaux des élèves peuvent, soit leur être remis, soit être conservés dans les musées de l'école, soit être vendus sans faire de concurrence directe à l'industrie privée.

Il fixe également quelle peut être la participation des élèves aux bénéfices résultant de la vente.

La fabrication dans les ateliers doit être restreinte aux objets directement utiles à l'enseignement et susceptibles d'être exécutés par les élèves.

Le département, sur le préavis de la commission de surveillance, décide de l'exécution des commandes pour les administrations publiques ou, exceptionnellement, pour les particuliers.

Art. 16. L'enseignement est donné par des professeurs et par des chefs d'atelier.

Art. 17. La direction générale et l'administration de l'école sont confiées à un directeur, au courant des besoins des industries locales et possédant des connaissances générales techniques et artistiques. Il est assisté d'un secrétaire-comptable.

Art. 18. Dans chaque section, la direction pédagogique est exercée par un doyen chargé de la discipline et de la surveillance de l'enseignement.

Les doyens sont choisis, autant que possible, parmi les professeurs ou les chefs d'atelier.

Art. 19. Le directeur, les doyens et le secrétaire-comptable relèvent directement du département de l'Instruction publique.

Un cahier des charges établi par le département fixe leurs attributions.

Art. 20. Le directeur et les doyens forment le conseil de l'école.

Ce conseil se réunit au moins une fois par mois sous la présidence du Conseiller d'Etat chargé du département de l'Instruction publique ou, en son absence, sous celle du directeur.

Le procès-verbal des séances est tenu par le secrétaire-comptable.

Art. 21. Le directeur, les professeurs, les chefs d'atelier et le secrétaire-comptable sont nommés pour un an et à titre d'épreuve. Ce temps d'épreuve peut être prolongé. Lors de leur nomination définitive, ils sont pourvus d'un contrat. Toutefois, le Conseil d'Etat peut en tout temps résilier ce contrat, sans indemnité, moyennant deux avertissements donnés à un an d'intervalle et dont le premier devra précéder de deux ans la résiliation. Sont réservées, en outre, les dispositions prévues à l'art. 18 de la loi sur l'Instruction publique du 5 juin 1886, concernant la mise à la retraite, la suspension et la révocation des fonctionnaires.

Les doyens sont nommés pour trois ans par le Conseil d'Etat.

Art. 22. Le traitement du directeur est de 6000 à 7000 francs. (Traitements spéciaux de l'échelle des traitements.)

Le traitement du secrétaire-comptable est de 3000 à 3600 francs (classe V de l'échelle des traitements); il a droit, en outre, au logement.

Les doyens touchent une indemnité fixée par le budget.

Art. 23. Les professeurs reçoivent de 150 à 300 francs par année, pour une heure de leçon par semaine.

Les chefs d'atelier reçoivent un traitement initial de 2500 francs, augmenté de 100 francs chaque année jusqu'à concurrence d'un traitement maximum de 3200 francs y compris l'enseignement théorique qu'ils sont appelés à donner dans le métier qu'ils ont à enseigner.

Ils peuvent être appelés à donner, en outre, des leçons de théorie générale, moyennant un traitement supplémentaire de 100 francs par année pour une heure de leçon par semaine; ce nombre d'heures ne pourra toutefois dépasser le chiffre de cinq par semaine.

Art. 24. Les professeurs et les chefs d'atelier de chaque section se réunissent périodiquement en conférence sous la présidence du directeur assisté du doyen de la section. Leur présence est obligatoire. Le procès-verbal de chaque séance est transmis au département dans le plus bref délai possible.

Art. 25. L'école est placée sous la surveillance d'une commission chargée de donner son préavis sur toutes les questions générales intéressant cet établissement, qui pourraient lui être soumises par le département ou par l'un de ses membres, notamment sur les règlements, les programmes, les méthodes d'enseignement, l'organisation et le fonctionnement des ateliers, le champ des examens, etc.

Ce préavis n'est obligatoire ni pour le Conseil d'Etat, ni pour le département de l'Instruction publique.

Art. 26. La commission de surveillance doit comprendre des industriels, des artisans, des artistes et des ouvriers.

Elle est nommée pour trois ans et se compose de 30 membres, dont 10 sont désignés par le Grand Conseil, 10 par le Conseil d'Etat et 10 par la commission centrale des conseils de prud'hommes.

Art. 27. Le Conseiller d'Etat chargé du département de l'Instruction publique préside la commission. Celle-ci choisit elle-même son vice-président et son secrétaire.

La commission est convoquée au moins une fois par trimestre et chaque fois que le président le juge nécessaire ou que cinq membres le demandent.

Art. 28. La commission se subdivise en cinq sous-commissions, chargées chacune de la surveillance spéciale d'une des sections de l'école.

Chaque sous-commission désigne son président et son secrétaire, contrôle l'enseignement et, en particulier, les travaux effectués dans les ateliers.

Art. 29. Le directeur, les doyens, les professeurs et les chefs d'atelier peuvent être appelés, par décision de la commission ou des sous-commissions, à assister à leurs séances, à titre consultatif.

D'autre part, ils peuvent demander à être entendus par la commission de surveillance et les sous-commissions.

Art. 30. Les membres de la commission peuvent visiter en tout temps les classes et les ateliers, contrôler la marche de l'enseignement, assister aux examens.

Art. 31. Les rapports de la commission ou des sous-commissions sont adressés au département de l'Instruction publique. Ils sont communiqués au directeur et discutés, s'il y a lieu, en séance plénière de la commission.

Art. 32. Le Conseil d'Etat peut, après avoir pris le préavis de la commission de surveillance, ajouter des branches au programme d'études si le besoin en est reconnu, et supprimer tout enseignement qui ne serait plus considéré comme nécessaire.

Art. 33. Un règlement approuvé par le Conseil d'Etat détermine, sur la base de la présente loi, toutes les conditions d'organisation de l'école des arts et métiers.

Dispositions transitoires.

Art. 34. Il est accordé au Conseil d'Etat un délai de deux ans pour l'application graduelle de celles des dispositions qui précèdent qui ne pourraient pas être appliquées immédiatement.

Art. 35. Le Conseil d'Etat présentera au Grand Conseil une loi spéciale fixant, s'il y a lieu, les indemnités qui pourraient être accordées à des fonctionnaires dont l'emploi serait supprimé en application de la présente loi.

Clause abrogatoire.

Sont abrogées la loi du 18 octobre 1882 sur l'école des arts industriels, la loi du 19 octobre 1895 sur l'école des métiers, les lois du 22 juin 1901 et du 22 novembre 1905 sur le technicum, et généralement toutes les dispositions contraires à la présente loi.

Le Conseil d'Etat est chargé de faire promulguer les présentes dans la forme et le terme prescrits.

Fait et donné à Genève, le 10 mars 1909, sous le sceau de la République et les signatures du président et du secrétaire du Grand Conseil.

(Du 20 avril 1909.)

Le Conseil d'Etat, vu la loi constitutionnelle sur le referendum facultatif du 25 mai 1879, modifiée par la loi constitutionnelle du 18 février 1905 et la loi organique sur le referendum facultatif et sur le droit d'initiative du 17 janvier 1906; considérant que le texte de la loi du 10 mars 1909 instituant une école des arts et métiers a été publié le 17 mars 1909 dans la *Feuille d'Avis;*

considérant que le délai de 30 jours dès la publication est expiré le 16 avril 1909 sans qu'aucune demande de votation populaire ait été formulée par les électeurs;

arrête:

De promulguer la loi ci-dessus pour être exécutoire dès le jour de demain.

---

39. 21. Règlement de la commission de surveillance de l'école des arts et métiers à Genève. (Du 7 janvier 1910.)

Art. 1er. L'école des arts et métiers est placée sous la surveillance d'une commission chargée de donner son préavis sur toutes les questions générales intéressant cet établissement, qui pourraient lui être soumises par le département, par l'un de ses membres ou par le directeur, notamment sur les règlements, les programmes, les méthodes d'enseignement, l'organisation et le fonctionnement des ateliers, le champ des examens, etc. Ce préavis n'est obligatoire ni pour le Conseil d'Etat, ni pour le département de l'Instruction publique.

Art. 2. La commission de surveillance doit comprendre des industriels, des artisans, des artistes et des ouvriers.

Elle est nommée pour trois ans à l'entrée en charge du Conseil d'Etat.

Elle se compose de 30 membres dont 10 sont désignés par le Grand Conseil, 10 par le Conseil d'Etat et 10 par la commission centrale des conseils de prud'hommes.

Art. 3. Les membres élus sont immédiatement avisés par la chancellerie d'Etat. Ceux qui n'acceptent pas leur élection doivent le faire savoir dans les cinq jours qui la suivent. Ils sont alors remplacés dans le plus bref délai.

Art. 4. La commission se subdivise en cinq sous-commissions chargées chacune de la surveillance spéciale d'une des sections de l'école. Chaque sous-commission désigne son président et son secrétaire, contrôle l'enseignement et, en particulier, les travaux faits dans les ateliers.

Art. 5. Le directeur assiste dans la règle aux séances des sous-commissions.

Les doyens, les professeurs, et les chefs d'atelier peuvent être appelés, par décision de la commission ou des sous-commissions, à assister à leurs séances, à titre consultatif. D'autre part, ils peuvent demander à être entendus par la commission de surveillance et les sous-commissions.

Le bureau de la commission ou le département de l'Instruction publique peuvent inviter directement le directeur, les doyens et les membres du corps enseignant à assister à tout ou partie d'une séance de la commission.

Art. 6. Les membres de la commission peuvent visiter en tout temps les classes et les ateliers, contrôler la marche de l'enseignement et assister aux examens.

Art. 7. Les rapports de la commission ou des sous-commissions sont adressés au département de l'Instruction publique. Ils sont communiqués au directeur et discutés, s'il y a lieu, en séance plénière de la commission.

Art. 8. Le conseiller d'Etat chargé du département de l'Instruction publique préside la commission.

Celle-ci choisit elle-même son vice-président et son secrétaire. Ils sont nommés pour trois ans, dans les formes réglementaires prévues pour l'élection du bureau du Grand Conseil et sont immédiatement rééligibles.

Art. 9. La commission est convoquée au moins une fois par trimestre et chaque fois que le président le juge nécessaire ou que cinq membres le demandent.

Art. 10. L'examen préalable des questions et des objets sur lesquels la commission doit donner son préavis peut être renvoyé aux sous-commissions prévues à l'art. 4 ou, suivant le cas, à des sous-commissions nommées spécialement à cet effet.

Art. 11. Le conseiller d'Etat chargé du département de l'Instruction publique peut assister à toutes les séances des sous-commissions.

Art. 12. La présence du tiers au moins des membres de la commission est nécessaire, pour qu'une décision soit valablement prise.

Extrait des registres du Conseil d'Etat. (Du 7 janvier 1910.)

Le Conseil d'Etat, vu les articles 25 et 33 de la loi du 10 mars 1909 instituant une école des arts et métiers; sur la proposition du département de l'Instruction publique;

arrête:

1. Le règlement de la commission de surveillance de l'école des arts et métiers est approuvé;
2. il entrera immédiatement en vigueur;
3. le texte complet de ce règlement sera annexé au présent arrêté.

V. Lehrerschaft aller Stufen.

40. 1. Beschluß des Kantonsrates des Kantons Zürich betreffend die Gewährung einer Teuerungszulage an Volksschullehrer und Geistliche der zürcherischen Landeskirche. (Vom 18. Januar 1909.)

Der Kantonsrat, nach Einsicht eines Antrages des Regierungsrates,

beschließt:

I. Zur Ausrichtung von Teuerungszulagen an Volksschullehrer und Geistliche der zürcherischen Landeskirche werden zum Voranschlag des Jahres 1908 Nachtragskredite auf den Budgettiteln IX. C. a. 6, IX. C. b. 8 und XII. B. 10 in den Beträgen bewilligt, wie sie infolge der Vollziehung von Dispositiv II notwendig werden.

II. Die Ausrichtung geschieht nach folgenden Grundsätzen:

A. Für die Volksschullehrer.

1. Zulagen erhalten nur solche im Kanton Zürich patentierte Primarlehrer, deren Besoldung den Betrag von Fr. 3500, und Sekundarlehrer, deren Besoldung den Betrag von Fr. 4000 nicht übersteigt.
2. Die Höhe der Zulage richtet sich nach der vom 1. Mai 1908 an effektiv bezogenen Gesamtbesoldung (staatliche Barbesoldung, Naturalleistung oder deren Entschädigung, Gemeinde- und staatliche Zulagen); sie beträgt: Fr. 200 für Primarlehrer, deren Besoldung Fr. 2000 nicht übersteigt; — Fr. 150 für Primarlehrer, deren Besoldung Fr. 2001 bis Fr. 2800, Fr. 100 für verheiratete Primarlehrer, deren Besoldung Fr. 2801 bis Fr. 3500 ausmacht; — Fr. 250 für patentierte Sekundarlehrer mit Besoldungen bis Fr. 3000; — Fr. 200 für patentierte Sekundarlehrer mit Besoldungen von Fr. 3001 bis Fr. 3500; — Fr. 150 für patentierte verheiratete Sekundarlehrer mit Besoldungen von Fr. 3501 bis 4000.
3. Primarlehrer, deren Besoldung mit der oben festgesetzten Zulage den Betrag von Fr. 1800 nicht erreicht, erhalten eine Ergänzungszulage zur Ausgleichung der Differenz.

B. Für die Geistlichen.

Für das Jahr 1908 werden an die definitiv gewählten, vom Staate besoldeten Geistlichen der zürcherischen Landeskirche, welche auf 1. Januar 1908 eine jährliche Barbesoldung bis auf Fr. 5000 (inbegriffen die Gemeindezulagen, Entschädigungen für Unterricht und Pastoration an Anstalten, Wohnung oder